



## Einladung

Am **Montag, 01.03.2021**, findet um **19:30 Uhr** eine öffentliche

### Sitzung des Bau- und Planungsausschusses

als Videokonferenz ( <https://tornesch.goes-virtual.de/b/amt-7rs-ken-wll> ) statt, zu der ich einlade. Die Tagesordnung mit den öffentlichen Vorlagen können während der Öffnungszeiten im Rathaus Tornesch sowie im Internet unter [www.tornesch.de](http://www.tornesch.de) eingesehen werden.

### Tagesordnung

TOP	Betreff	Vorlage
Öffentlicher Teil		
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Beschluss über die Tagesordnung	
2	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.02.2021	
4	Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	
5	Bericht der Verwaltung	VO/21/353
6	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
7	Anfrage Statusbericht Radschnellweg Elmshorn-Hamburg	VO/21/351
8	Neubau einer Fahrradabstellanlage mit WC am Bahnhof - Sachstand und weiteres Vorgehen	VO/21/347
9	Gemeinsamer Flächennutzungsplan der Städte Uetersen und Tornesch sowie der Gemeinden Heidgraben und Moorrege - 54. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Uetersen - Entwurf- und Auslegungsbeschluss	VO/21/340
10	B-Plan 102 "Südlich Uetersener Straße/ Westlich Willy-Meyer-Straße" - Freigabe zur frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung	VO/21/348
Nicht öffentlicher Teil		
11	Bericht der Verwaltung	
12	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
13	Oha II - weiteres Vorgehen	VO/21/352
14	Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens (§ 36 BauGB): Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte im Wachsbleicher Weg	VO/21/329

Die Sitzung findet aufgrund des Corona-Pandemiegeschehens als Videokonferenzsitzung statt. Bitte benutzen Sie für die Teilnahme an der Sitzung den o.g. Link.

#### Hinweis zur Einwohnerfragestunde:

Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, Ihre Fragen vorab bis um 18 Uhr des Sitzungstages schriftlich oder per Email an die Geschäftsstelle der Ratsversammlung bzw. des jeweiligen Ausschusses zu stellen. Die Kontaktdaten der Geschäftsstellen finden Sie im oberen Teil des Einladungsschreibens. Die Videokonferenz wird zeitgleich im Ratssaal des Rathauses, Wittstocker Str. 7, übertragen, der in dieser Zeit öffentlich zugänglich ist. Auf die derzeit qualifizierte Maskenpflicht (FFP2-Maskee oder OP-Maske) und die üblichen corona-bedingten Hygieneregeln beim Besuch des Rathauses wird hingewiesen.

Tornesch, den 11. Februar 2021   gez. Henry Stümer



---

## Sitzung des Bau- und Planungsausschusses

**Gremium:** Bau- und Planungsausschuss

**Sitzungstermin:** Montag, 01.03.2021, 19:30 Uhr

**Ort, Raum:** als Videokonferenz ( <https://tornesch.goes-virtual.de/b/amt-7rs-ken-wll> )

---

## Nachtragstagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Beschluss über die Tagesordnung
- 2 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.02.2021
- 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Bericht der Verwaltung VO/21/353
- 6 Anfragen von Ausschussmitgliedern
- 7 Anfrage Statusbericht Radschnellweg Elmshorn-Hamburg VO/21/351  
*-Neue Anlage-*
- 8 Neubau einer Fahrradabstellanlage mit WC am Bahnhof - Sachstand und weiteres Vorgehen VO/21/347
- 9 Gemeinsamer Flächennutzungsplan der Städte Uetersen und Tornesch sowie der Gemeinden Heidgraben und Moorrege - 54. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Uetersen - Entwurf- und Auslegungsbeschluss VO/21/340
- 10 B-Plan 102 "Südlich Uetersener Straße/ Westlich Willy-Meyer-Straße" - Freigabe zur frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung VO/21/348

### Nichtöffentlicher Teil

- 11 Bericht der Verwaltung

- |      |   |                    |
|------|---|--------------------|
| 12   | Anfragen von Ausschussmitgliedern   |                    |
| 13   | Oha II - weiteres Vorgehen  | <b>VO/21/352</b>   |
| 14   | Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens (§ 36 BauGB): Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte im Wachsbleicher Weg                                  | <b>VO/21/329</b>   |
| 14.1 | Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens (§ 36 BauGB): Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte im Wachsbleicher Weg - hier: Nachgereichte Unterlagen | <b>VO/21/329-1</b> |



Stadt Tornesch • Postfach 21 42 • 25437 Tornesch

An die Mitglieder des  
**Bau- und Planungsausschusses**

n a c h r i c h t l i c h  
an alle übrigen Ratsfrauen und Rats-  
herren sowie bürgerlichen Mitglieder

**Der Vorsitzende des  
Bau- und Planungsausschusses**

Geschäftsstelle  
Wittstocker Str. 7  
25436 Tornesch

Auskunft erteilt: René Goetze  
Zimmer: 112 1. Obergeschoss  
Telefon: 04122-9572-300  
Fax: 04122-9572-333  
E-Mail: rene.goetze@tornesch.de  
Internet: www.tornesch.de

Tornesch, den 11.02.2021

## Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,  
im Einvernehmen mit Frau Bürgermeisterin Kählert lade ich Sie zu einer

### öffentlichen Sitzung des Bau- und Planungsausschusses

am Montag, den 01.03.2021 um 19:30 Uhr im als Videokonferenz ( <https://tornesch.goes-virtual.de/b/amt-7rs-ken-wll> ) ein.

### Tagesordnung:

TOP	Betreff	Vorlage
	Öffentlicher Teil	
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Beschluss über die Tagesordnung	
2	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.02.2021	
4	Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	
5	Bericht der Verwaltung	VO/21/353
6	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
7	Anfrage Statusbericht Radschnellweg Elmshorn-Hamburg	VO/21/351
8	Neubau einer Fahrradabstellanlage mit WC am Bahnhof - Sachstand und weiteres Vorgehen <i>Zu diesem Punkt wird die NahSH beratend zur Verfügung stehen</i>	VO/21/347
9	Gemeinsamer Flächennutzungsplan der Städte Uetersen und Tornesch sowie der Gemeinden Heidgraben und Moorrege - 54. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Uetersen - Entwurf- und Auslegungsbeschluss	VO/21/340

10	B-Plan 102 "Südlich Uetersener Straße/ Westlich Willy-Meyer-Straße" - Freigabe zur frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung	VO/21/348
Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte werden nach Maßgabe der Beschlussfassung durch den Ausschuss voraussichtlich nichtöffentlich beraten.		
11	Bericht der Verwaltung	
12	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
13	Oha II - weiteres Vorgehen	VO/21/352
14	Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens (§ 36 BauGB): Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte im Wachsbleicher Weg	VO/21/329

Die Sitzung findet aufgrund des Corona-Pandemiegeschehens als Videokonferenzsitzung statt. Bitte benutzen Sie für die Teilnahme an der Sitzung den o.g. Link.

**Hinweis zur Einwohnerfragestunde:**

Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, Ihre Fragen vorab bis um 18 Uhr des Sitzungstages schriftlich oder per Email an die Geschäftsstelle der Ratsversammlung bzw. des jeweiligen Ausschusses zu stellen. Die Kontaktdaten der Geschäftsstellen finden Sie im oberen Teil des Einladungsschreibens.

Die Videokonferenz wird zeitgleich im Ratssaal des Rathauses, Wittstocker Str. 7, übertragen, der in dieser Zeit öffentlich zugänglich ist. Auf die derzeit qualifizierte Maskenpflicht (FFP2-Maske oder OP-Maske) und die üblichen corona-bedingten Hygieneregeln beim Besuch des Rathauses wird hingewiesen.

Mit freundlichen Grüßen

*gez. Henry Stümer*  
Vorsitzender



<b>Mitteilungsvorlage</b>	<b>Vorlage-Nr:</b>	<b>VO/21/353</b>
	Status:	öffentlich
	Datum:	11.02.2021
Federführend: Bürgermeisterin Amt für Bauen, Planung und Umwelt	Bericht im Ausschuss:	René Goetze
	Bericht im Rat:	
	Bearbeiter:	René Goetze
<b>Bericht der Verwaltung</b>		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	
01.03.2021	Bau- und Planungsausschuss	

### **Sachbericht / Stellungnahme der Verwaltung**

#### Erneuerung Fahrradstellplatzanlage Alte Ahrenloher Straße

Die Montage der Module läuft aktuell.

#### Neubau See

Die Arbeiten wurden aufgrund der Witterung unterbrochen. Die Fertigstellung ist für März vorgesehen.

#### Erneuerung der Kanalisation im Moorreger Weg

Das beauftragte Unternehmen wird voraussichtlich ab März (sofern das Wetter offen ist) mit der Maßnahme beginnen. Die Anlieger werden unterrichtet.

#### Deckenerneuerung Lindenweg

Die vorgesehene Straßendeckenerneuerung im Lindenweg wird vermutlich erst im Jahr 2022 erfolgen können. Die Mittel sollen übertragen werden. Die Deckenerneuerung soll im Zusammenhang mit der Erneuerung der Trinkwasserleitung durch die Stadtwerke erfolgen. Die Baumaßnahme der Stadtwerke wird jedoch auf 2 Jahre aufgeteilt und erst im Jahr 2022 fertig gestellt. Die Anlieger werden rechtzeitig informiert.

gez.  
Sabine Kählert  
Bürgermeisterin

#### **Anlage/n:**

Beschlussumsetzungstabelle

Änderungshistorie:			
--------------------	--	--	--

Datum:	Bearbeiter*in:	Was wurde geändert:	Warum:

Hinweis: Die rot markierten Beschlüsse/Projekte sind umgesetzt und werden in der nächsten Fassung nicht mehr aufgeführt. Bei den blau markierten Beschlüssen/Projekten gibt es zur jeweils vorherigen Beschlussumsetzungstabelle einen neuen Sachstand.

Schlagwort	Beschluss	beraten am	weitere Gremien	Stand des Verfahrens/ Beschlussumsetzung
B-Plan 47, 3. Änderung+ Erweiterung „Businesspark Tornesch Erweiterung nördl. Asperhorner Weg“	Aufstellungsbeschluss Entwurfsberatung, Freigabe d. Entwurfs zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Auslegungsbeschluss Erneuter Auslegungsbeschluss Satzungsbeschluss	04.02.13 14.08.2013 21.10.2013 03.11.2014 20.01.20 14.12.20		Frztg. Öffentlichkeitsbeteiligung: 24.09.2013 TÖB: 26.08. – 26.09.2013 Erneuter Aufstellungsbeschluss Auslegung:13.01. – 13.02.2015 Entwurfsberatung BPA 20.01.20 Öffentliche Auslegung bis 17.04.20 Beratung BPA 31.08.20 erfolgt Die erneute Auslegung ist abgeschlossen.
B-Plan 91 „Ortskern: südl. Friedrichstraße“	Aufstellungsbeschluss Veränderungssperre	02.02.2015 05.12.2016	RV13.12.2016	Beratung SPD-Antrag BPA 03.03.20 geplant
B-Plan 92 „Ortskern: Willy-Meyer Str./ westl. Esinger Str.“	Aufstellungsbeschluss Veränderungssperre	02.02.2015 05.12.2016	RV13.12.2016	
B-Plan 93 „Ortskern: Tornescher Hof/Bahnhofsplatz“	Aufstellungsbeschluss	02.02.2015		
B-Plan 94 „Ortskern: östl. der Bahn“	Aufstellungsbeschluss	02.02.2015		
49. F-PlanÄnderung "Erweiterung Businesspark Tornesch"	Aufstellungsbeschluss und Freigabe zur frztg. Ö-Betlg.	17.07.2017		frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung: Auslegung
52. F-Planänderung" Erweiterung Businesspark (Oha II)"	Aufstellungsbeschluss Freigabe zur TÖB	02.05.2018 28.09.20		Zielabweichungsverfahren Beratung BPA 28.09.20
B-Plan 105 " Erweiterung Businesspark (Oha II)"	Aufstellungsbeschluss Freigabe zur TÖB	02.05.2018 28.09.20		Zielabweichungsverfahren Beratung BPA 28.09.20
Erneuerung der Fahrradstellplatzanlage Alte Ahrenloher Straße	Durchführung Maßnahme	03.12.2018		Die Arbeiten haben begonnen und laufen planmäßig.



Beschluss zur Einleitung vorbereitender Untersuchungen zur Klärung der Voraussetzungen für die Durchführung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme		27.05.2019		Der Gutachter hat die Arbeiten aufgenommen
B-Plan 108 "Westlich der Friedrichstr. und Nördlich der Wilhelm-SchildhauerStr."	Aufstellungsbeschluss	19.08.2019		Ein Kostenübernahmevertrag wurde unterzeichnet. Die AC Planergruppe ist mit der Erarbeitung eines Bebauungsplanes beauftragt. Die Entwurfserarbeitung hat begonnen. Abstimmung mit Anliegern auf unbestimmte Zeit ausgesetzt (Corona)
Neubau einer Fahrradabstellanlage am Bahnhof	Verzicht auf den bislang geplanten Umbau der Fahrradgarage	02.12.2019		Beratung BPA 02.11.20 Die Förderantragstellung wird vorbereitet. Weitergehende Beratung im März
B-Plan 107 „Nordwestlich Bockhorn und südlich der Bahn“ (B-Plan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB) Erneuter Aufstellungsbeschluss und Freigabe zur frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung		20.01.2020		Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung findet am 03.03.20 um 18 Uhr statt. Entwurf wird erarbeitet
B-Plan 102 "Südlich Uetersener Straße/ Westlich Willy-Meyer-Straße"	Aufstellungsbeschluss	28.04.2020		Im März ist eine erste Entwurfsberatung geplant.
Neubau der Straße Kleiner Moorweg zwischen Nixenring und Aalkamp	Anliegerinfoveranstaltung	22.06.2020		Die Veranstaltung findet am 01.09.20 statt. Der Entwurf wird nach der Anliegerveranstaltung angepasst.
Neubau einer WC-Anlage am Bahnhof	Fortführung der Planung	14.12.2020		Weitergehende Beratung im März
Auflassung der Bahnübergänge Neuendeicher Weg und Kreyhorn		01.02.2021		Weiterleitung an NahSH



<b>Mitteilungsvorlage</b>	<b>Vorlage-Nr:</b>	<b>VO/21/351</b>
	Status:	öffentlich
	Datum:	11.02.2021
Federführend: Bürgermeisterin Amt für Bauen, Planung und Umwelt	Bericht im Ausschuss:	Henning Tams
	Bericht im Rat:	
	Bearbeiter:	René Goetze
<b>Anfrage Statusbericht Radschnellweg Elmshorn-Hamburg</b>		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	
01.03.2021	Bau- und Planungsausschuss	

### Sachbericht / Stellungnahme der Verwaltung

Vor einem Jahr berichteten wir zuletzt über die Machbarkeitsstudie für den RSW Elmshorn-Hamburg. Seitdem wurde der Entwurf durch das Büro ARGUS weiterbearbeitet, fand im September 2020 eine Befahrung der im Rahmen der Machbarkeitsstudie definierten "Vorzugs-Trasse" mit interessierten Lokalpolitikern und ADFC statt, wurde eine detaillierte Betrachtung von sog. "Fokuspunkten" durchgeführt und erfolgte eine Beteiligung der Verkehrsaufsicht des Kreises, der Unteren Naturschutzbehörde und von Nah-SH. Aktuell werden von Seiten des Kreises Gespräche mit dem Land Schleswig-Holstein zu Fragen der Trägerschaft und Finanzierung geführt.

Der Anhang dieser Vorlage beinhaltet den aktuellen Entwurfsstand der Steckbriefe der einzelnen Trassenabschnitte der Vorzugs-Trasse. Der Bereich Wilhelmstr./Ahrenloher Str./Lindenweg wurde als "Fokuspunkt" genauer betrachtet. Hier wird dargestellt, wie der Radverkehr durch bauliche Maßnahmen und Veränderung der LSA unterstützt optimiert über die Kreuzung geführt werden könnte. Von Seiten der Planer wird auch eine alternative Trassenführung - über die Wilhelmstr.-Pommernstr. und parallel zur Bahn über die Ahrenloher Str. zur Alten Ahrenloher Str. betrachtet; diese Variante wird jedoch auf Grund der laufenden Planungen von Nah-SH zum 3./4.Gleis in die Machbarkeitsstudie nicht prioritär aufgenommen, bleibt aber eine Option, die auch im Rahmen des folgenden Planungsschrittes, der Vorplanung konkreter baulicher Maßnahmen, mit betrachtet werden wird. Da die Fertigstellung des RSW voraussichtlich wesentlich früher erfolgen wird als die des 3./4.Gleises, ist eine zumindest temporäre Führung über den Kreuzungsbereich Wilhelmstr./Ahrenloher Str./Lindenweg derzeit jedoch sehr wahrscheinlich. Bauliche Maßnahmen erfolgen selbstverständlich nur im Einvernehmen mit der Stadt Tornesch, die Trassenführung durch Tornesch bietet eine große Chance auch für die Verbesserung des innerstädtischen Radverkehrs - voraussichtlich unter maßgeblicher Verwendung von Bundes- und Landesmitteln."

### Prüfungen:

**1. Umweltverträglichkeit**  
entfällt

**2. Kinder- und Jugendbeteiligung**  
entfällt

gez.  
Sabine Kählert  
Bürgermeisterin

**Anlage/n:**

RSW Elmshorn – Hamburg\_ Steckbriefe und Fokuspunkte Tornesch

Änderungshistorie:			
Datum: 16.02.2021	Bearbeiter*in: Oliver Kath	Was wurde geändert: Sachstand und Anlage ergänzt	Warum: Ergänzende Informationen

# Tornesch #1

B1e | Heimstättenstraße

Länge: 860m

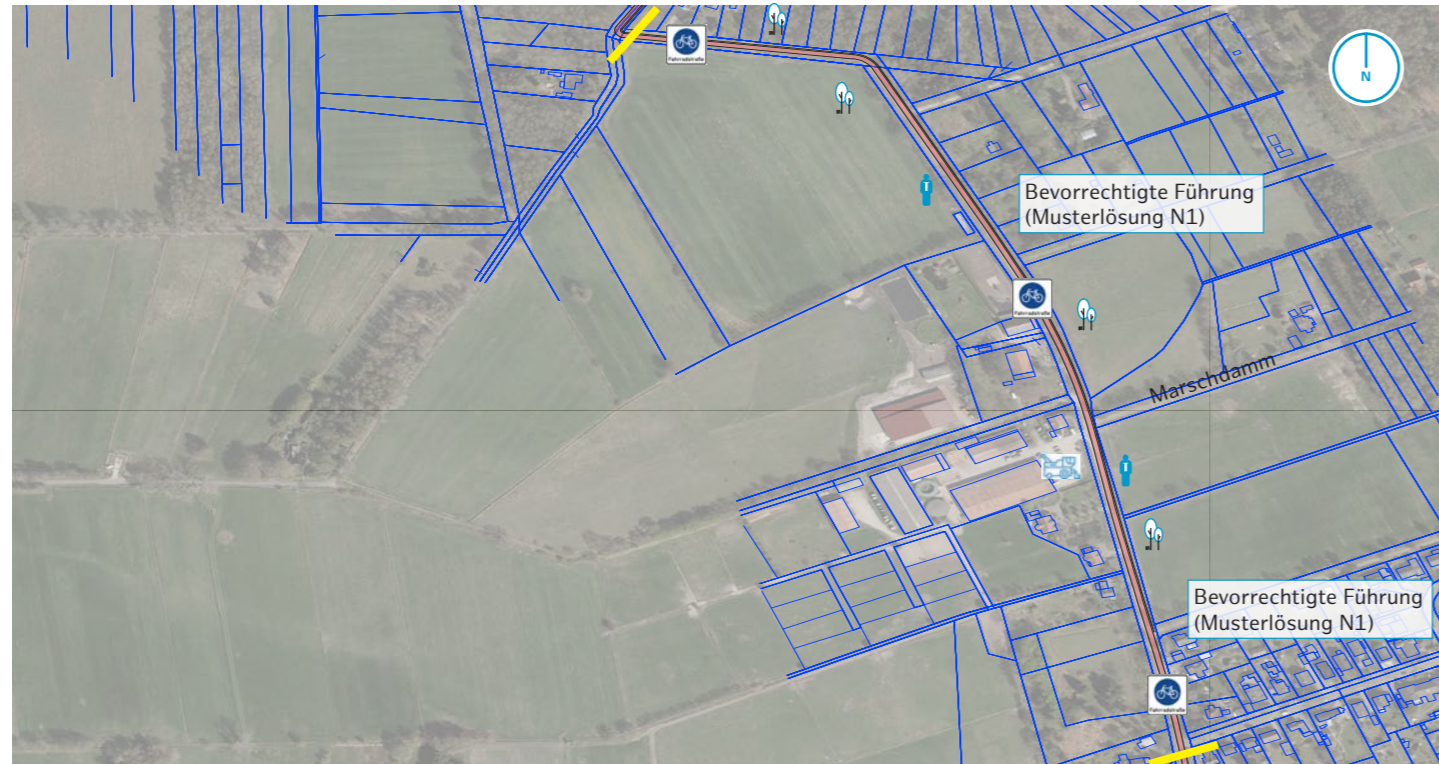
(zwischen Grenzweg und Birkenweg)



Radschnellweg Elmshorn-Hamburg



COPEN HAGEN IZEU



# Tornesch #1

B1e | Heimstättenstraße

Länge: 860m

(zwischen Grenzweg und Birkenweg)



Radschnellweg Elmshorn-Hamburg



COPEN HAGEN IZEU

## Umsetzung Radschnellweg

### Realisierungshorizont



kurzfristig

(Einrichtung Fahrradstraße, Deckschichtenrenewung)

### Nutzung pro Tag

rd. 2.500



### geschätzte Kosten

310.000 Euro



### Grunderwerb

nicht erforderlich

### Beleuchtung

Im Siedlungszusammenhang vorhanden. In der Außerortslage sind die Belange des Naturschutzes zu berücksichtigen.



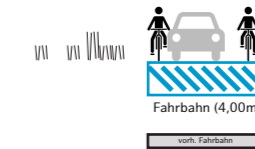
### Besondere Maßnahmen

Flankierend zur Einrichtung des Radschnellwegs könnten Maßnahmen zur Verringerung des Kfz-Verkehrs, insbesondere zur Erschwerung oder Verhinderung des Durchgangsverkehrs durchgeführt werden.

### Rückfallebene

Der Abschnitt ist zentraler Bestandteil des Verlaufs östlich der Bahnstrecke. Alternativ müsste auf die Variante westlich der Bahnstrecke zurückgegriffen werden, die unter anderem bezüglich der Anbindungen in Elmshorn und Tornesch negativer bewertet wurde.

### Querschnitt



### Fahrradstraße (Standard-Nr. 7)

Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn, Bevorrechtigung an den Einmündungen, unterstützt durch Hochpflasterungen der zukünftig wartepflichtigen Einmündungen. Teilweise Verbreiterung des Straßenquerschnitts, soweit keine naturschutzrechtlichen Belange entgegenstehen. Im Siedlungsbereich sollte ein begleitender Fußweg vorgesehen werden.

### Konflikte



Schützenswerte Knicks und Gräben verhindern in der Regel eine Erweiterung des Straßenquerschnitts, sodass teilweise 4,00 Meter nicht erreicht werden.



Vereinzelte Nutzung des Weges durch land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge, keine besondere Konfliktlage zu erwarten.



Dieser Bereich wird als Erholungsgebiet v.a. für Tornesch von Spaziergängern, Joggen etc. genutzt. Gegebenenfalls ist eine Lenkung des Fußverkehrs in andere Wege im Gebiet umzusetzen.

## Bestandssituation

### Ortslage, Umfeld

innerorts, Wohngebiet + außerorts, un bebaut



### Belag

Asphalt

### Führungsform

Mischverkehr



### Breite Verkehrsraum | Fahrbahn

3,50-5,00m

### Verkehrsstärke

gering, außerorts kein Kfz-Verkehr zugelassen

### Geschwindigkeit

30 km/h

### Busverkehr

nicht vorhanden

### Natur und Landschaft

teilweise LSG 07 „Moorige Feuchtgebiete“



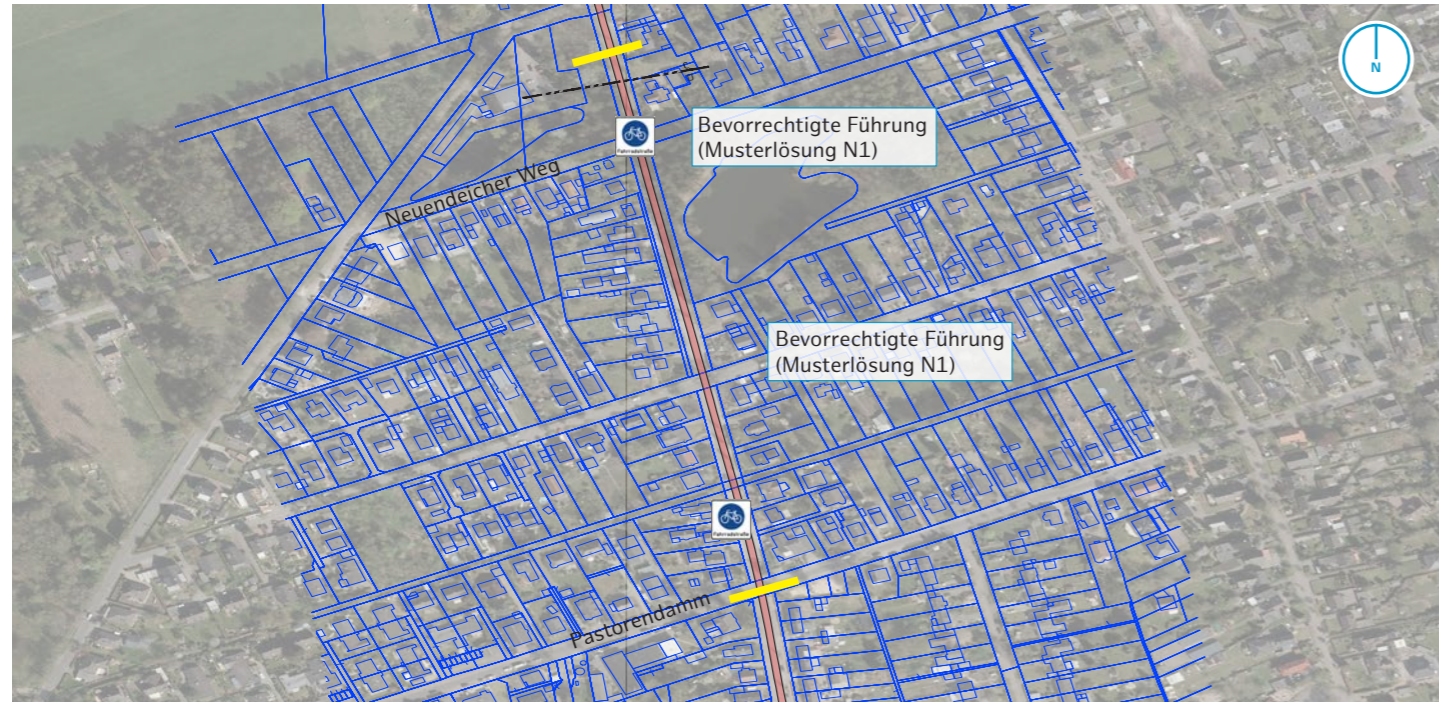
Zielbild Fahrradstraße ohne Gehweg  
(Bsp. aus Nijmegen/Niederlande,  
Quelle: Royal Haskoning DHV)

# Tornesch #2

B1e | Heimstättenstraße  
(zwischen Birkenweg und Pastorendamm) Länge: 490m



Radschnellweg Elmshorn-Hamburg



## Bestandssituation

### Ortslage, Umfeld

innerorts, Wohngebiet



### Belag

Asphalt

### Führungsform

Radverkehr im Mischverkehr



### Breite Verkehrsraum | Fahrbahn

ca. 10,00 m | 6,00 m

### Verkehrsstärke

gering

### Geschwindigkeit

30 km/h

### Busverkehr

nicht vorhanden

### Natur und Landschaft

kein Schutzgebiet, keine besonders schützenswerten oder Ausgleichsflächen



# Tornesch #2

B1e | Heimstättenstraße  
(zwischen Birkenweg und Pastorendamm) Länge: 490m



Radschnellweg Elmshorn-Hamburg

## Umsetzung Radschnellweg

### Realisierungshorizont

kurzfristig



### Nutzung pro Tag

rd. 2.500



### geschätzte Kosten

160.000 Euro



### Grunderwerb

nicht erforderlich

### Beleuchtung

vorhanden



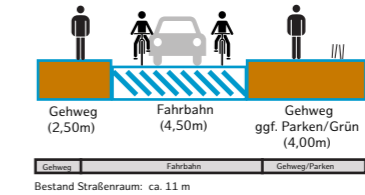
### Besondere Maßnahmen

-/-

### Rückfallebene

Der Abschnitt ist Bestandteil des Verlaufs östlich der Bahnstrecke. Alternativ müsste auf die Variante westlich der Bahnstrecke zurückgegriffen werden, die unter anderem bezüglich der Anbindungen in Elmshorn und Tornesch negativer bewertet wurde.

### Querschnitt



### Fahrradstraße (Standard-Nr. 7)

Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn, Bevorrechtigung an den Einmündungen, unterstützt durch Aufpflasterungen der künftig wartepflichtigen Einmündungen. Verdeutlichung des Charakters als Fahrradstraße durch Reduzierung der Fahrbahnbreite, auch zugunsten breiterer Gehwege oder Grünstreifen.

### Konflikte

Es sind keine besonderen Konflikte zu erwarten.

Zielbild Fahrradstraße mit einseitigem Parken (Bsp. aus Nijmegen/Niederlande; Quelle: Royal Haskoning DHV)



# Tornesch #3

B1e | Heimstättenstraße

Länge: 1.070 m

(ab Pastorendamm), Wilhelmstraße



Radschnellweg Elmshorn-Hamburg



## Bestandssituation

### Ortslage, Umfeld

innerorts, Wohngebiet



### Belag

Asphalt (Fahrbahn)

### Führungsform

Radverkehr im Mischverkehr



### Breite Verkehrsraum | Fahrbahn

11,00-14,00 m | 6,00 m

### Verkehrsstärke

mittel

### Geschwindigkeit

50 km/h

### Busverkehr

Linie 6668 (i.d.R. 60-Min.-Takt)

### Natur und Landschaft

kein Schutzgebiet, keine besonders schützenswerten oder Ausgleichsflächen



# Tornesch #3

B1e | Heimstättenstraße

Länge: 1.070 m

(ab Pastorendamm), Wilhelmstraße



Radschnellweg Elmshorn-Hamburg

## Umsetzung Radschnellweg

### Realisierungshorizont



kurzfristig

(Einrichtung Fahrradstraße, ggf. teilweise Deck-schichtenrenewerung, teilweise Hochpflasterungen)

### Nutzung pro Tag

rd. 2.500



### geschätzte Kosten

190.000 Euro



### Grunderwerb

nicht erforderlich

### Beleuchtung

vorhanden



### Besondere Maßnahmen

Es sollten Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Verhinderung von Durchgangsverkehr (Strecke über Pastorendamm/Koppeldamm als attraktive Alternative zur Ahrenloher Straße) vorgesehen werden.

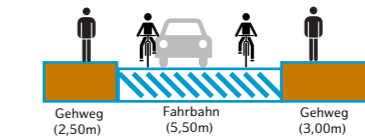
### Besonderheiten

Im östlichen Bereich des Abschnitts stellt die Einrichtung einer Fahrradstraße angesichts des erhöhten Kfz-Verkehrs keine optimale Lösung dar. Gleichzeitig wäre eine separate Führung des Radverkehrs nur möglich, wenn die Standards für Radschnellwege deutlich unterschritten werden.

Eine im Zuge der Variantenuntersuchung betrachtete Alternative über die Pommernstraße inklusive Querung der Ahrenloher Straße über die Fußgängerbrücke neben den Bahngleisen wurde erstens unter anderem aufgrund des entstehenden Umwegs nachrangig bewertet und ist zweitens nicht mit den Planungen der Deutschen Bahn zum Ausbau der Bahnstrecke kompatibel.

Zielbild Fahrradstraße mit breiter Fahrbahn (Bsp. aus Nijmegen/Niederlande; Quelle: Royal Haskoning DHV)

### Querschnitt



Bestand Straßenraum: ca. 11 m

### Fahrradstraße

(Standard-Nr. 7)

Einrichtung einer Fahrradstraße: Aufgrund des Busverkehrs ist die bestehende Fahrbahnbreite nicht reduzierbar. Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn und Bevorrechtigung an den Einmündungen kann erhalten bleiben, unterstützt durch Hochpflasterungen der wartepflichtigen Einmündungen. Die Vorfahrtssituation am Pastorendamm sollte geändert und durch Hochpflasterung verdeutlicht werden.

### Konflikte



Ruhender Verkehr in vertretbarem Ausmaß betroffen.

### Rückfallebene

Der Abschnitt ist Bestandteil des Verlaufs östlich der Bahnstrecke. Alternativ müsste auf die Variante westlich der Bahnstrecke zurückgegriffen werden, die unter anderem bezüglich der Anbindungen in Elmshorn und Tornesch negativer bewertet wurde..



# Fokuspunkt #1: Ahrenloher Straße

Länge: 160 m



Radschnellweg Elmshorn-Hamburg

## Bestandssituation

Die Ahrenloher Straße, die das Zentrum Torneschs mit der Autobahn verbindet, stellt die verkehrsreichste Straße der Stadt dar. Der signalgeregelte Knotenpunkt mit der Wilhelmstraße nach Norden und dem Lindenweg nach Süden ist leicht versetzt und weist eine eingeschränkte Radverkehrsinfrastruktur auf: im Knotenbereich an der Wilhelmstraße dürfen Radfahrende den (schmalen) Gehweg mitnutzen, entlang der Ahrenloher Straße besteht ein kombinierter Geh- und Radweg auf der Südseite.



## Umsetzung Radschnellweg

Umbau des Knotenpunkts mit dem Ziel der Schaffung ausreichender Flächen für den Radverkehr. Ein Rückbau der Signalanlage ist angesichts der hohen Kfz-Verkehrsmenge auf der Ahrenloher Straße nicht geeignet, um den Radverkehr sicher und zügig über den Knotenpunkt zu führen. Im Lindenweg sollte im Knotenpunktbereich ein Schutzstreifen für Radfahrende aus Richtung Süden geschaffen werden, um das gleichzeitige Warten mit dem Kfz-Verkehr und eine unabhängige Grünphase zu ermöglichen. Die geradlinige Führung des Radverkehrs auf die Nordseite vermeidet den unübersichtlichen Fahrbahnverschwenk. Damit die Radfahrenden Richtung Norden nicht zwei Rotphasen abwarten müssen, ist eine entsprechend lange Grünphase für den Radverkehr einzurichten, während der der Kfz-Verkehr im gesamten Knotenpunkt warten muss. Im Knotenpunktbereich sollte der Straßenraum der Wilhelmstraße aufgeweitet werden, um eine separate Führung des Radverkehrs Richtung Knotenpunkt zu ermöglichen, an dessen Seite auch dem Fußverkehr ausreichend Fläche zur Verfügung steht. Dabei sollte die Fahrbahn auf 4,00m reduziert werden, um die Geschwindigkeit des Kfz-Verkehrs zu reduzieren und den geänderten Stellenwert des Radverkehrs zu verdeutlichen.

### Ortslage, Umfeld

innerorts, Hauptverkehrsstraße/Wohngebiet



### Kfz-Verkehrsstärke

Ahrenloher Straße (L110) ca. 15.000 Kfz/Tag (DTV 2015)

### Höchstgeschwindigkeit

50 km/h

### Busverkehr

Über den Knotenpunkt verkehrt die Buslinie 6668 im Stundentakt.

### Natur und Landschaft

kein Schutzgebiet, keine besonders schützenswerten oder Ausgleichsflächen



### Realisierungshorizont

kurz- bis mittelfristig



### Nutzerpotenzial pro Tag

rd. 2.500



### geschätzte Kosten

(wird noch konkretisiert)

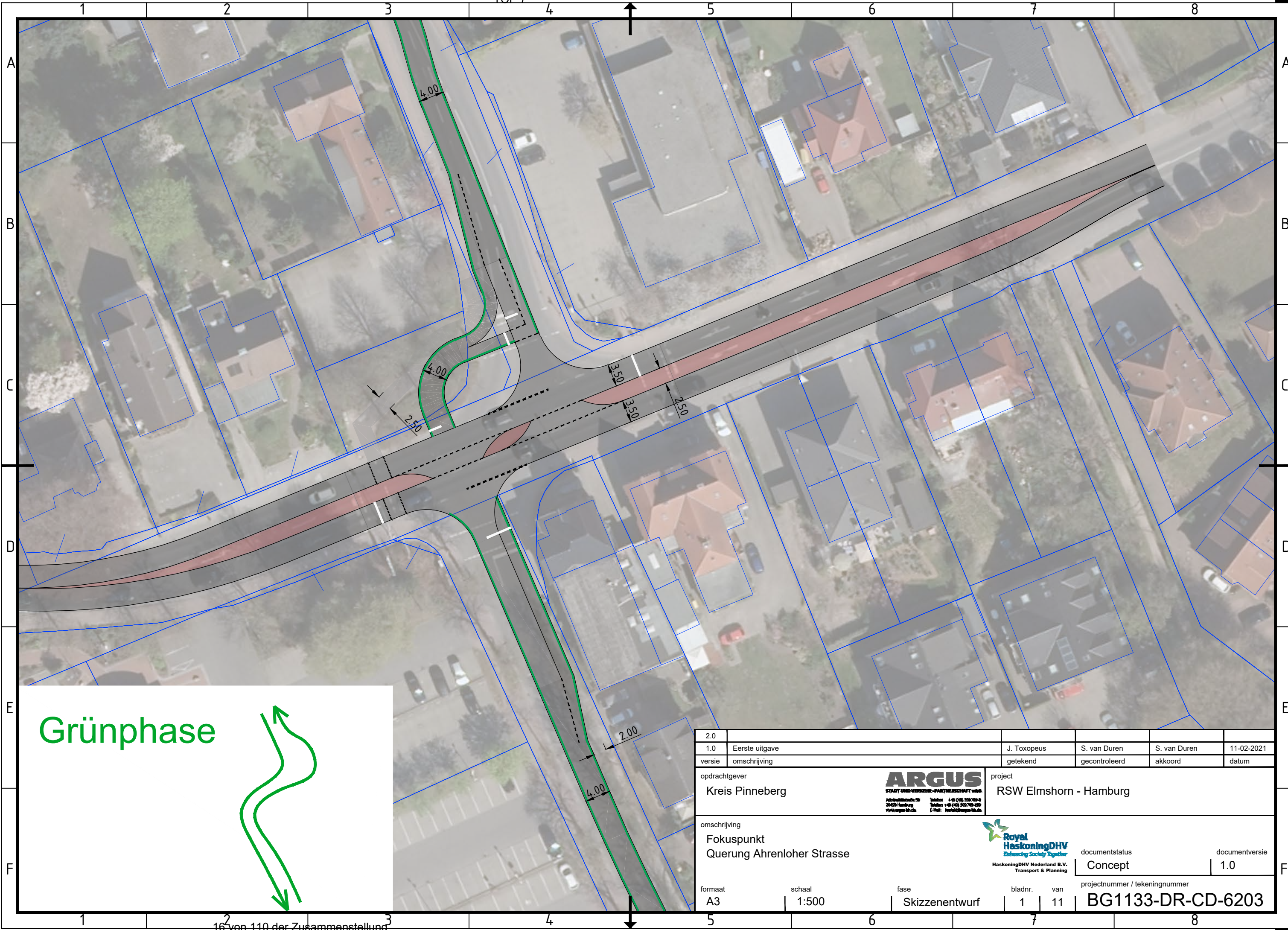


### Grunderwerb

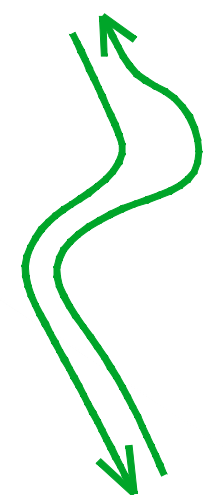
zur Herstellung einer optimalen Radverkehrsführung auf der Westseite der Wilhelmstraße ggf. erforderlich

### Herausforderungen/Abhängigkeiten

Der gesamte Knotenpunkt weist keine größeren Flächenreserven auf. Die wirksamste Maßnahme für den Radverkehr liegt in der Reduzierung des Kfz-Verkehrs in der Wilhelmstraße. Hier sind zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, die den Straßenzug für den Durchgangsverkehr unattraktiver machen. Gleichzeitig ist die leistungsfähige Abwicklung des Verkehrs entlang der Ahrenloher Straße zu gewährleisten.



Grünphase



2.0					
1.0	Eerste uitgave	J. Toxopeus	S. van Duren	S. van Duren	
versie	omschrijving	getekend	gecontroleerd	akkoord	
opdrachtgever		project			
Kreis Pinneberg		RSW Elmshorn - Hamburg			
omschrijving		documentstatus			
Fokuspunkt Querung Ahrenloher Strasse		Concept			
documentstatus		documentversie			
Concept		1.0			
formaat		schaal		fase	
A3		1:500		Skizzenentwurf	
bladnr.		van		projectnummer / tekeningnummer	
1		11		BG1133-DR-CD-6203	





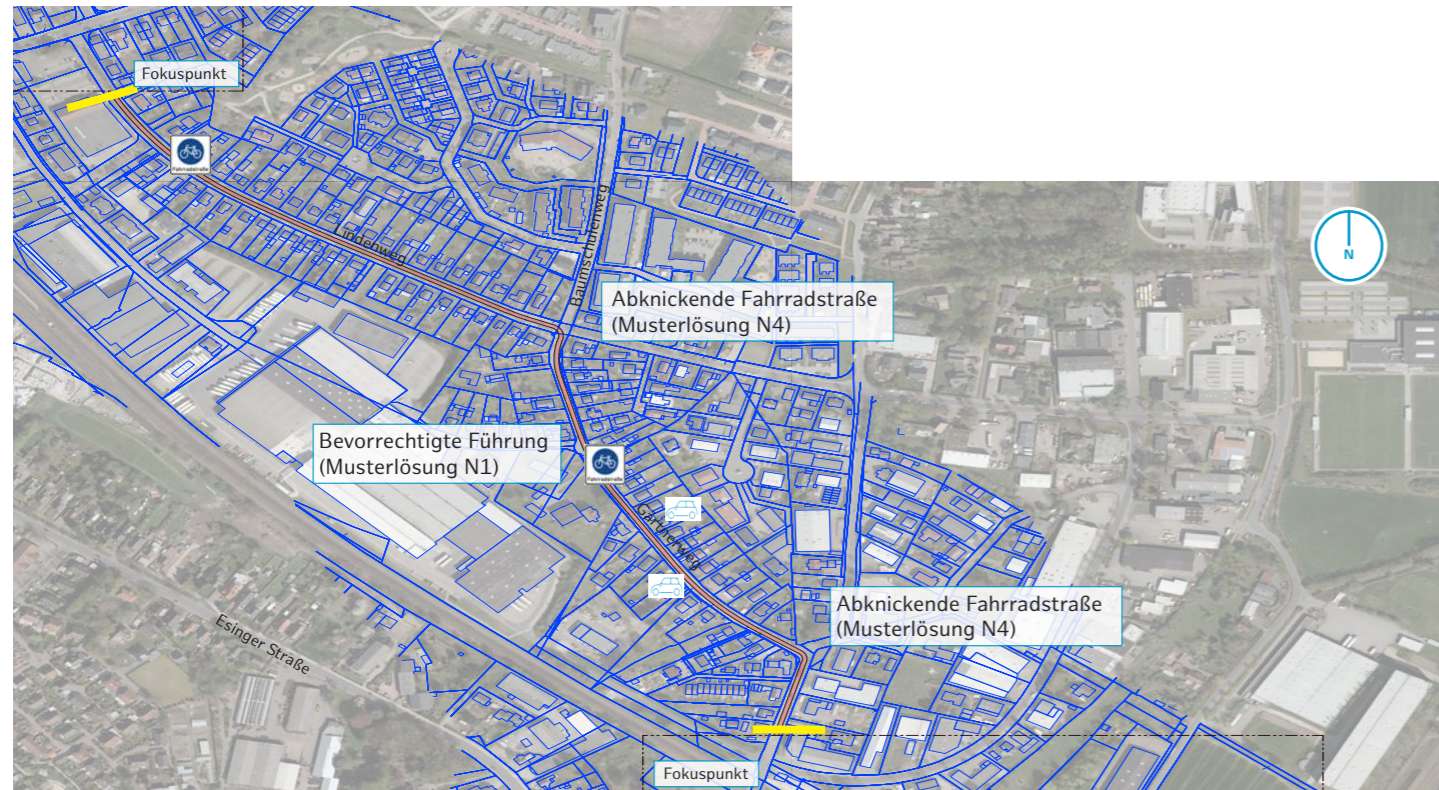
# Tornesch #4

B 2 a, B 2 e | Lindenweg, Länge: 1.150 m  
Gärtnerweg (bis Bahnübergang)



# Tornesch #4

B 2 a, B 2 e | Lindenweg, Länge: 1.150 m  
Gärtnerweg (bis Bahnübergang)



## Bestandssituation

### Ortslage, Umfeld

innerorts, Wohngebiet



### Belag

Asphalt

### Führungsform

Radverkehr im Mischverkehr



### Breite Verkehrsraum | Fahrbahn

9,00-12,00 m | 6,00 m

### Verkehrsstärke

gering bis mittel

### Geschwindigkeit

teilweise Tempo-30-Zone

### Busverkehr

Linie 6668 (i.d.R. 60-Min.-Takt)

### Natur und Landschaft

kein Schutzgebiet, keine besonders schützenswerten oder Ausgleichsflächen



## Umsetzung Radschnellweg

### Realisierungshorizont

kurzfristig



### Nutzung pro Tag

rd. 2.500



### geschätzte Kosten

360.000 Euro



### Grunderwerb

nicht erforderlich

### Beleuchtung

vorhanden



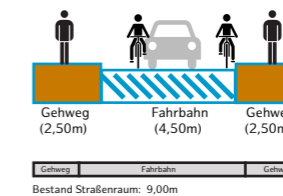
### Besondere Maßnahmen

Die Vorfahrtssituation am Knotenpunkt Lindenweg/ Gärtnerweg sollte dahingehend geändert werden, dass der Radschnellweg als (abknickende) Fahrradstraße bevorzugt wird. Zur Verdeutlichung sollte dieser Bereich hochgepflastert werden.

### Rückfallebene

Der Abschnitt ist Bestandteil des Verlaufs östlich der Bahnstrecke. Alternativ müsste auf die Variante westlich der Bahnstrecke zurückgegriffen werden, die unter anderem bezüglich der Anbindungen in Elmshorn und Tornesch negativer bewertet wurde.

### Querschnitt (Gärtnerweg)



### Fahrradstraße (Standard-Nr. 7)

Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn, Bevorrechtigung an den Einmündungen, baulich hervorgehoben durch Aufpflasterung der künftig wartepflichtigen Zufahrten. Verdeutlichung des Charakters der Fahrradstraße durch Reduzierung der Fahrbahn. Dadurch könnten die Gehwege beidseitig ausreichend dimensioniert (Gärtnerweg) oder die Grünflächen erweitert werden (Lindenweg).

### Konflikte

ruhender Verkehr in vertretbarem Ausmaß betroffen (v.a. Gärtnerweg)

### Besonderheiten

Der bestehende Bahnübergang Gärtnerweg soll im Zuge der Errichtung der neuen Unterführung der geplanten K22 aufgelassen werden. Hierdurch wird die Verkehrsbelastung im Gärtnerweg deutlich abnehmen und ein konfliktfreier Wechsel des Radschnellwegs aus der Fahrradstraße auf den nach Osten anschließenden Zweirichtungsradweg ermöglicht.



Zielbild Fahrradstraße mit Gehwegen (Bsp. aus Nijmegen/Niederlande, Quelle: Royal Haskoning DHV)

# Fokuspunkt #2: Gärtnerweg

Länge: 590 m



Radschnellweg Elmshorn-Hamburg

## Bestandssituation

Im Bestand existiert zwischen den Straßen Gärtnerweg und Großer Moorweg, die beide auf einen Bahnübergang führen, keine Verbindung entlang der Bahnstrecke. Vielmehr ist in der Freifläche dazwischen der Neubau der Kreisstraße 22 mit neuer Unterführung der Bahnstrecke vorgesehen, für den seit Jahren das Planfeststellungsverfahren läuft. Im Zuge der Errichtung dieser neuen Querung ist die Stilllegung der beiden Bahnübergänge vorgesehen.



### Ortslage, Umfeld

innerorts, Gewerbegebiet / außerorts



### Kfz-Verkehrsstärke

gering, teilweise kein Kfz-Verkehr

### Höchstgeschwindigkeit

50 km/h

### Busverkehr

nicht vorhanden

### Natur und Landschaft

kein Schutzgebiet, keine besonders schützenswerten oder Ausgleichsflächen



## Umsetzung Radschnellweg

Die Umsetzung des Radschnellwegs als Fahrradstraße entlang des Gärtnerwegs wird in den Borstelweg fortgesetzt und findet dort einen Übergang in einen Zweirichtungsradweg entlang der Bahnstrecke. Die exakte Lage ist an den Planungen der Deutschen Bahn zur Erweiterung der Bahnstrecke um zusätzliche Gleise auszurichten, für die zuletzt eine Machbarkeitsuntersuchung erstellt wurde (orange-farbene Linien in der Konzeptskizze). Demnach bietet der Streifen zwischen künftigen Bahngelände und den nördlich angrenzenden Gebäuden ausreichend Platz für die Anlage eines 4,00m breiten Zweirichtungsradwegs. Im Bereich des heutigen Bahnübergangs Großer Moorweg erfolgt wiederum ein Übergang in die Straße Am Goldenen Stern, die hinter den Grundstücken in einen Feldweg übergeht. Von dort ist eine weitere Neubaustrasse entlang der Bahnstrecke bis zum heutigen Bahnübergang Kreyhorn vorzusehen, deren exakte Lage sich ebenfalls an den Planungen der Deutschen Bahn ausrichtet. Da bei der Planung der K22-Unterführung über den Ausbau der Bahnstrecke hinausgehende Flächenansprüche nicht berücksichtigt wurden, ist zur Querung der künftigen K22 der Bau einer Brücke für den Radschnellweg vorzusehen.

### Realisierungshorizont

mittel- bis langfristig



### Nutzerpotenzial pro Tag

rd. 2.500



### geschätzte Kosten

(wird noch konkretisiert)

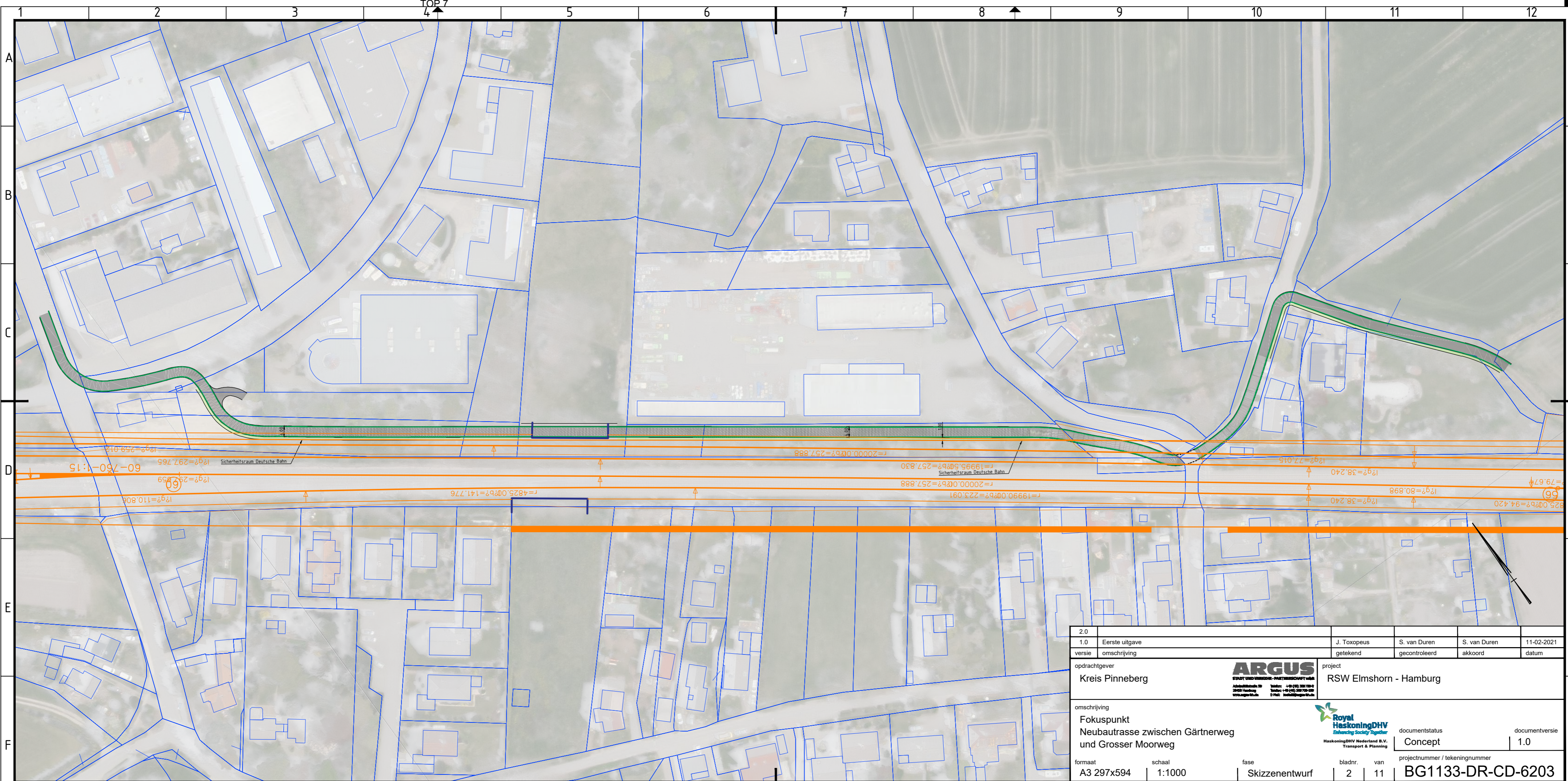


### Grunderwerb

ggf. Bahnbesitz betroffen

### Herausforderungen/Abhängigkeiten

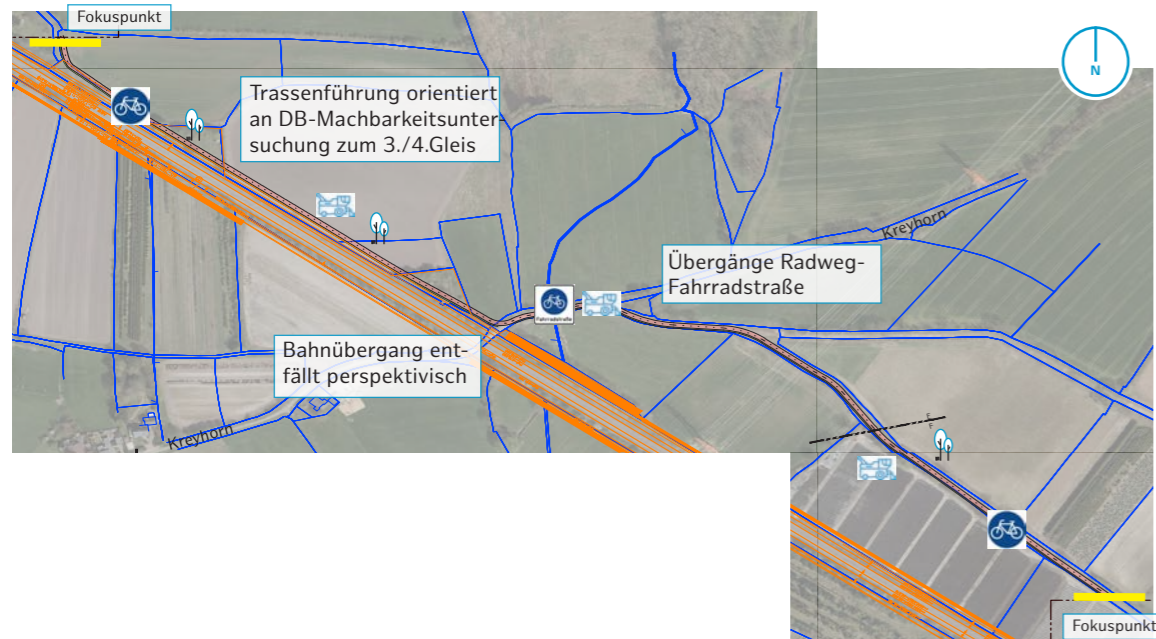
Die Anlage dieses Lückenschlusses ist abhängig von der Errichtung der K22 inklusive neuer Bahnunterführung. Zudem ist die exakte Position der Trasse des Radschnellwegs in Abstimmung mit den Planungen der Deutschen Bahn zur Neuanlage weiterer Gleise entlang der Bahnstrecke festzusetzen.



2.0					
1.0	Eerste uitgave	J. Toxopeus	S. van Duren	S. van Duren	11-02-2021
versie	omschrijving	getekend	gecontroleerd	akkoord	datum
opdrachtgever	Kreis Pinneberg	 project RSW Elmshorn - Hamburg			
omschrijving	Fokuspunkt Neubaustrasse zwischen Gärtnersweg und Grosser Moorweg	 documentstatus Concept		documentversie 1.0	
formaat	A3 297x594	schaal	1:1000	fase	Skizzenentwurf
		bladnr.	van	projectnummer / tekeningnummer	
		2	11	BG1133-DR-CD-6203	

# Tornesch #5

B 2h, B 2g | Lückenschluss, Länge: 1.080m  
Kreyhorn, Feldweg südlich Kreyhorn



## Bestandssituation

### Ortslage, Umfeld

außerorts, ungebaut



### Belag

kurzes asphaltiertes Teilstück, ansonsten Feldweg oder kein Bestand

### Führungsform

Mischverkehr auf dem kurzen öffentlichen Teilstück



### Breite Verkehrsraum | Fahrbahn

Kreyhorn: 3,00 - 4,00m, Feldweg: rd. 3,00m



### Verkehrsstärke

Kreyhorn: gering; ansonsten keine öffentliche Straße

### Geschwindigkeit

Kreyhorn: 50 km/h; ansonsten keine öffentliche Straße

### Busverkehr

nicht vorhanden

### Natur und Landschaft

kein Schutzgebiet, keine besonders schützenswerten oder Ausgleichsflächen



# Tornesch #5

B 2h, B 2g | Lückenschluss, Länge: 1.080m  
Kreyhorn, Feldweg südlich Kreyhorn



## Umsetzung Radschnellweg

### Realisierungshorizont

mittelfristig



### Nutzung pro Tag

rd. 2.500



### geschätzte Kosten

710.000 Euro



### Grunderwerb

für größten Teil des Abschnitts erforderlich

### Beleuchtung

Die Belange des Naturschutzes sind zu berücksichtigen.



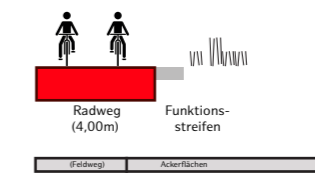
### Besonderheiten

Die Trasse des Radschnellwegs trifft in diesem Abschnitt auf die Planungen der Deutschen Bahn bezüglich einer Erweiterung der Bahnstrecke Elmshorn-Pinneberg um bis zu zwei weitere Gleise. Die Lage des Radschnellwegs sollte sich an diesen Planungen orientieren und ein entsprechender Abstand zu den Bestandsgleisen vorgesehen werden. Möglicherweise bietet die Anlage einer neuen Wegeverbindung entlang der Bahngleise, die im Zuge der Auflassung des Bahnübergangs Kreyhorn ange-dacht ist, bereits kurzfristig die Möglichkeit, einen Teil der hier vorgestellten Trasse des Radschnellwegs zu realisieren.

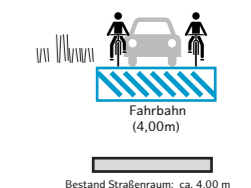
### Rückfallebene

Der Abschnitt ist zentraler Bestandteil des Verlaufs östlich der Bahnstrecke. Alternativ müsste auf die Variante westlich der Bahnstrecke zurückgegriffen werden, die entlang der L107 verläuft und für die Erschließung Torneschs als unvorteilhaft eingestuft wurde.

### Querschnitt 1 (990 m)



### Querschnitt 2 (90 m)



### Selbständig geführter Zweirichtungsradweg (Standard-Nr. 1)

Neubautrasse eines selbständig geführten Zweirichtungsradwegs, dazwischen kurzes Teilstück als Fahrradstraße (Kreyhorn) mit Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn (im Bestand kaum Kfz-Verkehr, perspektivisch durch Schließung des Bahnübergangs noch weitere Reduzierung). Ein separater Gehweg wird angesichts der Entfernung zu den nächsten Siedlungsgebieten für nicht notwendig erachtet.

### Fahrradstraße (Standard-Nr. 7)

### Konflikte



Ausgleichspflichtiger Eingriff in Natur und Landschaft, Eingriffe sind weitmöglichst zu reduzieren. Teilweise umfangreicher Gehölzbestand betroffen.



(sehr) vereinzelte Nutzung des Weges durch die direkt anliegenden landwirtschaftlichen Betriebe, keine besondere Konfliktslage zu erwarten.

Zielbild Zweirichtungsradweg (Bsp. aus Nijmegen/Niederlande, Quelle: Royal Haskoning DHV)





<b>Beschlussvorlage</b>	<b>Vorlage-Nr:</b>	<b>VO/21/347</b>
	Status:	öffentlich
	Datum:	09.02.2021
Federführend: Bürgermeisterin Amt für Bauen, Planung und Umwelt	Bericht im Ausschuss:	René Goetze
	Bericht im Rat:	
	Bearbeiter:	René Goetze
<b>Neubau einer Fahrradabstellanlage mit WC am Bahnhof - Sachstand und weiteres Vorgehen</b>		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	
01.03.2021	Bau- und Planungsausschuss	

### Sachbericht / Stellungnahme der Verwaltung

#### Zur B+R-Anlage

Der Zustand der Fahrradabstellanlagen am Tornescher Bahnhof ist unzumutbar: Die vorhandene Fahrradgarage ist in einem schlechten baulichen Zustand, zudem zeigt die Bedarfsanalyse ein sehr großes Defizit von Einstellplätzen im Bahnhofsumfeld auf. Das Defizit ist so groß, dass auch nach Abriss und Neubau der Abstellanlage immer noch Einstellplätze fehlen werden; dieses Defizit überdachter und gesicherter Fahrradabstellplätze wird auch durch die in Kürze fertiggestellte Abstellanlage auf der Ostseite der Bahn (Alte Ahrenloher Str.) nicht annähernd ausgeglichen. Ziel der Verwaltung ist es, möglichst schnell eine gute Lösung für die Fahrrad-Abstellsituation am Bahnhof Tornesch zu erreichen. Vorbild sollen die in Modulbauweise errichteten Standard-Abstellanlagen der Nah-SH sein, wie sie z.B. in Prisdorf, Elmshorn und an der Alten Ahrenloher Str. entstanden sind bzw. entstehen. Der Rahmenvertrag zwischen Nah-SH und dem Hersteller der Anlagen, der Fa. Kienzler, ist allerdings ausgelaufen, so dass dieses Errichtungs-Modell leider nicht mehr angewendet werden kann; die Nah.SH bereitet derzeit die Ausschreibung dieser Leistung neu vor.

Für Tornesch bedeutet dies zum einen den Nachteil, dass vor der Realisierung der B+R-Anlage die Ausschreibung des Landes abgewartet werden muss, zum anderen den großen Vorteil, dass im Zuge der Ausschreibung Tornesch einer der ausgewählten Standorte ist, die als "Muster" für die neue Generation von Abstellanlagen dienen: Der ansonsten auf die Kommunen fallende Anteil an den Planungsleistungen wird in diesem Fall in Teilen vom Land übernommen. Die durch die Stadt zu finanzierende Summe kann so weiter reduziert werden (Aufteilungsschlüssel: Nah-SH 75%, Metropolregion 12,5%, Stadt 12,5 %). Neben den monetären Vorteilen für die Stadt ergeben sich noch weitere Vorteile: Die Stadt muss die Planungsleistungen nicht ausschreiben, denn der Planer der B+R-Anlage ist der Nah-SH-Planer Agentur Bahnstadt/Stationova. Dasselbe Büro ist auch in die Nah-SH-Planung für das 3. und 4. Gleis eingebunden: Der Ausbau der Bahnstrecke wird mit Umstrukturierungen des Bahnhofsumfeldes verbunden sein, die von der Nah-SH beauftragte Agentur Bahnstadt/Stationova wird dies bei ihrer Planung von B+R-Anlagen im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung des Umfeldes mit berücksichtigen.

Um noch mehr der gemäß der Bedarfsanalyse 900 erforderlichen Fahrradstellplätze zu schaffen, werden zwei mögliche zusätzliche Standorte in die Betrachtung mit einbezogen, d.h. weitere B+R-Stellplätze zeitgleich mit auf den Weg gebracht (s. Anlage). Die beiden wei-

teren Anlagen könnten dann a) auch mit entsprechender Förderung und b) mit allen anderen organisatorischen Vorteilen gleich mit errichtet werden. Sofern die Eigenanteile i.H.v. 12,5% im Haushalt 2022 bereitgestellt werden, könnten ohne großes Verfahren, ohne Planerschreibung, ohne Probleme mit unterschiedlichen Firmen, Herstellern, Planern auf ganz einfache Art und Weise in 2022 drei neue B+R-Anlagen in einheitlicher Form entstehen - und zusätzlich eine am zentralen Standort in das Modulsystem integrierte neue WC-Anlage. Der Anteil der Stadt bliebe bei 12,5% der Gesamtkosten, abzüglich des durch die KVIP zu tragenden Kostenanteils an der WC-Anlage. Durch die Übernahme der Planungsleistungen durch die Nah-SH und den entfallenden Ausschreibungsaufwand wird neben dem finanziellen auch der organisatorische Aufwand für die Stadtverwaltung erheblich reduziert, so dass innerhalb von zwei Jahren gleich drei neue Anlagen realisiert werden können!

Im Folgenden werden die laufenden Planungsschritte zusammengefasst:

- Die Verwaltung wurde durch den BPA (Sitzung vom 02.11.2020) beauftragt, die Planung der Fahrradabstellanlage in Modulbauweise fortzuführen. Dem Beschluss vorausgegangen war die Präsentation über die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zum 3. + 4. Gleis (Verlängerung der S-Bahnstrecke zwischen Pinneberg und Elmshorn) sowie (ggf.) der ÖPNV-Anbindung nach Uetersen und deren Auswirkung auf unseren Bahnhof (siehe Planausschnitt Anlage 1).
- Der Tornescher Beschluss wurde von der Nah-SH begrüßt, da die Nah-SH ihr B+R-Programm fortsetzen und für 2021 neu ausschreiben wird. Hierzu soll es einen Rahmenvertrag für die B+R-Modulbauweise im Nah-SH-Design geben. Im Zuge dessen hat die Nah-SH die Kommunen, die sich bereits für den Bau einer Anlage in Modulbauweise aussprechen, "gebündelt" und für die Ausarbeitung den Kontakt mit dem Büro Agentur Bahnstadt/stationova aus Berlin vermittelt. Es werden nun die Lph1+2 (Grundlagenermittlung, Vorentwurf) gemeinsam ausgearbeitet. Finanziert wird diese Planungsleistung vollständig durch die Nah-SH!
- Eine Auftaktveranstaltung der Nah-SH hat (wegen der Coronasituation online) bereits am 10.12.2020 stattgefunden. Am 15.12.2020 hat das Amt für Bauen, Planung und Umwelt via Videokonferenz Kontakt zu Agentur Bahnstadt/stationova aufgenommen, hier wurden die Eckdaten und bisherige Ideen formuliert, sowie Unterlagen zur weiteren Bearbeitung an Agentur Bahnstadt/stationova weitergeleitet. Am 19.01.21 gab es eine Begehung vor Ort mit der Agentur Bahnstadt/stationova und der Nah-SH. Hier wurden weitere mögliche Standorte (Anlage 2-Darstellung der Flächen dienen der Orientierung) betrachtet, um dem Resultat der Bedarfsanalyse (Bedarf bis zu 900 Fahrradabstellplätze am Bahnhof Tornesch) näher zu kommen. Ein Vermessungsbüro ist bereits durch Agentur Bahnstadt/stationova beauftragt und soll in den folgenden Wochen aktiv werden.

Möglicher Projektablauf (Mindestzeiträume) bei Realisierung mit Nah-SH (von der Verwaltung favorisiert):

- Januar 2021: Vor-Ort-Termine (gebündelte Bereisung durch Agentur Bahnstadt)
- Feb 2021: Durchführung der Vermessung
- Feb/Mar 2021: Erarbeitung der Vorplanungen für die drei B+R-Standorte in Tornesch
- bis April 2021: Vorbereitung der Ausschreibungsunterlagen für den Rahmenvertrag
- bis Mai 2021: Ausschreibung und Abschluss des Rahmenvertrags
- bis Sept. 2021: Entwurfsplanung durch Kommune
- Nov. 2021: Förderbescheid der NAH.SH
- Jan. 2022: Werkplanung durch Hochbau-Unternehmen
- Jan. - Mar. 2022: Baugenehmigungsverfahren
- Mai/Juni 2022: Ausschreibung der Tiefbaumaßnahmen
- frühestens Juli 2022: Beginn der Baumaßnahme vor Ort

Zum Vergleich: Möglicher Projektablauf (Mindestzeiträume) bei Planung und Ausschreibung einer Fahrradabstellanlage durch Stadt in Eigenregie (von der Verwaltung aus Zeit- und Kostengründen nicht favorisiert!)

- bis Mai 2021: Anpassung der Vorplanungen für einen B+R-Standort (Fahrradgarage);

Ausschreibung entsprechend des Vergaberechtes der Architekten- und Ingenieursleistungen, bevor in die Lph 1-4 eingestiegen werden kann

- Bis Nov 2021: Erarbeitung des Entwurfes und Erstellung des Bauantrages
- bis Juli 2022: Mit Stand der Lph4 (Bauantrag), Stellung der Förderanträge (Nah-SH/Metropolregion)
- bis Okt 2022: Ausschreibung für das Objekt (Tiefbau/Hochbau/Mobiliar) nach den Genehmigungen/Bewilligungen.
- frühestens Dez 2022: Beginn der Baumaßnahme vor Ort

### Zur WC-Anlage

Die bestehende WC-Anlage am Bahnhof ist ein in die bestehende Fahrradgarage integrierter Massivbau. Um möglichst viele Fahrradstellplätze in einem Neubau unterbringen zu können und den Bau von WC-Anlage und B+R-Anlage zu entkoppeln, entstand die Idee, eine öffentliche WC-Anlage separiert und als eigenständiges Projekt in Form eines Fertigbaus zu realisieren. Aus diesen Überlegungen heraus und dem zusätzlichen Wunsch der KViP nach einer "eigenen" WC-Kabine am Bahnhof, ergab sich eine Anlage bestehend aus einer öffentlichen behindertengerechten Uni-Sex- und einer Busfahrer/innen-Kabine. Dies wurde bereits im BPA am 14.12.2020 vorgestellt, wobei sich das Gremium für die kombinierte, separierte WC-Anlage (Anlage 2 -Standort Variante) ausgesprochen hat, als möglicher Standort wurde die Freifläche zwischen jetzigem Standort und dem Tornescher Hof vorgeschlagen.

Aus Sicht der Verwaltung macht es jedoch Sinn, sich von diesem Ansatz wieder zu verabschieden und den alten Standort wieder ins Auge zu fassen: Denn bei einer gesamtheitlichen Betrachtung des Bahnhofsumfelds werden nun zwei zusätzliche Standorte für B+R-Anlagen (und damit eine erhöhte Anzahl von B+R-Stellplätzen) mit einbezogen, welche zeitgleich mit dem Ersatz der heutigen Fahrradgarage erstellt werden sollen. Hierdurch würde sich die Situation der Knappheit von Fahrrad-Einstellplätzen entspannen und die Beibehaltung des jetzigen Standorts der WC-Anlage wieder sinnvoll - auch weil der Standort sich dort besser in das Bahnhofsumfeld und die B+R-Anlage einfügen lässt und hier auf die Errichtung längerer Ver- und Versorgungsleitungen verzichtet werden kann. Nach Aussage der Agentur Bahnstadt/Stationova werden in der Lph 2 die Standortmöglichkeiten der B+R-Anlagen genauer betrachtet, wobei zusätzlich die WC-Anlage Berücksichtigung finden kann. Die WC-Anlage kann nun genau wie die B+R-Anlage von Nah-SH und Metropolregion gefördert werden und würde zeitgleich mit der Neuerrichtung der B+R-Anlage entstehen. Bis dahin bleibt die bestehende WC-Anlage in der Fahrradgarage nutzbar.

### Finanzielle Auswirkungen / Darstellung der Folgekosten

Der Beschluss hat finanzielle Auswirkungen:  ja  nein

Die Maßnahme/Aufgabe ist:  vollständig eigenfinanziert  
 teilweise gegenfinanziert  
 vollständig gegenfinanziert

Auswirkungen auf den Stellenplan:  Stellenmehrbedarf  Stellenminderbedarf  
 höhere Dotierung  Niedrigere Dotierung  
 Keine Auswirkungen

Es wurde eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchgeführt:  ja  nein

Es liegt eine Ausweitung oder eine Neuaufnahme einer Freiwilligen Leistung vor:  ja  nein

#### Produkt/e:

<u>Erträge/Aufwendungen</u>	2021	2022	2023	2024	2025	2026 ff.
	in EUR					

* Anzugeben bei Erträgen, ob Zuschüsse/Zuweisungen; Transfererträge; Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge						
* Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalaufwand; Sozialtransferaufwand; Sachaufwand; Zuschüsse/Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen						
Erträge*:						
Aufwendungen*:						
<b>Saldo (E-A)</b>						
davon noch zu veranschlagen:						
<b>Investition/Investitionsförderung</b>	2019	2020	2021	2022	2023	2024 ff.
	in EUR					
Einzahlungen						
Auszahlungen						
<b>Saldo (E-A)</b>						
davon noch zu veranschlagen:						
Erträge (z.B. Auflösung von Sonderposten)						
Abschreibungsaufwand						
<b>Saldo (E-A)</b>						
davon noch zu veranschlagen:						
Verpflichtungsermächtigungen						
davon noch zu veranschlagen:						
<b>Folgeeinsparungen/-kosten</b>	2019	2020	2021	2022	2023	2024 ff.
(indirekte Auswirkungen, ggf. sorgfältig zu schätzen)	in EUR					
* Anzugeben bei Erträgen, ob Zuschüsse/Zuweisungen; Transfererträge; Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge						
* Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalaufwand; Sozialtransferaufwand; Sachaufwand; Zuschüsse/Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen						
Erträge*:						
Aufwendungen*:						
<b>Saldo (E-A)</b>						
davon noch zu veranschlagen:						

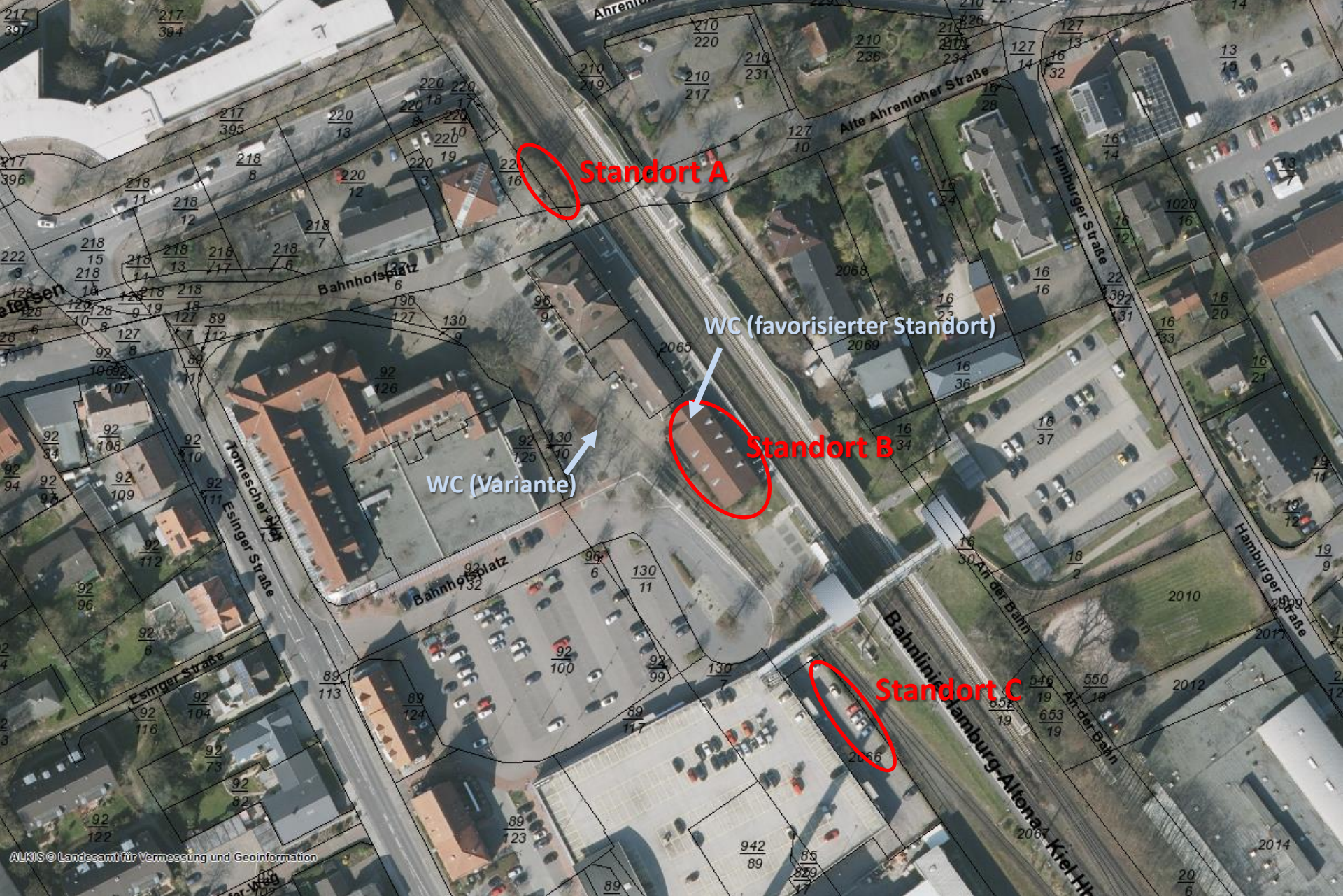
### **Beschluss(empfehlung)**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Realisierung von B+R-Anlagen an den im beigefügten Lageplan aufgeführten drei Standorte A, B und C in Zusammenarbeit mit der Nah-SH voranzutreiben. Die Planungsleistungen der Lph 1-2 werden von Nah-SH ohne Kostenbeteiligung der Stadt beauftragt. Die Entscheidung der Stadt über die Realisierung der B+R-Anlagen sowie einer am Standort B integrierten WC-Anlage erfolgt vor den Beratungen über den Haushalt 2022, bis dahin wird eine Kostenzusammenstellung/-schätzung sowie eine Übersicht der zu erwartenden Fördermittel vorgelegt.

gez.  
Sabine Kählert  
Bürgermeisterin

**Anlage/n:**  
Lageplan





Standorte der drei auf der Westseite der Bahnstrecke vorgesehenen Fahrradabstellanlagen mit Kennzeichnung möglicher WC-Standorte



<b>Beschlussvorlage</b>	<b>Vorlage-Nr:</b>	<b>VO/21/340</b>
	Status:	öffentlich
	Datum:	28.01.2021
Federführend: Amt für Bauen, Planung und Umwelt FD Stadtplanung und Umwelt	Bericht im Ausschuss:	Oliver Kath
	Bericht im Rat:	
	Bearbeiter:	Oliver Kath
<b>Gemeinsamer Flächennutzungsplan der Städte Uetersen und Tornesch sowie der Gemeinden Heidgraben und Moorrege - 54. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Uetersen - Entwurf- und Auslegungsbeschluss</b>		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	
01.03.2021	Bau- und Planungsausschuss	

### **Sachbericht / Stellungnahme der Verwaltung**

Die Städte Uetersen und Tornesch sowie die Gemeinden Heidgraben und Moorrege sind durch einen gemeinsamen Flächennutzungsplan verbunden.

Die Bau- und Verkehrsausschuss der Stadt Uetersen hat beschlossen, die 54. Änderung des Flächennutzungsplanes für eine Fläche für das Gebiet nördlich der Reth-Wetter zwischen Neuendeich-Rosengarten/östlich der Gemeindegrenze Neuendeich und westlich der Gemeindegrenze Groß Nordende durchzuführen. In der Sitzung vom 26.11.2021 wurde der Entwurfs- und Aufstellungsbeschluss gefasst.

Aus der Erklärung zum gemeinsamen Flächennutzungsplan von 1972 geht hervor, dass bei Änderungen des Flächennutzungsplanes gleichlautende Beschlüsse aller vier beteiligten Gemeinden gefasst werden. Dies betrifft Flächen, die entweder größer als 5 ha sind oder im Grenzbereich von mindestens zwei Gemeinden liegen. Daher bittet die Stadt Uetersen um die Fassung eines gleichlautenden Entwurfs- und Auslegungsbeschlusses der 54. Änderung des Flächennutzungsplanes.

Mit der Teilfortschreibung des Regionalplans für den Planungsraum III wurde in der Stadt Uetersen ein Eignungsgebiet für die Windenergienutzung ausgewiesen. Danach sind nur innerhalb von Eignungsgebieten raumbedeutsame Windenergieanlagen (WEA) zulässig. Aktuell befinden sich bereits sechs WEA innerhalb des Eignungsgebiets. Die bestehenden Anlagen sollen durch neue und effizientere Anlagen ersetzt werden. Aufgrund einer größeren Höhe und entsprechend notwendigen Abstandsflächen, werden sich die Standorte leicht von den bestehenden Standorten unterscheiden. Die Anzahl der Anlagen wird sich von sechs auf vier Anlagen reduzieren.

Zur Umsetzung des Vorhabens ist für das Gebiet die Aufstellung eines neuen Bebauungsplans vorzunehmen und die Änderung des Flächennutzungsplanes notwendig. Derzeit legt der F-Plan eine Fläche für Landwirtschaft fest, welche künftig als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Windenergie und Landwirtschaft festgesetzt werden soll.

**Prüfungen:****1. Umweltverträglichkeit**

entfällt

**2. Kinder- und Jugendbeteiligung**

entfällt

**Finanzielle Auswirkungen / Darstellung der Folgekosten**Der Beschluss hat finanzielle Auswirkungen:  ja  neinDie Maßnahme/Aufgabe ist:  vollständig eigenfinanziert  
 teilweise gegenfinanziert  
 vollständig gegenfinanziertAuswirkungen auf den Stellenplan:  Stellenmehrbedarf  Stellenminderbedarf  
 höhere Dotierung  Niedrigere Dotierung  
 Keine AuswirkungenEs wurde eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchgeführt:  ja  neinEs liegt eine Ausweitung oder eine Neuaufnahme einer  
Freiwilligen Leistung vor:  ja  nein**Produkt/e:**

<b><u>Erträge/Aufwendungen</u></b>	2021	2022	2023	2024	2025	2026 ff.
	in EUR					
<i>* Anzugeben bei Erträgen, ob Zuschüsse/Zuweisungen; Transfererträge; Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge</i>						
<i>* Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalaufwand; Sozialtransferaufwand; Sachaufwand; Zuschüsse/Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen</i>						
Erträge*:						
Aufwendungen*:						
<b><u>Saldo (E-A)</u></b>						
davon noch zu veranschlagen:						

<b><u>Investition/Investitionsförderung</u></b>	2019	2020	2021	2022	2023	2024 ff.
	in EUR					
Einzahlungen						
Auszahlungen						
<b><u>Saldo (E-A)</u></b>						
davon noch zu veranschlagen:						
Erträge (z.B. Auflösung von Sonderposten)						
Abschreibungsaufwand						
<b><u>Saldo (E-A)</u></b>						
davon noch zu veranschlagen:						
Verpflichtungsermächtigungen						
davon noch zu veranschlagen:						

<b><u>Folgeinsparungen/-kosten</u></b>	2019	2020	2021	2022	2023	2024 ff.
	in EUR					
<small>(indirekte Auswirkungen, ggf. sorgfältig zu schätzen)</small>						

* Anzugeben bei Erträgen, ob Zuschüsse/Zuweisungen; Transfererträge; Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge						
* Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalaufwand; Sozialtransferaufwand; Sachaufwand; Zuschüsse/Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen						
Erträge*:						
Aufwendungen*:						
<b>Saldo (E-A)</b>						
davon noch zu veranschlagen:						

### **Beschluss(empfehlung)**

1. Der Entwurf der 54. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet „Nördlich der Reth-Wetter, östlich der Gemeindegrenze Neuendeich und westlich der Gemeindegrenze Groß Nordende“ und die Begründung werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Der Entwurf des Planes und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 b Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen. Zusätzlich sind der Inhalt der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung und die nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB auszulegenden Unterlagen ins Internet einzustellen und über den digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich zu machen.
3. Der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs.1 Satz 2 BauGB).

gez.  
Sabine Kählert  
Bürgermeisterin

### **Anlage/n:**

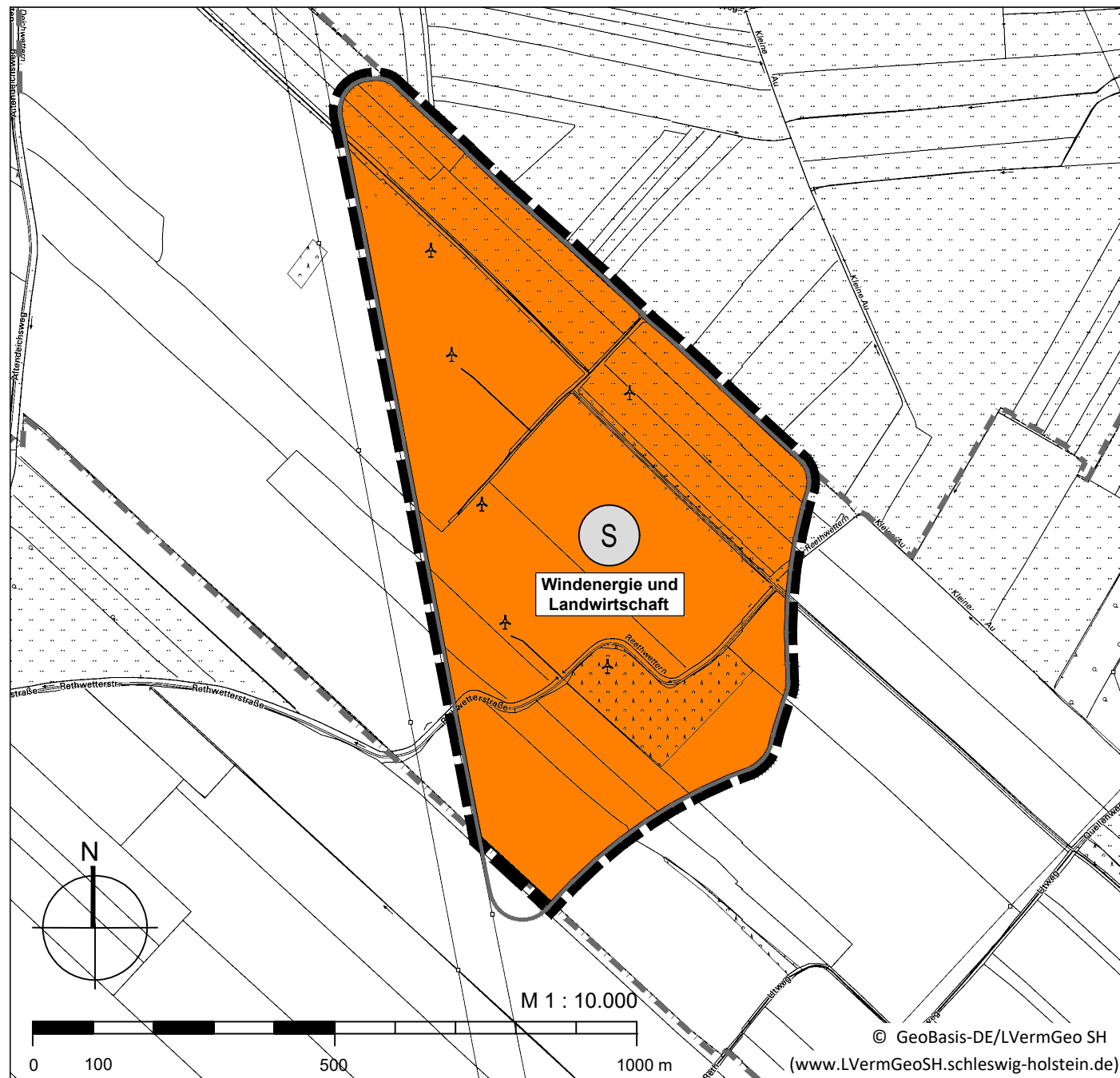
Planunterlagen

Auszug aus der Niederschrift des Bau- und Verkehrsausschusses der Stadt Uetersen vom 26.11.2020

Änderungshistorie:			
Datum:	Bearbeiter*in:	Was wurde geändert:	Warum:


**PLANZEICHNUNG**

Es gilt die Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)

**Zeichenerklärung**

Es gilt die Planzeichenverordnung vom 18. Dezember 1990, zuletzt geändert am 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057)


**Art der baulichen Nutzung (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)**


 Sonstiges Sondergebiet gem. § 11 BauNVO  
Zweckbestimmung: Windenergie und Landwirtschaft

**Sonstige Planzeichen**

 Grenze des Änderungsbereichs

**Darstellungen ohne Normcharakter**

 Grenze der Stadt Uetersen

 Grenze des Vorangebiet PR3\_PIN\_009 gem. 4. Entwurf des Regionalplans für den Planungsraum III

**Verfahrensvermerke**

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Stadtvertretung vom .....  
Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln vom ..... bis ..... erfolgt.

2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wurde vom ..... bis ..... durchgeführt. (Bekanntmachung vom ..... bis .....)

3. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gemäß § 4 Abs. 1 i.V.m. § 3 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom ..... unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

4. Der Bauausschuss hat am ..... den Entwurf der 53. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

5. Der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung und die Begründung haben in der Zeit vom ..... bis einschließlich ..... während der Dienststunden oder nach vorheriger Vereinbarung nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, in der Zeit vom ..... bis ..... durch Aushang ortsüblich bekanntgemacht. Der Inhalt der Bekanntmachung der Auslegung der Planentwürfe und die nach § 3 Absatz 2 BauGB auszulegenden Unterlagen wurden unter „www.....de“ zur Beteiligung der Öffentlichkeit zusätzlich ins Internet eingestellt.

6. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gem. § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom ..... zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

7. Die Stadtvertretung hat die abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am ..... geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.

8. Die Stadtvertretung hat die Flächennutzungsplanänderung am ..... beschlossen und die Begründung durch Beschluss gebilligt.

9. Das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein hat die Flächennutzungsplanänderung mit Bescheid vom ..... Az: ..... - mit Nebenbestimmungen und Hinweisen - genehmigt.

10. Die Stadtvertretung hat die Nebenbestimmungen durch Beschluss vom ..... erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein hat die Erfüllung der Nebenbestimmungen mit Bescheid vom ..... Az.: ..... bestätigt.

11. Die Erteilung der Genehmigung der Flächennutzungsplanänderung sowie sowie Internetadresse der Stadt und die Stelle, bei der der Plan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung auf Dauer während der Sprechstunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt, wurden vom ..... bis ..... ortsüblich bekanntgemacht. In der Bekanntmachung wurde auf die Möglichkeit einer Geltendmachung von Verfahrens- und Formverstößen und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) hingewiesen. Die Änderung des Flächennutzungsplanes wurde mithin am ..... wirksam.

Uetersen, den

Bürgermeister

Stadt Uetersen

## 54. Änderung des Flächennutzungsplans "Sondergebiet Windenergie"

für das Gebiet nördlich Reth-Wetter, östlich der Gemeindegrenze Neuendeich und westlich der Gemeindegrenze Groß Nordende

Stand: Vorentwurf, 05.11.2020

**ELBERG**  
STADTPLANUNG

Kruse und Rathje Partnerschaft mbB  
Architekt und Stadtplaner  
Lehmweg 17, 20251 Hamburg  
Tel. 040 460955-60, mail@elberg.de, www.elberg.de

Stadt Uetersen

# Begründung zum Bebauungsplan Nr. 116 und zur 54. Änderung des Flächennutzungsplans „Windpark Uetersen“

für das Gebiet nördlich der Reth-Wetter, östlich der Gemeindegrenze Neuendeich und westlich der Gemeindegrenze Groß Nordende

## Teil I: Städtebaulicher Teil

Stand: Vorentwurf, 05.11.2020

### **Auftragnehmer und Bearbeitung:**

Dipl.-Ing. Bauassessor Gerd Kruse

M.Sc. Lisa Walther

### **Umweltbericht:**

Dipl.-Ing. Margarita Borgmann-Voss

**Inhalt:**

<b>1.</b>	<b>Planungsanlass und Verfahren.....</b>	<b>3</b>
<b>2.</b>	<b>Lage des Plangebiets / Bestand.....</b>	<b>4</b>
<b>4.</b>	<b>Planungsvorgaben .....</b>	<b>5</b>
4.1.	Ziele der Landesplanung und Raumordnung.....	5
4.2.	Flächennutzungsplan .....	7
4.3.	Bestehende Bebauungspläne .....	8
4.4.	Denkmalschutz / Archäologie .....	8
4.5.	Altlasten / Kampfmittel .....	8
<b>6.</b>	<b>Planinhalt .....</b>	<b>9</b>
6.1.	Art der baulichen Nutzung .....	9
6.2.	Maß der baulichen Nutzung, Baugrenzen .....	9
6.3.	Grünflächen und Bepflanzungen .....	9
6.5.	Örtliche Bauvorschriften.....	10
<b>7.</b>	<b>Erschließung .....</b>	<b>10</b>
<b>8.</b>	<b>Umweltbericht .....</b>	<b>10</b>
<b>9.</b>	<b>Flächen und Kosten .....</b>	<b>10</b>

## 1. Planungsanlass und Verfahren

Mit der Teilfortschreibung des Regionalplans für den Planungsraum III, der sich aktuell nach der öffentlichen Auslegung des 4. Entwurfs befindet, wurde in der Stadt Uetersen ein Eignungsgebiet für die Windenergienutzung ausgewiesen. Danach sind nur innerhalb von Eignungsgebieten raumbedeutsame Windenergieanlagen (WEA) zulässig.

Aktuell befinden sich bereits sechs WEA innerhalb des Eignungsgebiets. Durch diesen Bebauungsplan (B-Plan) soll ihr Repowering, also der Ersatz der bestehenden Anlagen durch neue und effizientere Anlagen, ermöglicht werden. Aufgrund einer größeren Höhe und entsprechend notwendigen Abstandsflächen, werden sich die Standorte leicht von den bestehenden Standorten unterscheiden. Die Anzahl der Anlagen wird sich von sechs auf vier Anlagen reduzieren. Der bestehende B-Plan Nr. 70 wird überplant und dessen Festsetzungen aufgehoben.

Parallel zur Aufstellung dieses Bebauungsplans wird der Flächennutzungsplan der Stadt Uetersen geändert, da das Plangebiet über den Geltungsbereich des bestehenden B-Plans hinausgeht. Zusätzlich setzte der bisherige B-Plan Fläche für die Landwirtschaft als Grundnutzung fest. Da gemäß dieses B-Plan-Entwurfs zukünftig ein Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Windenergie und Landwirtschaft festgesetzt werden soll, wird der Flächennutzungsplan zukünftig ebenfalls ein solches Sondergebiet darstellen.



## 2. Lage des Plangebiets / Bestand

Das ca. 58 ha große Plangebiet befindet sich im äußersten Westen der Stadt Uetersen. Im Norden grenzt die Gemeinde Groß Nordende und im Westen die Gemeinde Neuendeich an das Plangebiet an. Neben den intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen im Plangebiet, befinden sich bereits sechs WEA dort.



**Abb. 1:** Luftbild mit Lage des Plangebietes, ohne Maßstab, Quelle: Google Earth

Im Plangebiet befinden sich außerdem einige öffentliche Wege, die der Erschließung der landwirtschaftlichen Flächen sowie der Windanlagen dienen sowie Gräben. Entlang der Westgrenze des Plangebiets verläuft die Mittelachse einer Bahnstromleitung mit 110 kV. Weiter westlich befindet sich eine weitere 110 kV-Stromleitung, deren Mittelachse einen Abstand von ca. 80 m zum Plangebiet hat.

## **4. Planungsvorgaben**

### **4.1. Ziele der Landesplanung und Raumordnung**

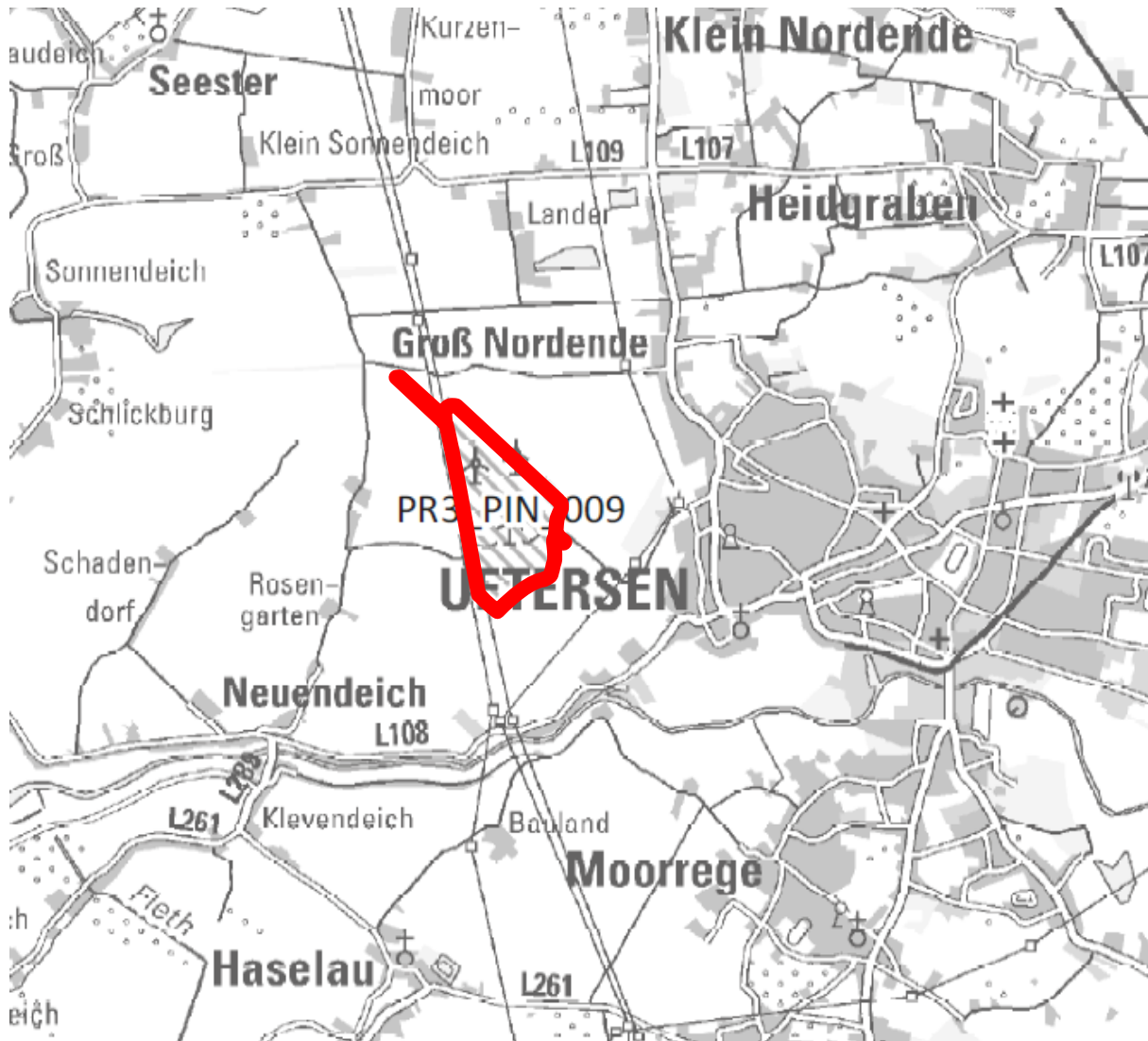
Die Windkraft in Schleswig-Holstein wird in relevantem Umfang seit Anfang der 1990er Jahre genutzt. Im Laufe der 1990er Jahre zeigte sich aufgrund der im § 35 BauGB neu eingeführten Privilegierung der Windkraftnutzung ein landesplanerischer Steuerungsbedarf. 1997/98 erfolgte erstmalig eine Ausweisung von Eignungsgebieten in Teilfortschreibungen der Regionalpläne. Im Jahr 2010 hat die Landesregierung im Landesentwicklungsplan (LEP) Grundsätze und Ziele der Raumordnung festgelegt, nach denen das in der Windenergie steckende Potenzial unter Abwägung mit anderen öffentlichen Belangen genutzt werden soll. Durch anschließende erneute Teilfortschreibungen aller Regionalpläne in 2012 wurde die Fläche der Eignungsgebiete von 0,8 % auf 1,7 % der Landesfläche mehr als verdoppelt.

Das Schleswig-Holsteinische Oberverwaltungsgericht (OVG Schleswig) hat am 20.01.2015 die Teilfortschreibungen 2012 der Regionalpläne für die Planungsräume I und III mit den Festlegungen zur Steuerung der Windenergienutzung für unwirksam erklärt. Das Gericht hat darüber hinaus inzident die Bestimmungen des Windkapitels des Landesentwicklungsplanes 2010 überprüft und für rechtswidrig gehalten.

Daraufhin hat die Landesregierung Maßnahmen ergriffen, um einen ungesteuerten Ausbau der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein allein auf Basis der Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BauGB zu vermeiden.

Um die Ziele der Raumordnung, die in den neuen Windenergie-Regionalplänen aufgestellt werden, bereits vorab zu sichern, hat der Landtag durch § 18a Landesplanungsgesetz die Errichtung raumbedeutender Windenergieanlagen bis zum 31. Dezember 2020 im gesamten Land für vorläufig unzulässig erklärt. Ausnahmen hiervon sind laut Landesplanungsgesetz unter bestimmten Voraussetzungen möglich, wenn die geplanten Windenergieanlagen die Verwirklichung der in Aufstellung befindlichen Ziele der Raumordnung nicht unmöglich machen oder wesentlich erschweren.

Das Plangebiet befindet sich im Planungsraum III. Der Regionalplan für den Teilbereich Windenergie für den Planungsraum III befindet sich derzeit mit dem vierten Entwurf nach der öffentlichen Auslegung.



**Abb. 2:** Ausschnitt aus der Teilfortschreibung des Regionalplans für den Planungsraum III, 4. Entwurf mit Lage des Plangebietes in rot, ohne Maßstab, Quelle: © GeoBasis-DE/LVermGeo SH ([www.LVermGeoSH.schleswig-holstein.de](http://www.LVermGeoSH.schleswig-holstein.de))

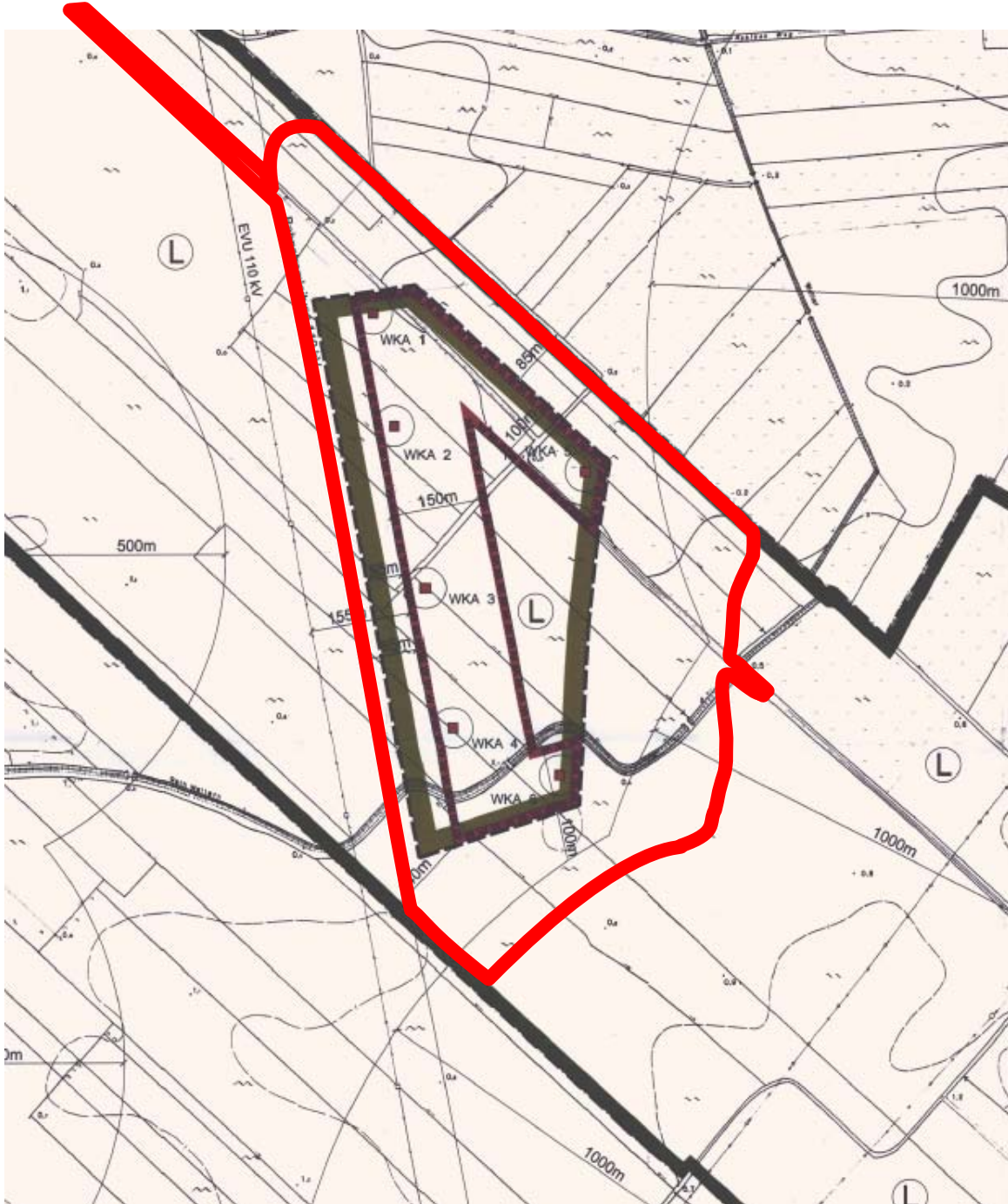
Der Geltungsbereich des B-Plans entspricht dem im Regionalplan ausgewiesenen Eignungsgebiet innerhalb der Stadtgrenze Uetersens, geringfügige Erweiterungen werden in Richtung Norden und Süden für die Erschließung erforderlich. Die Grenzen des Eignungsgebiets wurden direkt aus dem Regionalplan übernommen. Laut Regionalplan besteht auch die Möglichkeit, im Rahmen der detaillierten Maßstabebene eines Bebauungsplans gegenüber der des Regionalplans die Grenzen des Eignungsgebiets im Detail zu verändern. Hierzu könnten die Abstandsvorgaben des Regionalplans z. B. zu Wohngebieten verwendet werden und im Maßstab des Bebauungsplans neu gezeichnet werden. Dadurch würde sich das Eignungsgebiet in Richtung Ortslage Uetersen erweitern. Aus allgemeinen Vorsorgegründen wird diese Möglichkeit zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm- und Schlag Schatten nicht genutzt, sondern es werden die Grenzen des Regionalplans 1:1 aus dem Entwurf des Regionalplans übernommen.

Auf Grund der Übereinstimmung des Plangebiets mit dem vorgesehenem Eignungsgebiet ist sicher davon auszugehen, dass die Planung den Zielen der Raumordnung entspricht. Sollte sich das Eig-

nungsgebiet im Verfahren zum Regionalplan noch ändern wird sich die Bauleitplanung im laufenden Verfahren daran anpassen.

#### 4.2. Flächennutzungsplan

Der wirksame gemeinsame Flächennutzungsplan der Städte Uetersen und Tornesch sowie der Gemeinden Moorrege und Heidgraben aus dem Jahr 1970 stellt das Plangebiet als Flächen für die Landwirtschaft dar. Im Rahmen der 23. Änderung für die Stadt Uetersen aus dem Jahr 2000 wurden Teile des Plangebiets bereits in Flächen für die Landwirtschaft mit Zusatznutzung: Flächen für das Errichten von Windenergieanlagen geändert.



**Abb. 3:** Ausschnitt aus der wirksamen 23. Änderung des FNP mit Lage des Plangebietes in rot, ohne Maßstab

Da der Geltungsbereich des rechtskräftigen B-Plans deutlich kleiner ist, als das Plangebiet dieses Bebauungsplans wird eine erneute Änderung des Flächennutzungsplans notwendig.

#### **4.3. Bestehende Bebauungspläne**

Im Plangebiet existiert der B-Plan Nr. 70, der die Zulässigkeit der bestehenden WEA im Plangebiet regelt und dessen Festsetzungen durch diesen Bebauungsplan aufgehoben werden.

#### **4.4. Denkmalschutz / Archäologie**

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wird die untere Denkmalschutzbehörde am Planverfahren beteiligt und um Stellungnahme bzgl. archäologischer Funde im Plangebiet und der Umgebung gebeten.

Denkmale sind gemäß § 8 Abs. 1 DSchG unabhängig davon, ob sie in der Denkmalliste erfasst sind, gesetzlich geschützt.

Es wird auf § 15 DSchG verwiesen: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung.

Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.

#### **4.5. Altlasten / Kampfmittel**

Im Plangebiet befinden sich nach heutigem Kenntnisstand keine Altablagerungen und keine Altstandorte. Sollten jedoch bei baulichen Maßnahmen Bodenverunreinigungen zu Tage gefördert werden, ist die untere Bodenschutzbehörde des Kreises umgehend in Kenntnis zu setzen. Die weiteren Maßnahmen werden von dort aus abgestimmt.

Zufallsfunde von Munition, Waffen oder Ausrüstungsgegenständen sind nicht gänzlich auszuschließen und unverzüglich der Polizei zu melden.

## **6. Planinhalt**

### **6.1. Art der baulichen Nutzung**

Im Plangebiet wird innerhalb des durch die Teilfortschreibung des Regionalplans ausgewiesenen Eignungsgebietes für die Windenergie ein sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Windenergie und Landwirtschaft“ festgesetzt. Im Sondergebiet sind Windenergieanlagen, befestigte Zufahrten zu den Windenergieanlagen, sonstige für die Errichtung und den Betrieb erforderliche Nebenanlagen, sonstige Erschließungsanlagen sowie landwirtschaftlichen Betrieben dienende Vorhaben im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB zulässig. Dadurch wird die hier derzeit stattfindende landwirtschaftliche Nutzung auch weiterhin ermöglicht. Wohnnutzungen und Aufforstungen zu Wald sind unzulässig.

### **6.2. Maß der baulichen Nutzung, Baugrenzen**

Mit der Errichtung der neuen Windenergieanlagen sind jeweils Fundamentgründungen (Vollversiegelung) und Kranstellflächen sowie entsprechende Zuwegungen (Teilversiegelungen) verbunden. Um diese Flächen zu ermöglichen, die Bodenversiegelung im Plangebiet aber auf das notwendigste zu beschränken, wird die zulässige Grundfläche auf maximal 750 m<sup>2</sup> pro Windenergieanlage beschränkt. Die nur vom Rotor überdeckten Teile des Baugrundstücks werden dabei nicht mitgerechnet. Die zulässige Grundfläche darf gem. § 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO durch die Grundfläche von Stellplätzen mit ihren Zufahrten, die zur Erschließung der Windkraftanlagen erforderlich sind, sonstigen Nebenanlagen i.S. d. § 14 BauNVO, die dem Nutzungszweck der im Baugebiet gelegenen Grundstücke dienen und seiner Eigenart nicht widersprechen sowie sonstigen Erschließungsanlagen überschritten werden.

Die Windenergieanlagen dürfen jeweils eine Gesamthöhe von 180 m über der natürlichen Geländeoberfläche am Mastfuß nicht überschreiten. Mit dieser Festsetzung ist eine effektive Nutzung der Windkraft gewährleistet, gleichzeitig werden die optischen Auswirkungen auf die Siedlungsbereiche und das Landschaftsbild eingegrenzt.

Für die zulässigen Vorhaben, die einem landwirtschaftlichen Betrieb dienen, beträgt die maximale Bauhöhe 10 m über der natürlichen Geländeoberfläche. Damit bestehen für die Errichtung von landwirtschaftlichen Gebäuden ausreichende Möglichkeiten.

### **6.3. Grünflächen und Bepflanzungen**

Die Flächen im Plangebiet werden intensiv landwirtschaftlich genutzt, wobei der Schwerpunkt auf der ackerbaulichen Nutzung liegt. Die Kompensationsmaßnahmen für die Errichtung des Windparks sind dem Umweltbericht (Teil II der Begründung) zu entnehmen.

## 6.5. Örtliche Bauvorschriften

Zum Schutz des Landschaftsbildes sowie für eine angemessene Gestaltung der WEA werden einige gestalterische Festsetzungen getroffen.

Die Windenergieanlagen müssen einen geschlossenen Trägerturm besitzen sowie mit drei Rotorblättern und einer horizontalen Drehachse ausgestattet werden, um Gitterturmkonstruktionen auszuschließen. Die Festsetzung der Türme, Rotorenanzahl und der Drehrichtung dient zur Minimierung der Auswirkungen auf das Landschaftsbild. Es entsteht ein für den Betrachter optisch einheitlicher und damit ruhiger Anblick der neuen Anlagen.

Außenbeleuchtungen von Windenergieanlagen und ihrer baulichen Nebenanlagen (aktive Eigenbeleuchtung und passive Beleuchtung durch Anstrahlen) sind, außer Beleuchtungen für Wartungszwecke und aus Gründen der Luftsicherheit, nicht zulässig. Die Schaltzeiten und Blinkfolgen sind für alle Windenergieanlagen einheitlich zu gestalten. Die Windenergieanlagen sind mit Sichtweitenmessgeräten auszustatten, welche die für die notwendige Kennzeichnung erforderlichen Lichtstärken nach tatsächlichem Bedarf regeln. Damit sollen die Auswirkungen der hohen Anlagen auf die umgebenden Orte und das Landschaftsbild minimiert werden. Durch eine bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung wird ein dauerhaftes nächtliches Blinken während der Nacht verhindert.

Die Windenergieanlagen sind - mit Ausnahme der vorgeschriebenen Kennzeichnungen als Luftfahrt-Hindernisse - in hellgrau mit matt bis mittelstark reflektierenden Glanzgraden zu gestalten damit sich die Farbgestaltung der Windenergieanlagen, die weit in den Raum hinein wirken können, soweit wie möglich in den Naturraum einfügt, sich optisch unterordnet und einheitlich ist. Davon ausgenommen ist die Beschriftung der Gondel (Anlagenhersteller mit Firmenlogo, Betreibername mit Logo und Anlagentyp). Die Aufschriften dürfen keine reflektierende und fluoreszierende Wirkung haben oder beleuchtet werden. Darüber hinaus gehende Werbung oder Fremdwerbung ist unzulässig.

## 7. Erschließung

Im Plangebiet befinden sich einige öffentliche Wege. Die Erschließung des Windparks erfolgt v.a. über den Weg im Norden des Plangebietes, der im Nordosten an den Kahlkes Weg anschließt. Alle im Plangebiet vorhandenen Wege sind bereits öffentlich gewidmet und werden als öffentliche Straßenverkehrsfläche festgesetzt.

## 8. Umweltbericht

Teil dieser Begründung ist ebenfalls der gemeinsame Umweltbericht für diesen B-Plan und die dazugehörige Änderung des Flächennutzungsplans, siehe Teil II der Begründung. Er enthält auch die Ermittlung der notwendigen Kompensationsmaßnahmen für die Eingriffe in Natur und Landschaft.

## 9. Flächen und Kosten

### Flächen

Das Plangebiet dieses Bebauungsplans hat eine Größe von insgesamt ca. 57,9 ha. Davon werden 55,5 ha als Sondergebiet und 2,4 ha als öffentliche Straßenverkehrsfläche festgesetzt.

**Kosten**

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans entstehen der Stadt Uetersen keine Kosten. Die durch die Planung und das Vorhaben entstehenden Kosten werden durch den privaten Vorhabenträger übernommen.

Uetersen, den .....

.....  
Bürgermeister



LANDSCHAFT & PLAN

Margarita Borgmann-Voss  
-ehem. Rüppel & Partner-



**Stadt Uetersen**

# **Begründung zum Bebauungsplan Nr. 116 und zur 54. Änderung des Flächennutzungsplans „Windpark Uetersen“**

**für das Gebiet nördlich der Reth-Wetter, östlich der Gemeindegrenze Neuendeich  
und westlich der Gemeindegrenze Groß Nordende**

## **Teil II: Umweltbericht**

Stand: Vorentwurf, 9.11.2020



Margarita Borgmann-Voss  
Dipl.-Ing.  
Landschaftsarchitektin BDLA

Julienstraße 8a  
22761 Hamburg  
Telefon (040) 890 4584  
Telefax (040) 893 368  
m.borgmann-voss@landschaftundplan.de  
www.landschaftundplan.de

**Auftraggeber:**

Dr. Ole Augustin  
Planungsbüro für Umwelttechnik  
Lehmweg 17  
20251 Hamburg

**Auftragnehmer:****LANDSCHAFT & PLAN**

Margarita Borgmann-Voss  
Dipl.-Ing. Landschaftsarchitektin BDLA  
T 040 890 4584, F 040 893 368  
m.borgmann-voss@landschaftundplan.de  
www.landschaftundplan.de

**Bearbeitung:**

Dipl.-Biol. Dörte Thurich  
Dipl.-Ing. Margarita Borgmann-Voss

**Aufgestellt:**

Hamburg, den 09. November 2020

## Inhaltsverzeichnis

1.	Planungsanlass und Verfahren .....	1
2.	Übergeordnete Planungen, rechtliche und planerische Vorgaben.....	2
2.1	Planungsvorgaben.....	2
2.2	Schutzgebiete und -objekte.....	7
3.	Sachstand umweltrelevante Fachuntersuchungen und Gutachten.....	10
4.	Angaben zum Untersuchungsraum.....	11
5.	Vorläufige Ermittlung und Bewertung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen.....	11
5.1	Schutzgut Mensch .....	11
5.2	Schutzgut Boden .....	12
5.3	Schutzgut Fläche .....	16
5.4	Schutzgut Wasser.....	16
5.6	Schutzgut Klima / Luft.....	19
5.7	Schutzgut Pflanzen und Tiere .....	20
5.7.1	Biotop- und Nutzungstypen.....	20
5.7.1.1	Gehölze außerhalb von Wäldern.....	21
5.7.1.2	Binnengewässer .....	23
5.7.1.3	Grünland.....	24
5.7.1.4	Acker- und Gartenbauflächen, Baumschulen und Weihnachtsplantagen der Siedlungsflächen .....	24
5.7.1.5	Ruderalfluren .....	24
5.7.1.6	Siedlungsbiotope .....	25
5.7.2	Geschützte Biotope .....	25
5.7.3	Geschützte / gefährdete Pflanzenarten.....	25
5.7.4	Fauna .....	25
5.7.4.1	Brutvögel .....	26
5.7.4.2	Fledermäuse.....	28
5.7.4.3	Sonstige Arten .....	29
5.8	Schutzgut Landschaftsbild .....	37
5.9	Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter .....	41

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Lage im Raum .....	1
Abbildung 2	Teilfortschreibung des Regionalplans für den Planungsraum III -Ausschnitt-, 4. Entwurf mit Kennzeichnung des Plangebiets .....	2
Abbildung 3	Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum III – Karte 1 (Ausschnitt) .....	3
Abbildung 4	Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum III – Karte 2 (Ausschnitt) .....	4
Abbildung 5	Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum III – Karte 3 (Ausschnitt) .....	4
Abbildung 6	23. Änderung des Flächennutzungsplans -Ausschnitt-, mit Lage des Plangebietes in rot.....	5
Abbildung 7	Bebauungsplan Nr. 70.....	6
Abbildung 8	Ausgleichsflächen zum Bebauungsplan Nr. 70.....	7
Abbildung 9	Natura 2000 - Gebiete .....	8
Abbildung 10	Landschaftsschutzgebiet – Übersichtskarte zur Kreisverordnung (Ausschnitt) 9	
Abbildung 11	Biotopverbundsystem .....	10
Abbildung 12	Bodenkarte .....	13
Abbildung 13	Bodenbewertung .....	14
Abbildung 14	Wasserschutzgebiet Uetersen .....	17
Abbildung 15	Ausgleichsflächen.....	36

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Biotop- und Nutzungstypen im Plangebiet .....	20
-----------	---	----

## Anhang

### Planverzeichnis

Plan Nr. 1.0	Biotopbestand	M 1:2.000
--------------	---------------	-----------

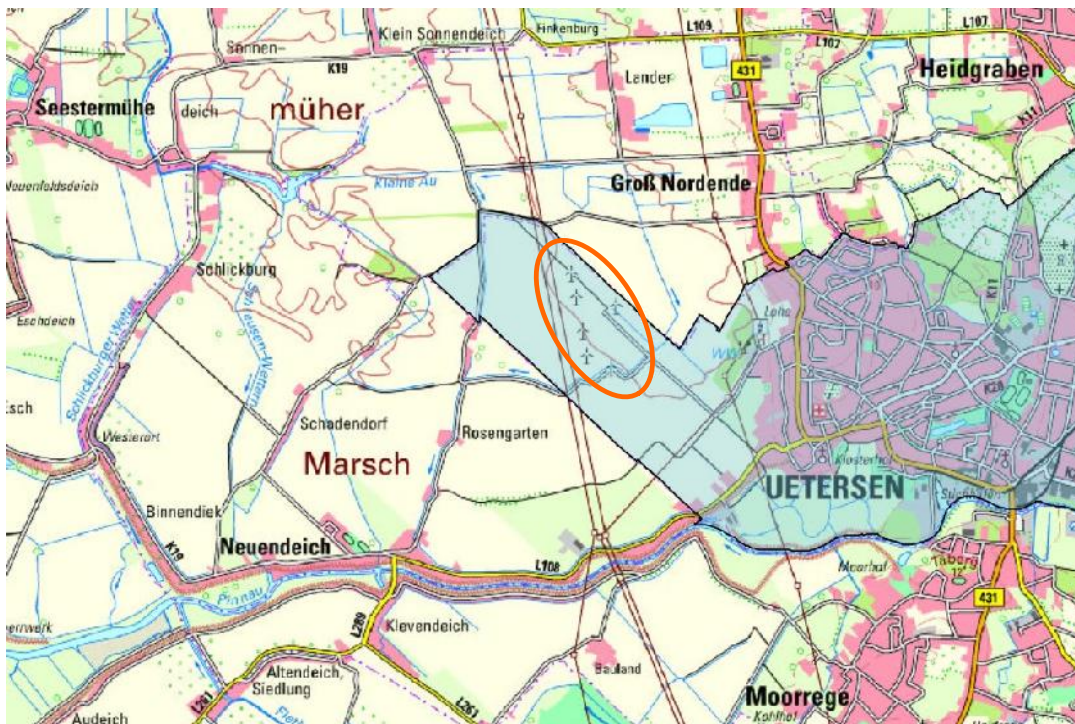
## 1. Planungsanlass und Verfahren

Die Stadt Uetersen stellt den Bebauungsplan Nr. 116 und die 54. Änderung des Flächennutzungsplanes auf.

Ziel der Bauleitplanung ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zum Repowering des fast 20 Jahre alten Windparks mit 6 bestehenden Anlagen durch vier neue und effizientere bzw. leistungsstärkere Anlagen zu schaffen. Aufgrund einer größeren Höhe und entsprechend notwendigen Abstandsflächen, werden sich die Standorte leicht zu den bestehenden Standorten unterscheiden. Der zurzeit bestehende B-Plan Nr. 70 wird überplant und dessen Festsetzungen aufgehoben. Da das Plangebiet über den Geltungsbereich des bestehenden B-Plans hinausgeht, wird ebenfalls die Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich. Zusätzlich setzte der bisherige B-Plan Fläche für die Landwirtschaft als Grundnutzung fest. Da gemäß dieses B-Plan Entwurfs zukünftig ein Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Windenergie und Landwirtschaft festgesetzt werden soll, wird der Flächennutzungsplan zukünftig ebenfalls ein solches Sondergebiet darstellen.

Für den Bebauungsplan Nr. 116 und die 54. FNP-Änderung wird gemäß § 2 Abs. 4 BauGB eine Umweltprüfung (UP) durchgeführt und ein Umweltbericht (UB) nach der Anlage zum BauGB erstellt.

Mit dem vorliegenden Stand des Umweltberichtes im Sinne einer Scoping-Unterlage wird anhand der derzeit verfügbaren Unterlagen über das Vorhaben unterrichtet und es sollen die das Planverfahren relevanten und derzeit bekannten Umweltinformationen zusammengetragen sowie notwendige Untersuchungserfordernisse benannt werden.



**Abbildung 1 Lage im Raum** (Kartengrundlage: DIGITALER KARTENDIENST NORD 2020)

Das Plangebiet hat eine Größe von ca. 58 ha und befindet sich im äußersten Westen der Stadt Uetersen. Im Norden grenzt die Gemeinde Groß Nordende, im Westen die Gemeinde Neuendeich an das Plangebiet an. Das Gebiet ist überwiegend durch eine intensive landwirt-

schaftliche Nutzung mit einem Grabensystem und dem Verlauf der Rethwettern gekennzeichnet. Im Plangebiet befinden sich außerdem einige öffentliche Wege, die der Erschließung der landwirtschaftlichen Flächen sowie der Windenergieanlagen dienen. Die Westgrenze des Plangebietes bildet eine 110 kV-Bahnstromleitung.

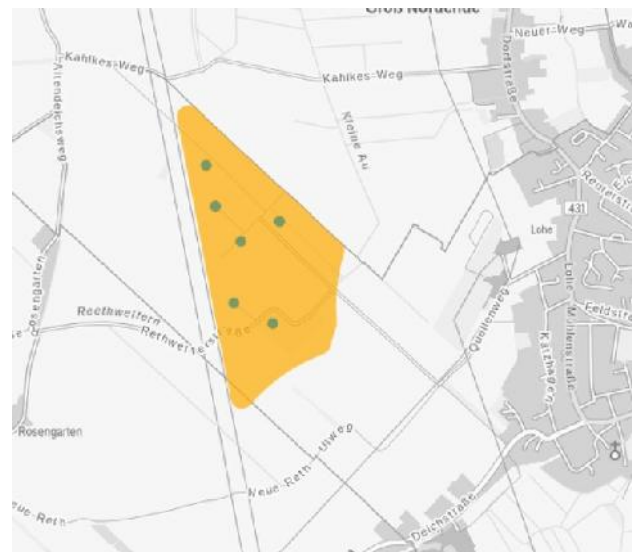
In der Teilfortschreibung des Regionalplans für den Planungsraum III, der sich aktuell in der öffentlichen Auslegung des 4. Entwurfs befindet, ist in der Stadt Uetersen ein Eignungsgebiet für die Windenergienutzung ausgewiesen worden. Gemäß Windkrafterlass 2012 sind nur innerhalb von Eignungsgebieten raumbedeutsame Windenergieanlagen (WEA) zulässig. Innerhalb dieses Eignungsgebietes befinden sich aktuell die sechs vorhandenen WEA.

## 2. Übergeordnete Planungen, rechtliche und planerische Vorgaben

### 2.1 Planungsvorgaben

#### Regionalplan für den Planungsraum III

Der Regionalplan für den Planungsraum III befindet sich derzeit mit dem vierten Entwurf in der öffentlichen Auslegung.



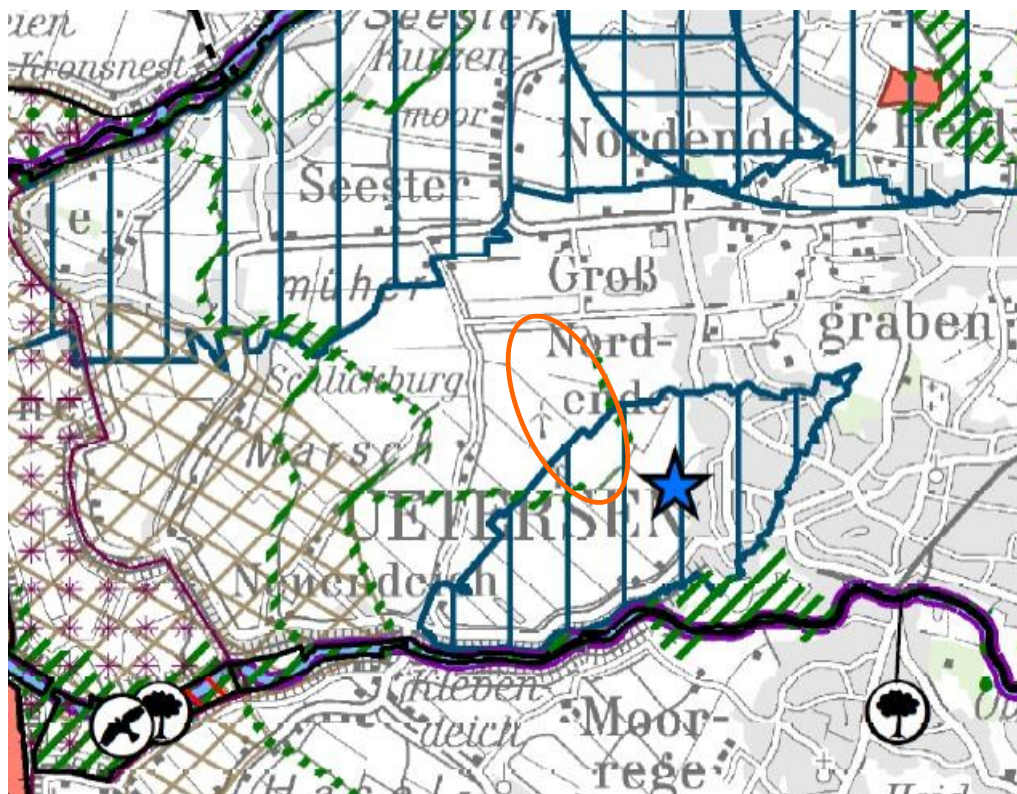
**Abbildung 2** Teilfortschreibung des Regionalplans für den Planungsraum III – Ausschnitt -, 4. Entwurf mit Kennzeichnung des Plangebiets, ohne Maßstab, Quelle: © GeoBasis-DE/LVermGeo SH (www.LVermGeoSH.schleswig-holstein.de)

Es handelt sich um das Vorranggebiet PR3\_PIN\_009 mit einer Größe von 57,9 ha, das unverändert aus dem 3. Entwurf des Regionalplans übernommen worden ist. Im Flächensteckbrief sind als Vorbelastung die Hochspannungsleitung sowie die im Betrieb befindlichen Windenergieanlagen angeführt.

#### Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum III

Die Karte 1 des Landschaftsrahmenplanes für den Planungsraum III beinhaltet keine Darstellungen zu Schutzgebieten gemäß Bundes- und Landesnaturschutzgesetz für das Plangebiet.

In Bezug auf Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems sind die Rethwettern im Plangebiet sowie die Schadendorfer Wettern / Hornwettern im Westen und Teile der Kleinen Au im Osten als Verbundachse gekennzeichnet.



**Gebiete mit besondere Eignung zum Aufbau des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem**

- Verbundachse
- Schwerpunktbereich

**Gebiete mit besonderer Bedeutung für die Avifauna**

- Dichtezentrum für Seeadlervorkommen
- Wiesenvogelbrutgebiet
- Bedeutsames Nahrungsgebiet und Flugkorridor für Gänse und Singschwan sowie des Zwergschwans außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten
- Küstenstreifen an der Nordsee und auf Fehmarn mit herausragender Bedeutung als Nahrungs- u. Rastgebiet außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten

**Gebiete mit besonderem Schutz für das Grundwasser**

- Trinkwasserschutzgebiet gem § 51 WHG i. V. m. § 4 LWG
- Trinkwasserschutzgebiet, Zone I und II
- Trinkwasserschutzgebiet, geplant
- Trinkwassergewinnungsgebiet

**Abbildung 3 Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum III – Karte 1 (Ausschnitt)** (Quelle: MINISTERIUM FÜR ENERGIEWENDE, LANDWIRTSCHAFT, UMWELT, NATUR UND DIGITALISIERUNG DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, Stand: Januar 2020)

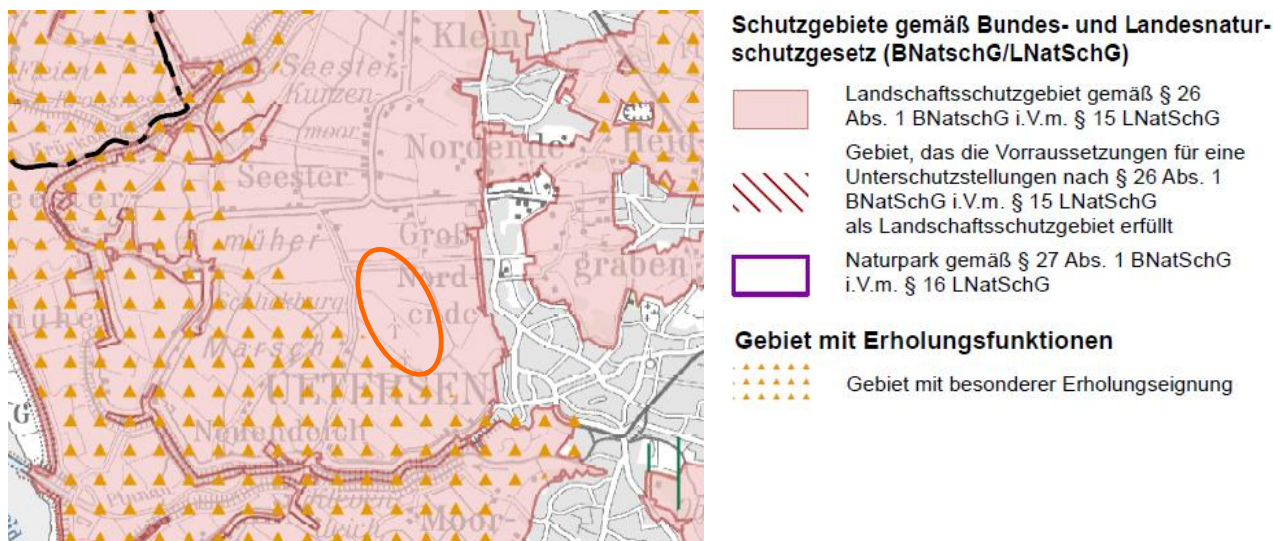
Gebiete mit besonderer Bedeutung für die Avifauna sind im Planungsraum nicht ausgewiesen. Das Gebiet westlich Schadendorfer Wettern / Hornwettern bis zum Deich in etwa zwischen Seestermühle im Norden und der Pinnau im Süden in einer Entfernung von rd. 2 km ist als bedeutsames Nahrungsgebiet und Flugkorridor für Gänse und Singschwan sowie des Zwergschwans außerhalb von EU - Vogelschutzgebieten ausgewiesen. Das Seestermühler Vorland an der Pagensander Nebelnelbe ist als Wiesenvogelbrutgebiet gekennzeichnet.

Das Plangebiet befindet sich in Teilen in einem Gebiet mit besonderem Schutz für das Grundwasser. Es handelt sich um Trinkwasserschutzgebiet gem. § 51 WHG i.V.m. § 4 LWG, Zone 1 und 2.

Die Karte 2 des Landschaftsrahmenplans stellt das vorhandene Landschaftsschutzgebiet dar.

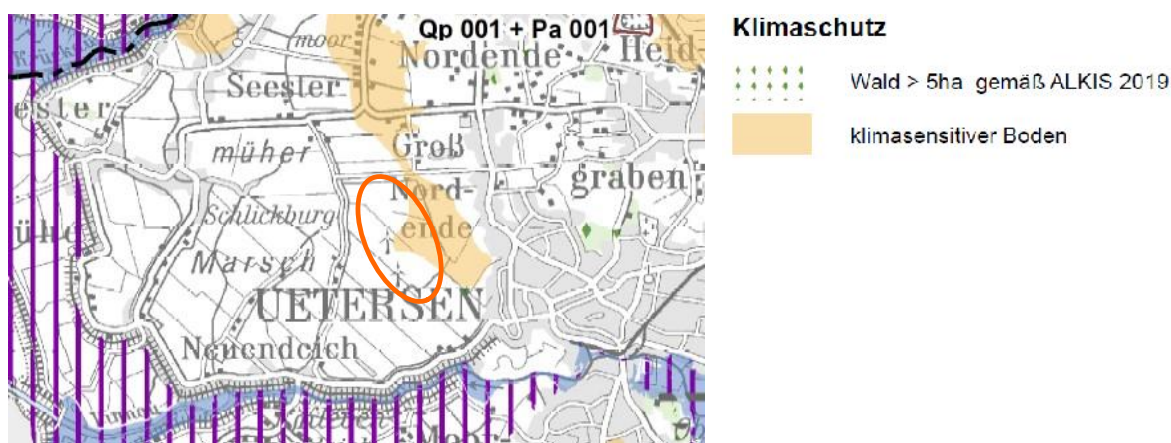
Die Landschaft im Westen und Süden ist als Gebiet mit besonderer Erholungsfunktion gekennzeichnet.

Historische Kulturlandschaften und Sonstige Gebiete wie Wald sind in der Kartendarstellung für den Planungsraum nicht enthalten.



**Abbildung 4 Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum III – Karte 2 (Ausschnitt)** (Quelle: MINISTERIUM FÜR ENERGIEWENDE, LANDWIRTSCHAFT, UMWELT, NATUR UND DIGITALISIERUNG DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, Stand: Januar 2020)

In der Karte 3 des Landschaftsrahmenplanes sind im Osten des Plangebietes klimasensitive Böden dargestellt.



**Abbildung 5 Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum III – Karte 3 (Ausschnitt)** (Quelle: MINISTERIUM FÜR ENERGIEWENDE, LANDWIRTSCHAFT, UMWELT, NATUR UND DIGITALISIERUNG DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, Stand: Januar 2020)



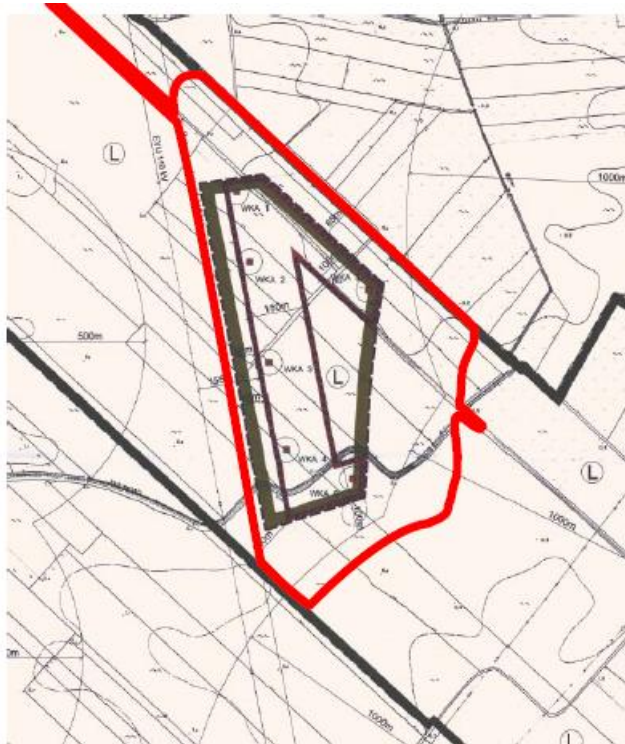
### Landschaftsplan der Stadt Uetersen

Der Landschaftsplan der Stadt Uetersen (1999) stellt das Plangebiet als Fläche für die Landwirtschaft dar (überwiegend Acker-/Ackerfutterfläche, z.T. Grünland). Der bestehende Windpark ist bereits mit der Kennzeichnung „Windenergieeignungsraum“ überlagert.

Die Rethwettern mit angrenzenden Bereichen ist als vorrangige Fläche für den Naturschutz mit der Funktion Biotopverbundfläche gekennzeichnet. Die landwirtschaftlichen Flächen im Südosten der Rethwettern sind als Flächen für besondere Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Erhaltung der Landschaft und des Naturhaushaltes ausgewiesen und dem sogenannten Entwicklungsraum Nr. 7 marschtypische Kulturlandschaft zugeordnet. Entlang der Wirtschaftswege ist abschnittsweise die Anpflanzung von Baumreihen vorgeschlagen.

### Flächennutzungsplan / Bauleitplan

Der wirksame gemeinsame Flächennutzungsplan der Städte Uetersen und Tornesch sowie der Gemeinden Moorrege und Heidgraben aus dem Jahr 1970 stellt das Plangebiet als Fläche für die Landwirtschaft dar.



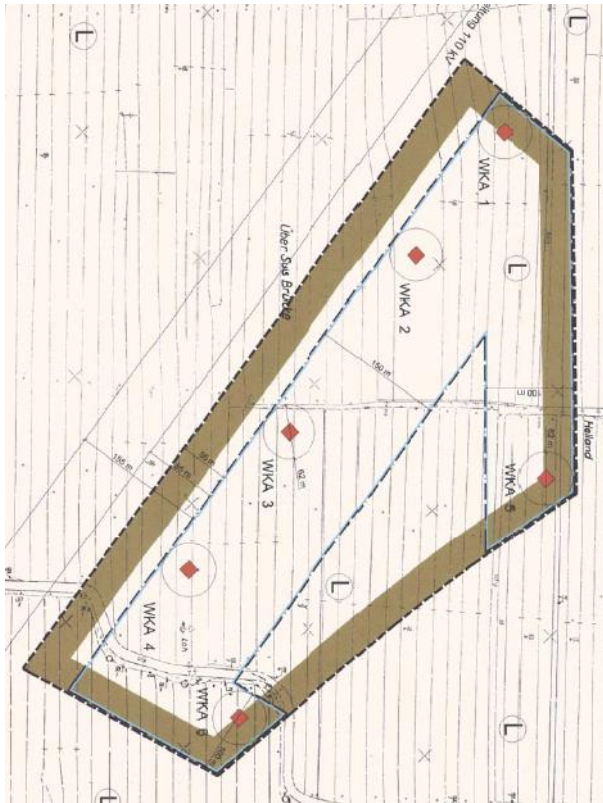
Im Rahmen der 23. Änderung des Flächennutzungsplanes aus dem Jahr 2000 wurden Teile des Plangebiets bereits in „Flächen für die Landwirtschaft mit Zusatznutzung: Flächen für das Errichten von Windenergieanlagen“ geändert.

**Abbildung 6** 23. Änderung des Flächennutzungsplans (Ausschnitt), mit Lage des Plangebietes in rot, ohne Maßstab (Quelle: STADT UETERSEN)

Im derzeit rechtskräftigen einfachen B-Plan Nr. 70, der am 02.10.2000 wirksam geworden ist, sind die Windenergieanlagen innerhalb der überbaubaren Flächen u.a. auf maximal 6 Anlagen mit einer Gesamthöhe von 100 m über Geländekante begrenzt.

Der Bebauungsplan enthält weitere textliche Festsetzungen wie eine horizontale Drehachse, die Anzahl der Rotorblätter mit maximal 3 sowie die Farbe der Windenergieanlagen mit lichtgrau (RAL-Ton 7035).

Die Festsetzungen des B-Planes Nr. 70 werden durch den B-Plan Nr. 116 aufgehoben.



**Abbildung 7** Bebauungsplan Nr. 70 (Quelle: STADT UETERSEN)

Für den bestehenden Windpark sind im Rahmen der Bauleitplanung Ausgleichsflächen in einem Umfang von 4,8 ha festgesetzt worden. Die Ausgleichsflächen sind als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft im Landschaftsplanerischen Teil zum B-Plan Nr. 70 dargestellt.

Die Ausgleichsflächen liegen in Teilen innerhalb und in Teilen außerhalb des Plangeltungsbereichs des B-Planes Nr. 70.

Ausgleichsflächen sind (vgl. Abb. 8):

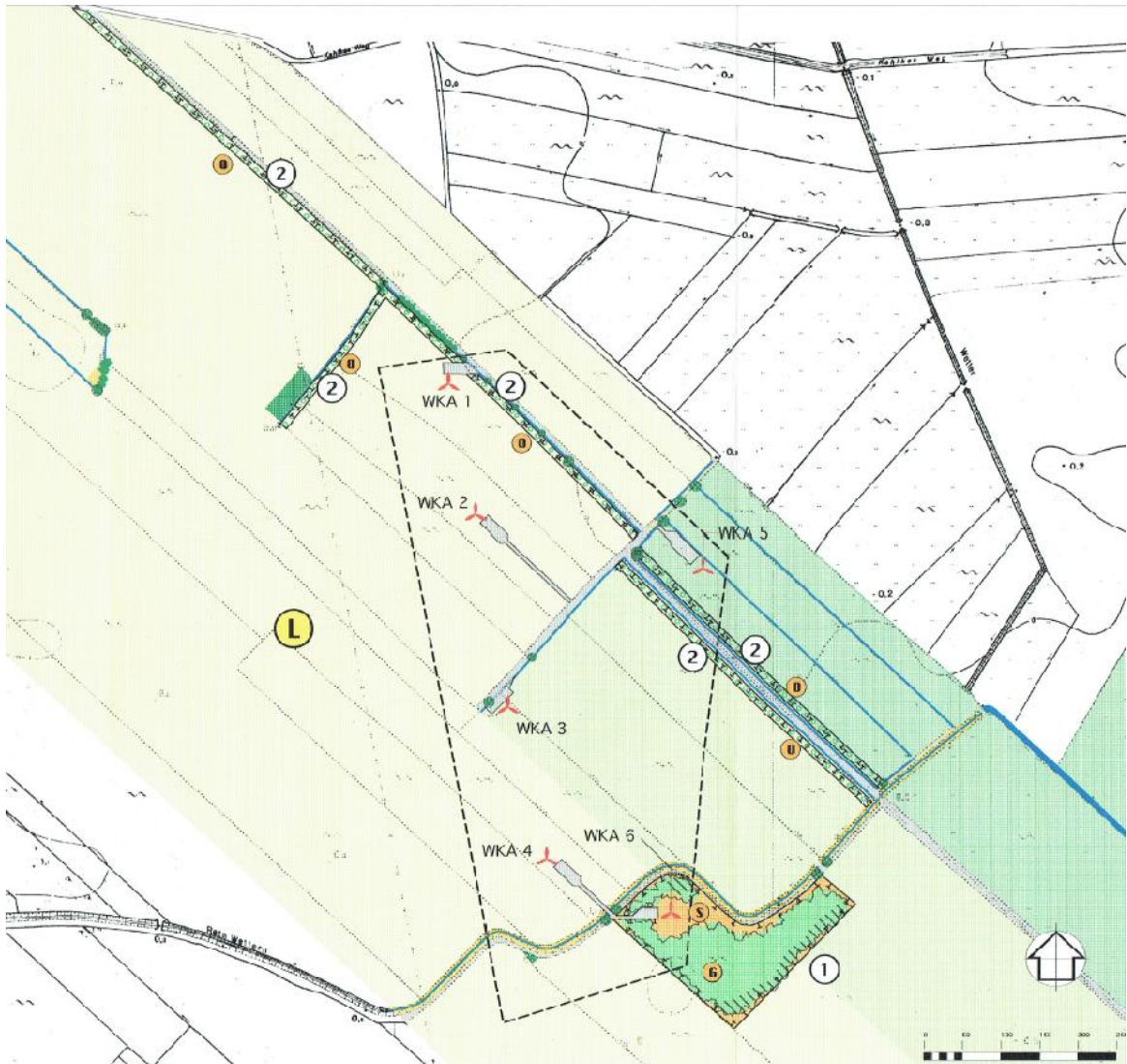
**(A1)** mit dem Entwicklungsziel Gehölzanpflanzung und natürliche Sukzession

Die Fläche liegt südlich der Rethwettern und hat eine Größe von 2,8 ha. Es handelt sich um die Gemarkung Uetersen, Flur 3, Flurstück 31/3.

**(A2)** mit dem Entwicklungsziel Anpflanzung von Obstbäumen und extensive Mähwiesennutzung entlang von Wirtschaftswegen und Gräben (10 m Streifen)

Die Ausgleichsmaßnahme teilt sich in mehrere Flächen mit einer Gesamtgröße von 2 ha auf. Es handelt sich um die Gemarkung Uetersen, Flur 2, Flurstück 48/1, 31/4, 23/2.

- Doppel-Obstbaumreihe im südlichen Abschnitt mit je ca. 450 m Länge
- Obstbaumreihe im nördlichen Abschnitt mit ca. 900 m Länge
- Obstbaumreihe auf der Südseite eines abzweigenden Grabens mit ca. 200 m Länge
- gesamt ca. 2.000 m Länge x 10 m Breite



**Abbildung 8** Ausgleichsflächen zum Bebauungsplan Nr. 70 (Quelle: LANDSCHAFT & PLAN, DR. O. AUGUSTIN, BAUMGART, PAHL-WEBER Oktober 2020)

Die Ausgleichsflächen haben sich insgesamt zu stabilen Biotopen entwickelt und werden durch die Betreibergesellschaft des Windparks regelmäßig gepflegt.

## 2.2 Schutzgebiete und -objekte

Das Plangebiet befindet sich außerhalb von europäischen Schutzgebieten.

Das nächste gelegene FFH-Gebiet ist das „Schleswig-Holsteinisches Elbästuar und angrenzende Flächen“ (DE 2323-392). Das Gebiet mit einer Größe von 19.280 ha umfasst den schleswig-holsteinischen Teil der Elbe von der Mündung bis zur Unterelbe bei Wedel.

Im erweiterten Planungsraum befindet sich ein Teil des Unterlaufs der Pinnau, der südlich der L 108 in einem relativ eng begrenzten Tal verläuft. Die Entfernung zum Vorhabengebiet beträgt rd. 1,2 km (vgl. Abb. 9).

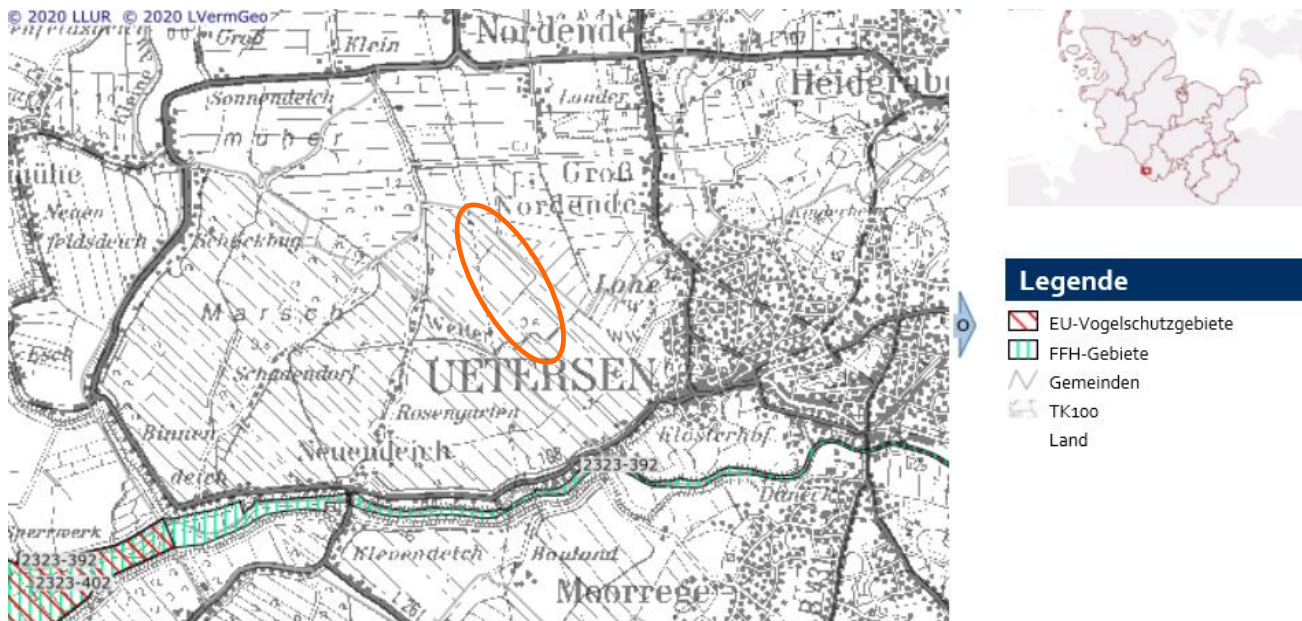
Im Südwesten in rd. 3,3 km Entfernung befindet sich das EU-Vogelschutzgebiet Nr. 2323-402 „Unterelbe bis Wedel“.

## Stadt Uetersen

## Bebauungsplan Nr. 116 und 54. Änderung des Flächennutzungsplans „Windpark Uetersen“

Teil II: Umweltbericht

8



**Abbildung 9 Natura 2000 - Gebiete** (Quelle: LANDWIRTSCHAFTS- UND UMWELTATLAS SCHLESWIG-HOLSTEIN Abfrage 11/2020)

Naturschutzgebiete sind im Planungsraum nicht verbreitet.

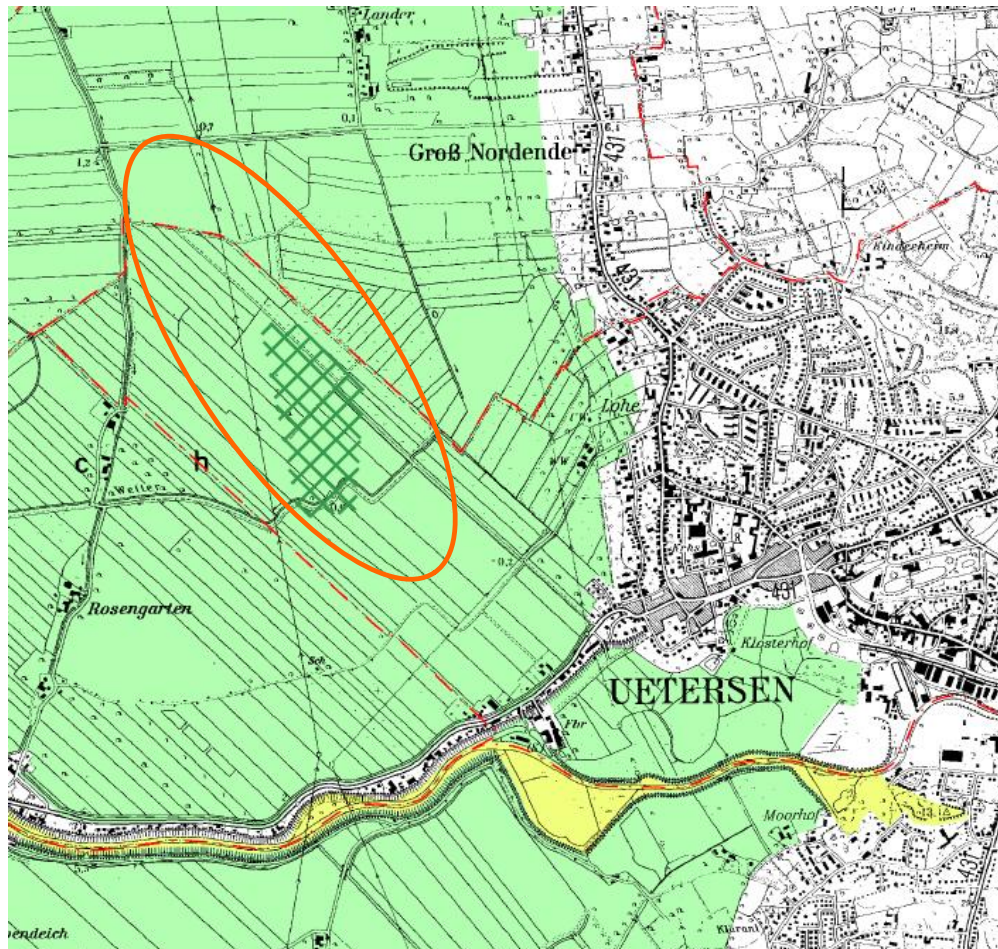
Das Plangebiet liegt innerhalb des Landschaftsschutzgebietes (LSG 04) "Pinneberger Elbmarschen" (Kreisverordnung vom 29.03.2000). Das Landschaftsschutzgebiet ist rd. 9.400 ha groß und umfasst die Gemarkungsteile Elmshorn, Raa-Besenbeck, Seestermühe, Seester, Klein Nordende, Groß Nordende, Uetersen, Neuendeich, Moorrege, Heist, Holm, Haselau, Haseldorf, Hetlingen, Wedel und Schulau. Das Gebiet wird im Wesentlichen gegliedert durch die Krückau und die Pinnau.

Zum Schutzzweck nach § 3 der Verordnung ist ausgeführt: „Das Landschaftsschutzgebiet umfasst den Bereich der drei Marschengebiete Seestermüher, Haseldorfer und Wedeler Marsch des Kreises Pinneberg mit Ausnahme der in diesem Bereich existierenden Naturschutzgebiete und den bebauten Ortslagen. Das Gebiet wird naturgegeben durch die tidebeeinflussten Fließgewässer Pinnau, Krückau, Wedeler Au sowie Haseldorfer Binnenelbe gegliedert und durch den geomorphologisch bedeutsamen Übergang zur Geest begrenzt. Während die Marsch überregionale Bedeutung für Rast- und Zugvögel hat, bieten die Gewässer Lebensraum für zahlreiche Fischarten. Das marschtypische Landschaftsbild zeigt sich in der Abwechslung von Deichen und Gräben sowie langgezogenen Straßendörfern, mit deren z.T. auf Werten gelegenen Höfen. Zu den typischen Nutzungsformen dieser Kulturlandschaft gehören Obstanbau, Reste von Bandholzkulturen, Weideland mit der charakteristischen Beet- und Gruppenstruktur und Ackerflächen. Ebenso zählen Feldgehölze und Einzelbäume dazu. Das Gebiet weist nur einen geringen Waldanteil auf. Die beim Deichbau entstandenen Wasserflächen werden größtenteils als Angelteiche genutzt. Darüber hinaus kommt dem gesamten Gebiet eine besondere Bedeutung für die überregionale Erholung zu.“

In der Schutzgebietsverordnung ist aufgenommen, dass sich innerhalb des Gebietes Eignungsräume für Windenergieanlagen befinden. Das Vorhabengebiet liegt innerhalb eines solchen Vorranggebietes.

Das Landschaftsschutzgebiet ist in zwei Zonen (Kern- und Randzone) unterteilt. Das Vorhabengebiet befindet sich in der Randzone (vgl. Abb. 10).

Die Randzonen umgeben die Kernzonen, sind durch eine intensive landwirtschaftliche Nutzung mit einer Vielzahl von Entwässerungsgräben geprägt und haben für die naturbezogene Erholung eine herausragende Bedeutung.



Legende :

	Kreisgrenze		LSG / Randzone
	Gemeindegrenze		LSG / Kernzone
	Vorrang für Windkraft		

#### Abbildung 10 Landschaftsschutzgebiet – Übersichtskarte zur Kreisverordnung (Ausschnitt)

(Quelle: KREIS PINNEBERG DER LANDRAT UNTERE NATURSCHUTZBEHÖRDE 29.02.2000)

Schutzzweck ist es, diesen Naturraum

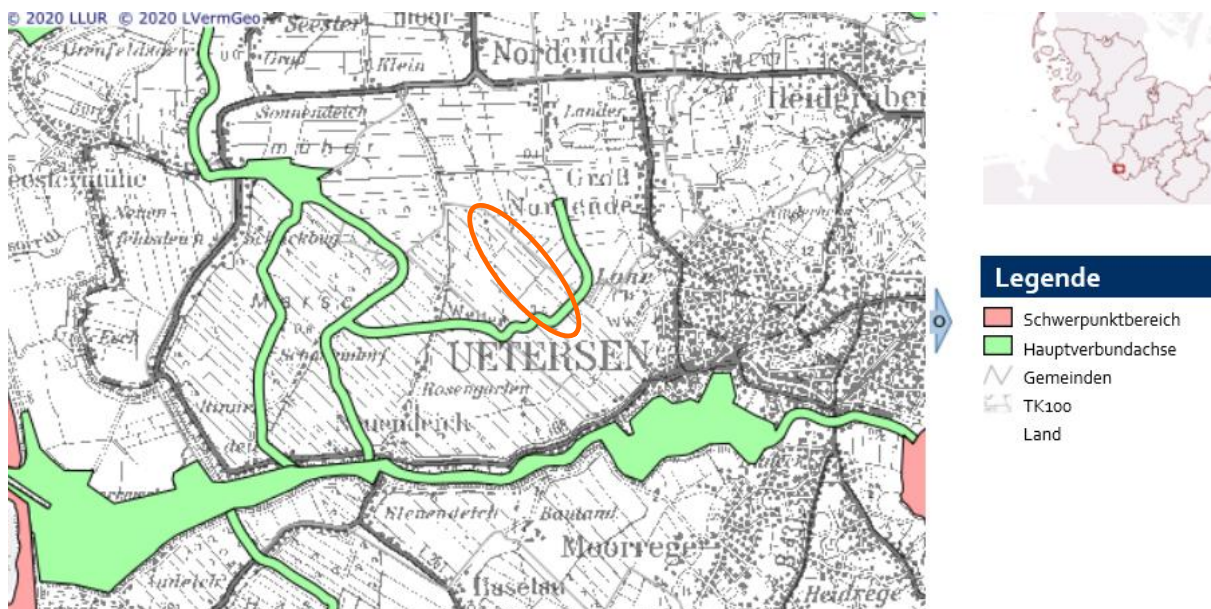
1. zur Erhaltung, Wiederherstellung und Entwicklung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts, der Regenerationsfähigkeit und der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter,
2. wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes und wegen seiner besonderen kulturhistorischen Bedeutung und
3. wegen seiner besonderen Bedeutung für die naturverträgliche Erholung

unter Berücksichtigung der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Nutzung zu sichern und soweit erforderlich im Sinne des Landschaftsschutzes zu entwickeln.

In § 4 der Schutzgebietsverordnung ist u.a. dargelegt, dass die Errichtung oder wesentliche Änderungen von Windenergieanlagen verboten sind, ausgenommen in den gekennzeichneten Vorranggebieten für Windenergienutzung.

Für die Errichtung der bestehenden sechs Windenergieanlagen ist eine Ausnahmegenehmigung nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 der Kreisverordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Pinneberger Elbmarschen“ vom 29.03.2000 i.V.m. § 54 Abs. 1 LNatSchG erteilt worden (Kreis Pinneberg Az. 422-2000.06/21 vom 13.12.2000, 1. Ergänzungsbescheid zur Ausnahmegenehmigung Az. 422-2000.06.21 vom 15.02.2001, 2. Ergänzungsbescheid zur Ausnahmegenehmigung Az. 422-2000.06.21 vom 31.05.2001).

Im Landesweiten Biotopverbundsystem sind die Gewässerläufe der Rethwettern mit der Kleinen Au im Nordosten sowie Schadendorfer Wettern / Hornwetter und Schleusen-Wettern im Westen mit dem Gewässersystem der Pinnau im Süden Hauptverbundachsen.



**Abbildung 11 Biotopverbundsystem** (Quelle: LANDWIRTSCHAFTS- UND UMWELTATLAS SCHLESWIG-HOLSTEIN Abfrage 11/2020)

### 3. Sachstand umweltrelevante Fachuntersuchungen und Gutachten

Folgende Fachuntersuchungen liegen bereits vor bzw. sind in Bearbeitung:

- Landschaftsplanerischer Fachbeitrag zur Umweltprüfung
- Biotoptypenkartierung
- Ornithologisches Fachgutachten (Potenzialabschätzung) und Nestkartierung 2020
- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag gemäß § 44 BNatSchG

## 4. Angaben zum Untersuchungsraum

Der Untersuchungsraum wird i.d.R. durch die Abgrenzung des Bebauungsplangebietes bzw. des Änderungsbereichs für den Flächennutzungsplan definiert.

Für einzelne Fragestellungen und Schutzgüter-Aspekte wird der Untersuchungsraum auf angrenzende Randbereiche und das Umfeld erweitert, um diese in die Gesamtbeurteilung mit einbeziehen zu können.

Eine Erweiterung auf das funktionsräumliche Umfeld kommt insbesondere bei den Schutzgütern Mensch, Tiere sowie Orts- und Landschaftsbild in Betracht.

## 5. Vorläufige Ermittlung und Bewertung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen

### 5.1 Schutzgut Mensch

#### ANGABEN ZUM BESTAND

##### Wohnfunktion

Das unmittelbare Plangebiet hat keine Bedeutung für das Wohnen.

Die Siedlungsfläche Uetersen liegt in rd. 1.000 bis 1.400 m Entfernung im Osten zu der nächst gelegenen geplanten Windenergieanlage. Weiterhin befinden im Außenbereich einzelne Siedlungssplitter und Einzelbebauungen.

Die Schutzwürdigkeit von Siedlungsflächen besteht insbesondere im Hinblick auf Schallimmissionen und ergibt sich aus deren Einordnung in die nutzungsbezogene Systematik gemäß dem BImSchG (Gebietseinstufung) und dem BauGB bzw. der BauNVO. Gemäß § 50 BImSchG sind bei raumbedeutsamen Planungen oder Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete soweit wie möglich vermieden werden. Die für die Genehmigung zur berücksichtigenden Richtwerte gibt u.a. die „Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm“ (TA Lärm) vor.

##### Erholungsfunktion

Das Plangebiet stellt einen Ausschnitt aus der Marschlandschaft dar, das mit dem Grabensystem und einzelnen landschaftsgliedernden Elementen auf der einen Seite und dem weiten, offenen Landschaftscharakter auf der anderen Seite landschaftstypisch ausgebildet ist.

Durch die Nähe zur Elbe besteht insgesamt eine Einbindung in eine regional bedeutsame Erholungslandschaft.

Der von Nord nach Süd durch das Plangebiet führende befestigte Wirtschaftsweg ist ein Teilabschnitt des übergeordneten Radwanderweges „Ochsenweg“. Der Weg führt im Süden auf die Deichstraße und weiter nach Osten in den Ortsteil Uetersen. Im Norden verläuft der Weg ein kurzes Stück auf dem Kahlkes Weg und dann weiter nach Norden über den Altendeichsweg Richtung Seester.

Mit dem bestehenden Windpark und den Hochspannungsleitungen besteht eine deutliche Vorbelastung.

## VORAUSSICHTLICHE UMWELTAUSWIRKUNGEN UND ERHEBLICHKEITSEINSCHÄTZUNG

Aufgrund der windinduzierten Geräusche speziell an den Rotorblättern und deren Turmdurchgang sowie den mechanisch induzierten Geräuschen sich bewegender Komponenten einer WEA kommt es zu Schallemissionen, die nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) als Immission bei der Genehmigung des Windparks zu berücksichtigen sind. Der Betreiber hat im Rahmen des BImSchG-Verfahrens den Nachweis zu führen, dass der gewählte Anlagentyp die geltenden Grenz- und Richtwerte einhält bzw. mit welchen Maßnahmen dies sichergestellt werden kann.

Neben Lärmimmissionen können optische Immissionen wie z.B. Schattenwurf zu einer Beeinträchtigung von Wohn- und Erholungsnutzungen führen. Beurteilungsgrundlage sind die Hinweise zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windenergieanlagen (WEA-Schattenwurf-Hinweise) nach dem Länderausschuss für Immissionsschutz (LAI 2002).

keine erheblichen Auswirkungen bei Einhaltung der Immissionsvorsorgeabstände und technischen Vorgaben bzw. Grenzwerte zu Schall- und Schattenimmissionen

## MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, VERRINGERUNG UND ZUM AUSGLEICH / ERSATZ

Zur Begrenzung der optischen Auswirkungen auf die Siedlungsbereiche wird die Gesamthöhe der Anlagen auf eine Höhe von maximal 180 m begrenzt.

Weiterhin werden gestalterische Festsetzungen getroffen, die einen für den Betrachter optisch einheitlichen und damit ruhigen Anblick der neuen Anlagen entstehen lassen. Die Schaltzeiten und Blinkfolgen sind für alle Windenergieanlagen einheitlich zu gestalten.

Die Windenergieanlagen sind mit Sichtweitenmessgeräten auszustatten, welche die für die notwendige Kennzeichnung erforderlichen Lichtstärken nach tatsächlichem Bedarf regeln. Damit sollen die Auswirkungen der hohen Anlagen auf die umgebenden Orte und auch das Landschaftsbild minimiert werden. Insbesondere durch die festgesetzte Ausstattung der Anlagen mit einer bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung (BNK) wird ein dauerhaftes nächtliches Blinken während der Nacht verhindert und Lichtimmissionen im Nachtzeitraum deutlich gemindert bzw. ausgeschlossen.

Die o.a. örtlichen Bauvorschriften sind im Detail in Kap. 5.8 dargestellt.

## HINWEISE UND UNTERSUCHUNGSBEDARFE

Schallgutachten

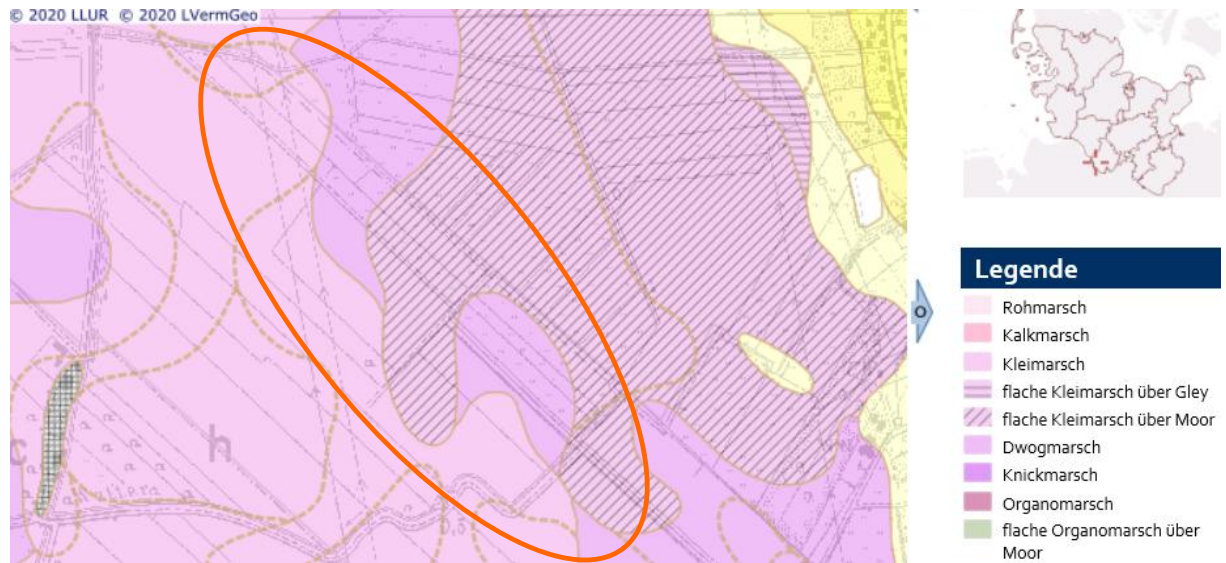
Schattengutachten

## 5.2 Schutzgut Boden

### ANGABEN ZUM BESTAND

Im Plangebiet sind gemäß der Bodenkarte 1:25.000 Kleiböden verbreitet. Im westlichen Teil sind Kleimarsche vorkommend, im zentralen Teil flache Kleimarsche über Gley und im östlichen Teil Dwogmarsche.





**Abbildung 12 Bodenkarte** (Quelle: LANDWIRTSCHAFTS- UND UMWELTATLAS SCHLESWIG-HOLSTEIN, Abfrage 11/2020)

Im Folgenden werden die Bodenfunktionen nach dem BBodSchG anhand der Angaben im Landwirtschafts- und Umweltatlas Schleswig bewertet: In Bezug auf das Wasserrückhaltevermögen sind die Böden überwiegend durch eine mittlere Feldkapazität gekennzeichnet, während im Bereich der Kleimarsch über Gley und der Dwogmarsch auch geringe bis besonders geringe Kennwerte auftreten können. Die Nährstoffverfügbarkeit ist mittel ausgebildet. Die bodenkundliche Feuchtestufe ist überwiegend stark frisch, im östlichen Teil auch schwach bis mittel feucht. Die Sickerwasserrate der Böden, die Wassermenge die der Boden aufgrund seines beschränkten Wasserhaltevermögens nicht mehr halten kann und daher zur Grundwasserbildung versickert, ist überwiegend sehr gering. Lediglich ein kleinräumiger Teil nördlich der Rethwettern und östlich des Wirtschaftsweges weist eine mittlere Sickerwasserrate auf. Die Gesamtfilterwirkung für sorbierbare Stoffe ist aufgrund des feinkörnigen Bodenmaterials mit geringer Luftkapazität in der Marsch hoch. Die natürliche Ertragsfähigkeit ist insgesamt hoch.

In der zusammenfassenden Bodenbewertung (bodenfunktionale Gesamtleistung) werden die relevanten Bodenfunktionen mit hoher oder sehr hoher Funktionserfüllung auf einer Werteskala mit 5 Stufen von 1 sehr gering bis 5 sehr abgebildet.

Der überwiegende Teil des Plangebietes zählt zur Wertstufe mittel (vgl. Abb. 13).

Die Böden haben insgesamt eine geringe Empfindlichkeit gegenüber einer Wasser- oder Winderosion. Dagegen besteht eine hohe Verdichtungsempfindlichkeit bei Ackerbau / Grünlandnutzung im Mai von September und eine sehr hohe Verdichtungsempfindlichkeit in den Monaten von Oktober bis April.

Hinsichtlich des Grads der Naturnähe sind die Böden als weitgehend natürlich einzuordnen. Im Bereich der befestigten Wirtschaftswegen sowie der bestehenden Maststandorte einschließlich Kranstellplatz, Trafostation und Zuwegung bestehend Vorbelastungen durch eine Bodenversiegelung.



**Abbildung 13 Bodenbewertung** (Quelle: LANDWIRTSCHAFTS- UND UMWELTATLAS SCHLESWIG-HOLSTEIN, Abfrage 11/2020)

Es liegen keine Informationen über schädliche Bodenveränderungen, Altablagerungen oder altlastverdächtige Standorte im Bereich der Windparkfläche vor.

#### VORAUSSICHTLICHE UMWELTAUSWIRKUNGEN UND ERHEBLICHKEITSEINSCHÄTZUNG

Baubedingte Auswirkungen ergeben sich im Bereich der Bauzuwegungen und Baustelleneinrichtungsflächen für den Abbau der bestehenden Anlagen und im Bereich der neu herzustellenden Kranstellflächen, Montagebereiche und Zuwegungen. Da die geplanten Standorte der WEA 1 bis 4 relativ dicht am Altstandort liegen, können hierzu in großen Teilen die bereits befestigten Flächen genutzt werden können. Auch wird der temporäre Flächenbedarf für die Bauabwicklung durch die Ausnutzung der bestehenden Wege gemindert. Insgesamt sind die baubedingten Beeinträchtigungen des Bodens durch Befahren mit Gerät, Bodenverdichtung etc. reversibel. Die Bodenflächen werden nach Abschluss der Bodenarbeiten rekultiviert bzw. gelockert, so dass keine erheblichen Auswirkungen verbleiben.

Anlagebedingte Auswirkungen bestehen aus der Flächenversiegelung durch den Bau der Fundamente für die neuen Anlagen sowie aus den erforderlichen Befestigungen von Zuwegungen und dauerhaften Kranstellflächen. Neben den vollversiegelten Fundamenten sollen die sonstigen Flächen teilversiegelt mit wasserdurchlässigen Wegebaumaterialien hergestellt werden.

Aus dem Abbau der sechs bestehenden Anlagen einschließlich der zukünftig nicht mehr benötigten Nebenflächen ergibt sich eine Entsigelung und Entlastung des Schutzgutes Boden. Auf der anderen Seite findet mit der Errichtung der vier neuen Anlagen eine Neuversiegelung statt. Aufgrund der größeren Anlagen ist der Entlastungseffekt für die vollversiegelten Fundamente möglicherweise nicht sehr hoch.

Betriebsbedingte Auswirkungen auf den Boden sind nicht zu erwarten.

Eine Einschätzung der Erheblichkeit kann erst nach einer detaillierten Flächenbilanz der voll- / teilversiegelten Flächen Bestand - Planung vorgenommen werden. Voraussichtlich ist in der Gesamtbilanz von einer Entlastung auszugehen.

keine erheblichen Auswirkungen

#### **MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, VERRINGERUNG UND ZUM AUSGLEICH / ERSATZ**

Zur Vermeidung von Eingriffen trifft der Bebauungsplan in Teil B Text folgende Festsetzungen:

Nr. 1.2 Die zulässige Grundfläche der Windenergieanlagen beträgt maximal 750 m<sup>2</sup> pro Windenergieanlage. Die nur vom Rotor überdeckten Teile des Baugrundstücks werden bei der Ermittlung nicht mitgerechnet.

Nr. 1.10 Fundamente sind mit Mutterboden abzudecken und mit Gras einzusäen.

Nr. 1.11 Dauerhafte Zuwegungen außerhalb der festgesetzten Verkehrsflächen zu den Windenergieanlagen sind in Form von geschotterten Wegen mit wassergebundener, unversiegelter Decke unter Verwendung von in Trinkwasserschutzgebieten zugelassenen Natursteinschotter auszuführen. Die wasserdurchlässigen, nicht vollständig versiegelten Zuwegungen und Aufstellflächen sind als Schotterflächen herzustellen.

Die Festsetzung der zulässigen Grundfläche auf maximal 750 m<sup>2</sup> pro WEA trägt entscheidend dazu bei, die Bodenversiegelung im Plangebiet auf das notwendige Maß zu begrenzen. Die zulässige Grundfläche darf allerdings gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO durch die Grundfläche von Stellplätzen mit ihren Zufahrten, die zur Erschließung der Windenergieanlagen erforderlich sind, sonstigen Nebenanlagen i.S.d. § 14 BauNVO, die dem Nutzungszweck der im Baugebiet liegenden Grundstücke dienen und seiner Eigenart nicht widersprechen sowie sonstigen Erschließungsanlagen überschritten werden.

Die weiteren Festsetzungen dienen dazu, zum einen im Bereich der mit Boden abzudeckenden Fundamente in gewisser Weise wieder eine neue Bodenentwicklung zu initiieren. Zum anderen wird der Versiegelungsanteil reduziert und mit der Verwendung wasserdurchlässiger Wegebaumaterialien eine Teilfunktion der Bodenfunktionen, insbesondere für den Wasserkreislauf weiterhin gewährleistet.

#### **HINWEISE UND UNTERSUCHUNGSBEDARFE**

detaillierte Erfassung der bestehenden Bodenversiegelung durch die vorhandenen 6 Anlagen (Fundament, Trafostation, Zuwegung, Kranstellfläche einschließlich Befestigungsart)

Ermittlung der Neuversiegelung anhand der Erschließungsplanung für die vier geplanten Anlagen

Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung und Ermittlung des Kompensationsbedarfs

Festlegung von Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen

### 5.3 Schutzgut Fläche

#### ANGABEN ZUM BESTAND

Das Plangebiet ist bis auf die Wirtschaftswege und Betriebsflächen der bestehenden Anlagen nicht vorbelastet und stellt somit eine hohe Flächenressource für das Schutzgut dar.

#### VORAUSSICHTLICHE UMWELTAUSWIRKUNGEN UND ERHEBLICHKEITSEINSCHÄTZUNG

Das Vorhaben nutzt als Repowering-Projekt die bestehenden Standortressourcen und Anlagen und bedingt somit keine wesentliche Neuinanspruchnahme von Flächen.

Insgesamt trägt das Vorhaben somit wesentlich zum Erhalt des Schutzgutes bei.

keine erheblichen Auswirkungen bzw. Entlastungseffekte

### 5.4 Schutzgut Wasser

#### ANGABEN ZUM BESTAND

##### Oberflächengewässer

Oberflächengewässer sind im Plangebiet die Rethwettern sowie Gräben entlang der Wege und innerhalb der landwirtschaftlichen Nutzflächen (vgl. Kap. 5.7.1.2).

Die Gräben sind zentrale Strukturelemente der Marsch und lokale Biotopverbundelemente.

Das Plangebiet liegt im Koordinierungsgebiet Tideelbe der Flussgebietsgemeinschaft (FGG) Elbe der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Die im Norden und Osten verlaufende Kleine Au sowie die Pinnau im Süden sind Teil des Überwachungsnetzes der Oberflächengewässer nach WRRL. Der ökologische Zustand und das ökologische Potenzial sind mit mittel bewertet.

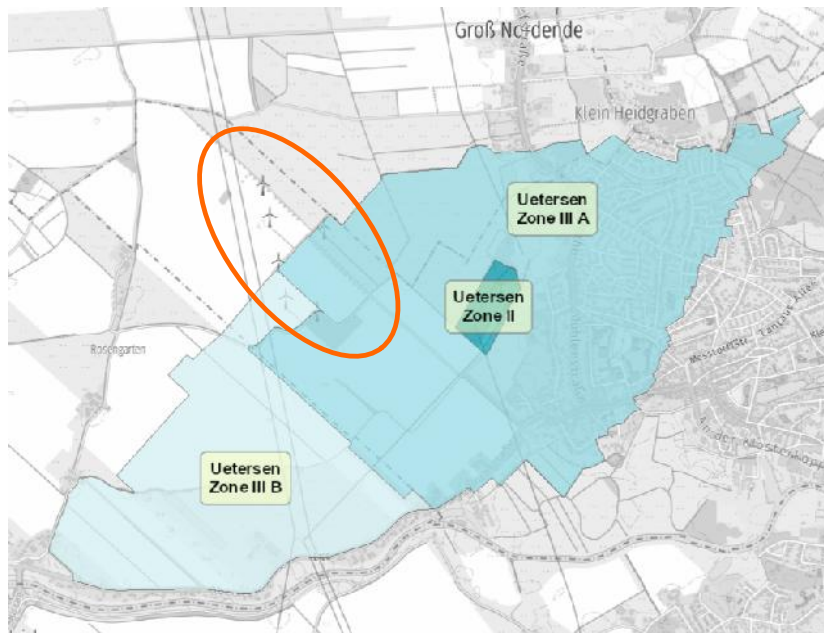
##### Grundwasser

In den Marschböden ist in der Regel ein hoher Grundwasserstand mit einem Grundwasserspiegel von 1 bis 2 m unter Flur kennzeichnend.

Der Planungsraum befindet sich gem. WRRL innerhalb der Krückau-Marschen Nord (Kennung DE\_GB\_DESH\_EI11). Es handelt sich um tiefe Grundwasserkörper. Es sind keine Belastungen bekannt. Der chemische Zustand ist gut, auch hinsichtlich einer Nitratbelastung, ebenso der mengenmäßige Zustand.

Der südliche Teil des Plangebietes liegt im Wasserschutzgebiet Uetersen in den Zonen III A und III B (Landesverordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlagen der Holsteiner Wasser GmbH, Neumünster, in Uetersen (Wasserschutzgebietsverordnung Uetersen) vom 27. Januar 2010).

Die geplanten WEA 2 und WEA 4 befinden sich in der Zone II B, der geplante Anlagenstandort WEA 3 in der Zone III B.



**Abbildung 14 Wasserschutzgebiet Uetersen** (Quelle: GEOPORTAL KREIS PINNEBERG, Abfrage 11/2020)

Die Untere Wasserbehörde des Kreises Pinneberg hat im Rahmen der in 2014 begonnenen 47. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Uetersen („Windpark Uetersen“) mitgeteilt, dass der Einbau von auswach- und auslaugbaren wassergefährdenden Materialien (z.B. Boden- und Recyclingmaterial, Bauschutt) in den Schutzzonen III A und III B verboten ist. Verwendetes Material muss den Anforderungen des Regelwerks 20 der LAGA (Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen / Abfällen der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall) entsprechen. Vor dem Einbau solcher Materialien sind daher eine Abstimmung mit der unteren Wasserbehörde des Kreises Pinneberg erforderlich und die entsprechenden Unbedenklichkeitsnachweise des Materials (Zertifikate bzw. Laboranalyse) der Wasserbehörde vor dem Einbau vorzulegen. Die Verwendung von wassergefährdenden Betonzuschlagstoffen ist unzulässig. Bodenaushub von Kabel-, Rohr- oder Fundamentgräben ist für die Wiederverfüllung zu verwenden.

Im Zusammenhang mit der Erkundung eines Grundwasserschadens sind vom Kreis Pinneberg Grundwassermessstellen errichtet worden. Diese Messstellen sind bodengleich, als sogenannte Unterflurhydranten ausgebaut. Die eine Messstelle befindet sich im Bereich der Spurbahn zwischen dem Quellenweg und der Deichstraße. Eine andere liegt im Kreuzungsbereich des Quellenweges mit der Spurbahn. Die Grundwassermessstellen sind zu sichern, insbesondere bei Befahrung der Wegbereiche durch Schwerlastverkehr.

#### **VORAUSSICHTLICHE UMWELTAUSWIRKUNGEN UND ERHEBLICHKEITSEINSCHÄTZUNG**

Baubedingte Auswirkungen ergeben sich durch die temporär auftretende Beanspruchung von Bodenflächen als Infiltrationsraum von Wasser. Die Auswirkungen sind lokal begrenzt und von untergeordneter Bedeutung.

Die Gründung der Fundamente wird als kreisrundes Flachfundament mit einem Durchmesser von rd. 20 bis 22 m ausgeführt. Unter dem Fundament ist eine Sauberkeitsschicht von mindestens 10 cm vorzusehen. Die Gründungstiefe bzw. Herstellung mit oder ohne Auftrieb ist

an die örtlichen Verhältnisse und die Grundwasserstände anzupassen. Der maximale Grundwasserstand muss bei der Variante ohne Auftrieb unter der Gründungssohle und darf bei der Variante mit Auftrieb maximal an der Geländeoberkante liegen.

Während der Bauzeit können temporäre Emissionen von Schadstoffen aus Baumaschinen und Kraftfahrzeugen freigesetzt werden. Darüber hinaus bestehen potenzielle Gefährdungen durch den indirekten Eintrag von Schadstoffen über den Boden in das Grundwasser im Rahmen des Einsatzes von Baugeräten. Das Risiko kann durch den Einsatz biologisch abbaubarer Betriebsstoffe für Baumaschinen vermieden werden. Im Bereich der Fundamentbaugrube wird die dichtende Wirkung der Oberbodenschicht um das Fundament durch Einbringen entsprechender Bodenauffüllungen wieder vollständig hergestellt. Ebenso kommen nur Baustoffe bzw. nicht kontaminierte Substrate für die Tragschichten von Wegen und Kranstellflächen zum Einsatz, die hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Grundwasser als unbedenklich eingestuft werden, so dass stoffliche Einträge in das Grundwasser vermieden werden.

Anlagebedingte Auswirkungen ergeben sich aus der Vollversiegelung der Fundamente. Durch die Überdeckung mit Oberboden wird in Teilen ein Ausgleichsmedium für den Wasserhaushalt wiederhergestellt. Der mit der Versiegelung verbundene verstärkte Oberflächenwasserabfluss verbleibt durch die randliche Versickerung im Gesamtregime des Wasserhaushaltes und geht dem unterirdischen Abfluss nur teilweise verloren, so dass keine erheblich nachteiligen Auswirkungen zu erwarten sind. Die dauerhaft anzulegenden Zuwegungen und Kranstellplätze werden in einem wasserdurchlässigen Aufbau ausgebaut, so dass die Versickerung anfallender Niederschläge flächenhaft über die belebte Bodenzone angrenzender Flächen erfolgen kann. Die Grundwasserneubildungsrate wird infolge der Neuversiegelung und zu erwartenden Verdichtung zugunsten einer etwas höheren Verdunstung nur geringfügig verringert. Eine großflächige und standortübergreifende Verringerung der Grundwasserneubildung durch Grundwasserabsenkung, verbunden mit Beeinträchtigung von grundwasserabhängigen Biotopen ist durch das Vorhaben nicht zu erwarten.

In Bezug auf betriebsbedingte Auswirkungen ist anzuführen, dass die geplanten WEA-Anlagen der 5 MW Klasse technisch so ausgerüstet sind, dass alle betriebenen Komponenten der WEA mit Schutzvorrichtungen und konstruktiven Maßnahmen gegen das Austreten von festen oder flüssigen Schmierstoffen und Kühlflüssigkeiten versehen sind. Darüber hinaus werden Maßnahmen der Havarieprophylaxe entsprechend dem Stand der Technik wie ein automatischer Anlagenstopp und Alarmierung bei Leckagen in Kühl- und Hydrauliksystemen, organisatorische Maßnahmen wie regelmäßige Überwachungen und ein Alarm- und Maßnahmenplan für den Havariefall sowie besondere Vorgaben für Befüllungs- und Wartungsvorgänge im Außenbereich der WEA oder außen am Turm eingehalten.

Unter Berücksichtigung der technischen und mechanischen Sicherheitsvorkehrungen gegen die unbeabsichtigte Freisetzung umweltgefährdender Stoffe ist das Risiko unvorhergesehener Unfälle, die zu einer Freisetzung von umweltgefährdenden Stoffen führen können, als gering anzusehen.

keine erheblichen Auswirkungen

#### **MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, VERRINGERUNG UND ZUM AUSGLEICH / ERSATZ**

Zur Vermeidung von Eingriffen trifft der Bebauungsplan in Teil B Text folgende Festsetzungen (vgl. Schutzgut Boden, Kap. 5.2):

Nr. 1.2 Die zulässige Grundfläche der Windenergieanlagen beträgt maximal 750 m<sup>2</sup> pro Windenergieanlage. Die nur vom Rotor überdeckten Teile des Baugrundstücks werden bei der Ermittlung nicht mitgerechnet.

Nr. 1.10 Fundamente sind mit Mutterboden abzudecken und mit Gras einzusäen.

Nr. 1.11 Dauerhafte Zuwegungen außerhalb der festgesetzten Verkehrsflächen zu den Windenergieanlagen sind in Form von geschotterten Wegen mit wassergebundener, unversiegelte Decke unter Verwendung von in Trinkwasserschutzgebieten zugelassenen Natursteinschotter auszuführen. Die wasserdurchlässigen, nicht vollständig versiegelten Zuwegungen und Aufstellflächen sind als Schotterflächen herzustellen.

Die Festsetzungen dienen insbesondere dem Schutz des Bodenwasserhaushaltes und des Grundwassers in Bezug auf die Trinkwassergewinnung. Darüber hinaus wird die Versickerungsfähigkeit des Bodens durch eine Begrenzung des Versiegelungsanteils und die zu verwendenden Befestigungsarten aufrechterhalten. Damit sind insgesamt die Regelungsfunktionen für den Wasserkreislauf und die Grundwasserneubildung weiterhin gewährleistet.

## HINWEISE UND UNTERSUCHUNGSBEDARFE

detaillierte Erfassung der anstehenden Baugrundverhältnisse zur Festlegung der Bauwerksgründung und ggf. erforderlicher Schutzmaßnahmen für den Wasserhaushalt / Grundwasserschutz

## 5.6 Schutzgut Klima / Luft

### ANGABEN ZUM BESTAND

Das Lokalklima ist im Plangebiet weitgehend unbeeinflusst und durch natürliche Klimafaktoren günstig ausgebildet.

Entsprechend der Lage im offenen Landschaftsraum ist von einer geringen Grundbelastung der Luft durch Schadstoffe und Schwebstaub auszugehen.

### VORAUSSICHTLICHE UMWELTAUSWIRKUNGEN UND ERHEBLICHKEITSEINSCHÄTZUNG

Baubedingte Auswirkungen auf die Schutzgüter Luft und Klima entstehen durch die Beanspruchung lokalklimatisch wirksamer Vegetationsflächen in den Baubereichen und finden lediglich in einer untergeordneten Größenordnung statt.

In Bezug auf das Schutzgut Luft ergeben sich während der Bauzeit geringfügige Schadstoffemissionen durch Bautätigkeiten und -fahrzeuge. Deutliche Geruchs- und Staubentwicklungen nicht zu erwarten.

Als anlagebedingte Auswirkungen werden lokalklimatische Veränderungen durch die Bodenversiegelung hervorgerufen. Der Großteil dieser Flächen bis auf die Fundamente wird als geschotterte Wege- und Betriebsfläche hergestellt. Diese lokalklimatischen Extremstandorte zeichnen sich zunächst durch eine schnelle Erwärmung und Verdunstung aus, die aber mit der einsetzenden Vegetationsentwicklung mikroklimatisch wieder begünstigt und kompensiert wird.

Die Veränderungen des Lokalklimas sind aufgrund des Flächenumfanges der Versiegelung insgesamt als geringfügige und örtlich begrenzte Beeinträchtigung zu bewerten. Die klimatische Ausgleichsfunktion der Offenlandflächen für die Kaltluftproduktion wird nicht erheblich

beeinflusst, da im Vergleich zu den großräumigen landwirtschaftlichen Nutzflächen im weiteren Umfeld nur geringe Flächenanteile beansprucht werden. Der Kaltluftabfluss sowie die Durchlüftungssituation werden durch die Errichtung der Anlagen nicht wesentlich umgestellt.

Betriebsbedingungen Auswirkungen werden nicht hervorgerufen. Im überregionalen und globalen Sinne wirkt sich die Energiegewinnung durch WEA wegen der Vermeidung und Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bei der Nutzung regenerativer Energieformen bei gleichzeitiger Einsparung fossiler Energieträger positiv auf das Schutzgut Klima und Luft aus.

keine erheblichen Auswirkungen bzw. Entlastungseffekte

## MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, VERRINGERUNG UND ZUM AUSGLEICH / ERSATZ

Die für die Schutzgüter Boden und Wasser getroffenen Festsetzungen zur Begrenzung des Versiegelungsumfangs, zur Bodenandeckung der Fundamente und Verwendung wasser-durchlässiger Wegebaumaterialien tragen auch zum Erhalt des Kleinklimas bei (vgl. Kap. 5.2, 5.4).

## 5.7 Schutzgut Pflanzen und Tiere

### ANGABEN ZUM BESTAND

#### 5.7.1 Biotop- und Nutzungstypen

Eine örtliche Aufnahme der Biotop- und Nutzungstypen wurde am 15. Juni 2020 durchgeführt. Die Einstufung der Biotoptypen erfolgt nach der Kartieranleitung für Schleswig-Holstein (vgl. LLUR 2019), für die Einstufung gesetzlich geschützter Biotope gem. § 30 BNatSchG / § 21 LNatSchG ist die aktuelle Biotopverordnung (BiotopVO) Schleswig-Holstein von 2019 Grundlage. Im Rahmen der Kartierung wurden einzelne, typische Pflanzenarten mit aufgenommen. Insbesondere wurde dabei auf gefährdete Pflanzenarten geachtet.

Die Erfassung ist im Bestandsplan Plan Nr. 1.0 sowie in Tabelle 1 dargestellt. (Hinweis: Der Bestandsplan ist im weiteren Verfahren noch geringfügig im Südosten in Bezug auf die einbezogene Straßenverkehrsfläche und im Südwesten an die Gemeindegrenze anzupassen)

**Tabelle 1 Biotop- und Nutzungstypen im Plangebiet**

Biototyp	Biotopkürzel
<b>Gehölze außerhalb von Wäldern</b>	
Baum	HE
Obstbaumreihe	HRo
Sonstige Streuobstwiese	HOy
Sonstiges Feldgehölz	HGy
<b>Binnengewässer</b>	
Sonstiger Graben	FGy
<b>Grünland</b>	
Artenarmes Wirtschaftsgrünland	GAy
<b>Acker- und Gartenbauflächen, Baumschulen und Weihnachtsplantagen</b>	
Intensivacker	AAy
<b>Ruderalfluren</b>	
Ruderales Staudenflur frischer Standorte	RHm
Ruderales Grasflur	RHg



Biototyp	Biotopkürzel
Feuchte Hochstaudenflur	RHf
<b>Siedlungsbiotope</b>	
Straßenverkehrsfläche / versiegelte Flächen	SVs
Teilversiegelte Flächen	SVt
Spurplattenweg	SVp
Unversiegelter Weg mit und ohne Vegetation, Trittrassen, Schotterrasen	SVu
Bankette, extensiv gepflegt	SVe

Die Biotopstruktur wird nachfolgend beschrieben.

### 5.7.1.1 Gehölze außerhalb von Wäldern

#### Einzelbäume

Die Einzelbäume wurden innerhalb der voraussichtlichen Eingriffsbereiche lokal verortet und sind mit Artangabe und Stammdurchmesser im Bestandsplan Nr. 1.0 dargestellt.

Hierbei handelt es sich um Eschen (*Fraxinus excelsior*) im Bereich der geplanten Zufahrt zur WEA 2 und um Kopfweiden bzw. einen jüngeren Weidenbusch (*Salix spec.*) bei der geplanten Zufahrt zur WEA 3. Im Bereich der Hauptzufahrt stehen den Obstbäumen vorgelagert auf der Westseite des Wirtschaftsweges weiterhin einige Ahorne (*Acer spec.*) und eine Rosskastanie (*Aesculus hippocastanum*) mit Stammdurchmessern zwischen 15 und 25 cm.

Landschaftsprägende Einzelbäume sind im Plangebiet nicht vorhanden.

#### Obstbaumreihe (HRO)

Entlang des von Nordwest nach Südost verlaufenden Hauptwirtschaftsweges wurden als Ausgleichsmaßnahme für den bestehenden Windpark im nördlichen Teil einseitige, südlich auch beidseitige 10 m breite Saumstreifen mit Obstbaumreihen angelegt.



Die Obstbäume stehen im Abstand von ca. 8 m zueinander und besitzen Stammdurchmesser von ca. 20 bis 25 cm.

**Obstbaumreihe entlang des Hauptwirtschaftsweges**

#### Sonstige Streuobstwiese (HOy)

Ein zweireihiger Bestand von Obstbäumen befindet sich an der Zufahrt zur bestehenden WEA nordwestlich der Rethwettern (geplante WEA 3). Der flächenhafte Bestand ist als sonstige Streuobstwiese kartiert worden. Die Obstbäume besitzen ein ähnliches Alter wie die straßenbegleitenden Reihen.

### Sonstiges Feldgehölz (HGy)

Feldgehölze (HGy) befinden sich nur sporadisch im Plangebiet.

Ein bis zu ca. 10 m hohes Feldgehölz liegt entlang des Hauptwirtschaftsweges und wird allseitig von Wegen begrenzt. Das Gehölz besteht aus älteren, überwiegend mehrstämmigen Silber-Weiden (*Salix alba*) mit Stammdurchmessern bis zu ca. 40 cm und einer dichten Strauchschicht aus Eberesche (*Sorbus aucuparia*) und Schwarzem Holunder (*Sambucus nigra*)



Gemäß Luftbildhistorie hat sich der Bestand erst in den ca. letzten 20 Jahren aus Sukzession einer ansonsten nicht genutzten Fläche entwickelt.

**Feldgehölzinsel am Hauptwirtschaftsweg**

Im Südwesten des Plangebietes liegt ein weiteres kleines Feldgehölz südlich der Rethwettern. Es ist älter als das o.a. Weidengehölz, jedoch niedriger.



Das Gehölz setzt sich aus Esche (*Fraxinus excelsior*), Stiel-Eiche (*Quercus robur*), Weißdorn (*Crataegus monogyna*) und Korb-Weide (*Salix viminalis*) zusammen. Einzelne Bäume erlangen hier bereits Stammdurchmesser bis zu 60 cm.

**Feldgehölz an der Rethwettern**

Eine größere Gehölzfläche befindet sich im Bereich der angelegten Ausgleichsfläche zum Windpark im Süden des Plangebietes, südlich der Rethwettern.

In der Fläche wurden vor ca. 18 bis 20 Jahren heimische Einzelbäume und Sträucher in Gruppen gepflanzt. Neben den Anpflanzungen haben sich mittlerweile auch weitere Gebüsche von selbst ausgebreitet. Dichtere Bestände sind insbesondere entlang des Wirtschaftsweges und nördlich der bestehenden WEA entwickelt. Teilbereiche sind offen und mit einer Ruderalflur bewachsen (vgl. Kap. 5.7.1.5).



Vorkommende Arten sind u.a. Silber-Weide (*Salix alba*), Korbweide (*Salix viminalis*), Grau-Weide (*Salix cinera*) Schwarz-Erle (*Alnus glutinosa*), Grau-Erle (*Alnus incana*), Schwarzer Holunder (*Sambucus nigra*), Sand-Birke (*Betula pendula*), Esche (*Fraxinus excelsior*), Flatter-Ulme (*Ulmus laevis*), Stiel-Eiche (*Quercus robur*) und Linde (*Tilia spec.*).

#### **Feldgehölz mit Ruderalfluren in Ausgleichsfläche**

Von selbst hat sich die Spätblühende Traubenkirsche (*Prunus serotina*) dort etabliert.

#### **5.7.1.2 Binnengewässer**

Im Südwesten des Plangebietes quert die Rethwettern von Osten nach Westen als Hauptentwässerungsgraben das Plangebiet. Das Gewässer zeigt im Plangebiet einen leicht geschwungenen Verlauf.



Die Uferböschungen sind ruderal geprägt. Teilweise kommt Ästiger Igelkolben (*Sparganium erectum*) vor. Auf der Wasserfläche haben sich bereichsweise Teppiche aus Wasserlinsen (*Lemna spec.*) entwickelt

Auf der Südseite befindet sich ein Wirtschaftsweg.

#### **Rethwettern**

Entlang von Wirtschaftswegen verlaufen schmalere und kleinere Gräben, die wie die Rethwettern als Biotoptyp sonstiger Gräben (FGy) erfasst worden sind. Die Gräben waren zum Zeitpunkt der Kartierung im Sommer 2020 überwiegend wasserführend.



Die Gräben weisen ein Regelprofil mit mehr oder weniger steilen Böschungen auf.

Die Uferböschungen sind mit Ruderalfluren bewachsen, die nur einen geringen Anteil an ausgeprägten Feuchtezeigern aufweisen.

#### **Gräben am Hauptwirtschaftsweg**

Das Grünland im Nordosten wird von einem etwas breiteren Graben durchzogen, an dem randlich auch feuchte Hochstauden entwickelt sind.

### 5.7.1.3 Grünland



Im nordöstlichen Teil des Untersuchungsgebietes liegt ein artenarmes, gemähtes Grünland (GAy).

Es ist nur ein sehr geringer Krautanteil vorhanden. Überwiegend wurden nur Wirtschaftsgräser, u.a. Weidelgras (*Lolium perenne*) festgestellt.

**Artenarmes Wirtschaftsgrünland**

### 5.7.1.4 Acker- und Gartenbauflächen, Baumschulen und Weihnachtsplantagen der Siedlungsflächen

Der überwiegende Flächenanteil wird als Intensivacker (AAy) genutzt. Vorherrschend wird Getreide, auf einer Fläche auch Raps angebaut.

### 5.7.1.5 Ruderalfluren

Ruderalfluren sind im Plangebiet entlang der Gräben, im Unterwuchs der Obstbaumreihen, am Mastfuß der bestehenden Windenergieanlagen und in der Ausgleichsfläche mit Gehölzen südlich der Rethwettern verbreitet.

Im Bereich der Maststandorte und in der Ausgleichsfläche sind Ruderalfluren frischer Standorte entwickelt (RHm). Die Vegetationsbestände werden vorrangig von nährstoffliebenden, konkurrenzkräftigen Arten wie Acker-Kratzdistel (*Cirsium arvense*), Große Brennessel (*Urtica dioica*), Stechender Holzzahn (*Galeopsis tetrahit*), Kleb-Labkraut (*Galium aparine*), Wiesen-Kerbel (*Anthriscus sylvestris*), Echter Beinwell (*Symphytum officinale*), Gänsedistel (*Sonchus oleraceus*) und Gräsern wie Wolliges Honiggras (*Holcus lanatus*), Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*), Wiesen-Knäuelgras (*Dactylis glomerata*), Gewöhnlicher Glatthafer (*Arrhenatherum elatius*), Gewöhnliche Quecke (*Elymus repens*) und Wiesen-Rispengras (*Poa pratensis*) dominiert.



Ein Potenzial für gefährdete oder seltene Arten ist auf diesen Standorten nicht gegeben, bzw. wurden diese Arten nicht festgestellt.

**Ruderalvegetation am Mastfuß einer bestehenden WEA**

Ruderales Grasfluren (RHg) sind im Unterwuchs der Obstbaumreihen und der Grabenböschungen vorkommend. Die Artenzusammensetzung ist ähnlich der Ruderalfluren frischer Standorte, allerdings mit flächenmäßig höherem Anteil der Gräser.

Entlang des Grabens im Grünland ist eine feuchte Hochstaudenflur bzw. Ruderalflur feuchter Standorte (RHf) ausgebildet. Vorkommende Arten sind neben den o.a. Arten u.a. Sumpf-Schwertlilie (*Iris pseudacorus*), Rohrglanzgras (*Phalaris arundinaceae*), Schilf (*Phragmites australis*), Flatter-Binse (*Juncus effusus*) und Echtes Mädesüß (*Filipendula ulmaria*).

#### 5.7.1.6 Siedlungsbiotope

Die Wirtschaftswege wurden nach Versiegelungsgrad unterschieden in vollversiegelte Straßenverkehrsflächen (SVs), teilversiegelte Straßen (SVt, mit Schotter), Spurplattenwege (SVp) und unversiegelte Wege (SVu) ohne erkennbare Herstellung, aber mit verdichteten Böden. In der Regel sind die Haupterschließungswege und Zufahrten zu den bestehenden WEA vollversiegelt. Die untergeordneten Wege sind Spurplattenwege oder unversiegelte Wege. Schotterwege und -flächen (SVt, teilversiegelt) befinden sich im Randbereich der Anlagen und Trafostationen bzw. in den ehemaligen Kranstellflächen und Baubereichen. Entlang der Wirtschaftswege sind in der Regel extensiv gepflegte Bankette vorkommend.

Die Schotterflächen zeigen teilweise einen schütterten Bewuchs mit Ruderalfluren trockener Standorte auf. Diese Bereiche sind niedrigwüchsig und die vorkommenden Arten an diesen extremen Sonderstandorten hoch spezialisiert. Die Flächen sind - sofern sich ein Bewuchs etablieren konnte - artenreicher als die Ruderalfluren frischer Standorte. Vielfach sind die Schotterflächen aufgrund regelmäßiger Nutzung aber auch weitgehend vegetationsfrei. Eine gesonderte Auskartierung dieser Teilbiotope ist daher nicht vorgenommen worden. Eine verstärkte Ausbildung einer trockenen Ruderalflur zeigt die Zufahrt zur bestehenden Anlage am Standort der geplanten WEA 2. Hier wurden Schaf-Schwengel (*Festuca ovina*), Mäuseschwanz-Federschwingel (*Festuca myuros*), Rot-Schwengel (*Festuca rubra*), Spitz-Wegerich (*Plantago lanceolata*), Weicher Storchschnabel (*Geranium molle*), Rainfarn (*Tanacetum vulgare*), Gewöhnliche Schafgarbe (*Achillea millefolium*), Feld-Klee (*Trifolium campestre*), Rotes Straußgras (*Agrostis capillaris*), Kanadische Goldrute (*Solidago canadensis*) und Echte Kamille (*Matricaria chamomilla*) festgestellt.

#### 5.7.2 Geschützte Biotope

Im Vorhabengebiet sind keine geschützten Biotope nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 21 LNatSchG erfasst worden.

#### 5.7.3 Geschützte / gefährdete Pflanzenarten

Im Plangebiet sind keine gefährdeten Arten im Rahmen der Kartierung nachgewiesen worden. Die Sumpf-Schwertlilie am Grünlandgraben ist eine besonders geschützte Pflanzenart nach § 7 BNatSchG.

#### 5.7.4 Fauna

Zur Erfassung der Tierwelt sind folgende Untersuchungen durchgeführt worden bzw. wird auf folgende Daten zurückgegriffen (vgl. BIOCONSULT 2020):

- Potenzialabschätzung Groß- und Greifvögel
- Potenzialabschätzung Vogelzug, Rastvogelbestände und weitere Brutvögel
- Erfassung Vogelzug 2013/2014

- flächendeckende Nestkartierung von Groß- und Greifvogelnestern im 1,5 km-Radius um das Vorranggebiet gemäß den Vorgaben des LLUR 2020
- Datenrecherche im 6 km Radius um das Vorranggebiet
- flächendeckende Begehungen mit dem Fledermausdetektor August / September 2013, kombiniert mit parallel betriebenen Einsatz von sieben Horchboxen im Zeitraum Mitte August bis Anfang Oktober 2013; Höhenmonitoring an einer Bestands-WEA vom 16.07. bis 10.11.2013
- Landnutzungskartierung am 03.07.2020 im 1 km Radius um die WEA-Planung
- Strukturkartierung 2020
- Datenabfrage Artkataster Schleswig-Holstein 2020

Für eine detaillierte Darstellung zur Untersuchungs- und Bewertungsmethodik wird auf das vorliegende Fachgutachten verwiesen.

#### 5.7.4.1 Brutvögel, Tagvogelzug und Rastvögel

##### Brut- und Nahrungsvögel

Von den nach LANU (2008) und MELUR & LLUR (2016) als windkraftsensibel eingestuften Groß- und Greifvogelarten berührt nach den Ergebnissen der Nestkartierung der Groß- und Greifvögel im Frühjahr 2020 sowie der Datenrecherche keine mit ihrem artspezifischen Beeinträchtigungsbereich sowie dem Prüfbereich für Nahrungsgebiete das Vorranggebiet inkl. der WEA-Planung (MELUR & LLUR 2016; LANU 2008).

Die Minimalabstände der Nester zur WEA-Planung betragen für die Arten

- Weißstorch 2,9 km,
- Uhu 4,1 km und
- Wanderfalke 3,9 km.

Aufgrund der Distanz zum nächstgelegenen besetzten Weißstorchnest sowie der Struktur- ausstattung der Bewertungsfläche (Summe der Areale im 500 m - Radius um die geplanten WEA), hat diese sowohl als Nahrungshabitat als auch als regelmäßig genutzter Flugkorridor für den Weißstorch potenziell eine geringe Bedeutung (vgl. BIOCONSULT 2020):

Für den Uhu wird die Bedeutung der Bewertungsfläche als regelmäßig genutzter Flugkorridor potenziell gering bis maximal mittel eingeschätzt, da angenommen wird, dass für diese Art kein ausgeprägter Flugkorridor von Brutstandorten zu potenziell geeigneten Nahrungshabitaten im Bereich der Bewertungsfläche besteht.

Aufgrund des Jagdverhaltens des Wanderfalken hat die Bewertungsfläche sowohl als Nahrungshabitat als auch als regelmäßig genutzter Flugkorridor für Wanderfalken potenziell eine geringe Bedeutung.

Das Vorranggebiet inklusive der geplanten WEA-Standorte befindet sich außerhalb des Schwerpunktraumes der Brutverbreitung des Rotmilans (MELUR & LLUR 2016) (vgl. BIOCONSULT 2020).

Im Rahmen der Nestkartierung 2020 wurden Neststandorte folgender Arten im Kartierradius von 1,5 km um das Vorranggebiet festgestellt:

- Mäusebussard (acht Brutplätze, Minimalabstand ca. 630 m)

- Kolkrabe (zwei Brutplätze, Minimalabstand ca. 1,3 km).
- Rohrweihe (Brutverdacht auf einem Acker in ca. 935 m Entfernung zur WEA-Planung)

Aufgrund der acht Brutplätze im Umgebungsbereich der WEA-Planung ist davon auszugehen, dass Mäusebussarde den Bereich der Bewertungsfläche regelmäßig nutzen. Es ist zu erwarten, dass in der betroffenen Region in und um die Vorrangfläche der Mäusebussard dauerhaft präsent ist. In diesem Rahmen ist eine Bevorzugung der Bewertungsfläche gegenüber der Umgebung nicht zu vermuten, insofern wird die Bedeutung der Bewertungsfläche als Nahrungsgebiet und als regelmäßig genutzter Flugkorridor für den Mäusebussard als potenziell mittel bewertet (vgl. BIOCONSULT 2020).

In Bezug auf die Rohrweihe befindet sich die WEA-Planung außerhalb des Gefährdungsbereichs von 350 m um die bekannten Neststandorte. Aufgrund der Habitatausstattung, sowie das Fehlen von im näheren Umfeld liegenden Neststandorten, wird die Funktion der Bewertungsfläche als Nahrungshabitat für die Rohrweihe als potenziell gering eingestuft. Flugkorridore existieren für Rohrweihen in der Agrarlandschaft i. d. R. nicht; diese werden daher mit potenziell gering bewertet (vgl. BIOCONSULT 2020).

Etwa 1,3 km östlich der WEA-Planung befindet sich laut LANIS SH & LLUR (2020) in Uetersen ein Schleiereulen-Brutplatz aus dem Jahr 2016. Weitere vier Neststandorte aus den Jahren 2017 bis 2019 befinden sich in > 1,5 km zur WEA-Planung.

Im Rahmen der Brutvogelkartierung in 2013 wurden in der Gehölzfläche im Süden des Plangebietes die Arten Amsel, Buchfink, Dorngrasmücke, Gelbspötter, Gimpel, Grünfink, Heckenbraunelle, Mönchsgrasmücke und Zilpzalp erfasst. Außerdem wurden Brutplätze folgender Arten außerhalb des Vorranggebietes erfasst: Star, Goldammer, Dorngrasmücke, Klappergrasmücke, Sumpfrohrsänger, Fasan, Kolkrabe und Turmfalke. Im Rahmen der Potenzialabschätzung werden weitere ungefährdete Gehölzfreibrüter sowie die Höhlenbrüter Kleiber, Gartenrotschwanz und Meisenarten angeführt (vgl. BIOCONSULT 2020).

Aufgrund der Strukturausstattung (Feldflur mit Grünlandanteil, unterschiedliche Feldnutzungen) ist die Brutvogelfauna artenarm. Neben Feldlerche und Kiebitz (beide RL SH 3) können weitere Offenlandarten wie Schafstelze und Wiesenpieper (RL SH 3) in der Bewertungsfläche vorkommen, die auch in der Lage sind, auf intensiv genutzten Grünland- und Ackerflächen zu brüten. Auch für den Neuntöter sind potenziell einzelne Bruten im weiteren Umfeld möglich. Die Bewertungsfläche ist daher für die genannten Arten aufgrund der intensiven Agrarnutzung, des geringen Grünlandanteils und den wenig potenziellen Bruthabitaten mit geringer Wertigkeit einzustufen. Zudem führen Vorbelastungen durch die Bundesstraße und die Hochspannungsfreileitungen zumindest bei der Feldlerche durch Meidungsverhalten zu einer Reduktion der Siedlungsdichte (vgl. BIOCONSULT 2020).

Im Bereich der Gräben können potenziell die allgemein häufigen Arten Stock- und Reiherente sowie Blesralle auftreten.

Gebäudebrüter in der weiteren Umgebung wie Turmfalke, Schleiereule und Rauchschwalbe können potenziell bei Nahrungsflügen im Vorhabengebiet angetroffen werden.

Die (potenzielle) Brutvogelgemeinschaft setzt sich insgesamt aus allgemein häufigen und ungefährdeten Arten zusammen. Der Brutvogelbestand wird aufgrund der Struktur der Bewertungsfläche (intensive Landwirtschaft dominiert von Ackerbau, jedoch mit Grünlandnutzung, Baumreihen und kleine Gehölzflächen) als gering bis mittel bewertet (vgl. BIOCONSULT 2020).

### Tagvogelzug

Das Vorranggebiet und die Bewertungsfläche befinden sich außerhalb des Prüfbereichs von bedeutsamen Vogelzuggebieten (MILI SH 2019).

In den durchgeführten Untersuchungen in 2013 / 2014 wurden in der Frühjahrszugperiode Intensitäten erreicht, die als schwacher Zug zu bewerten sind. Die Herbstzugperiode 2013 zeigte eine Flugintensität von schwach bis sehr stark auf.

Besondere Landschaftsstrukturen, die als Leitlinie des Vogelzuges dienen könnten, sind innerhalb der Bewertungsfläche nicht vorhanden. Das Vorranggebiet ist für den Vogelzug insgesamt nicht von besonderer Bedeutung. Die Funktion der Bewertungsfläche als Zugkorridor für Land- und Wasservogel wird daher aufgrund der Lage abseits der Küstenlinien und der großen Entfernung von den Küsten als gering bis maximal mittel bewertet (vgl. BIOCONSULT 2020).

### Rastvögel

Das Vorranggebiet und die Bewertungsfläche befinden sich außerhalb von landesweit bedeutsamen Rastgebieten (MILI SH 2019).

Es sind maximal kleine Trupps wie beispielsweise der Arten Star, Kiebitz und Lachmöwe zu erwarten, die die Rastbestands-Schwellenwerte von landesweiter Bedeutung deutlich unterschreiten. Im Rahmen der Zugvogelbeobachtungen 2013 / 2014 wurden keine größeren Rasttrupps registriert. Blässgans, Stare und Kiebitze zählten zu den häufigsten fünf Rastvogelarten der Frühjahrszugperiode.

Der Rastvogelbestand wird aufgrund der Struktur der Bewertungsfläche (überwiegend intensiv genutzte Ackerflächen, mehrere Hochspannungsfreileitungen), ihrer Lage (fern der Nord- und Ostseeküste, Leitlinien und großer Seen) sowie auf Grundlage der Vogelzugerfassungen als gering bewertet (vgl. BIOCONSULT 2020).

#### 5.7.4.2 Fledermäuse

Im Rahmen der 2013 durchgeführten Detektorbegehungen sind die Arten Breitflügelfledermaus, Rauhauffledermaus, Zwergfledermaus und Großer Abendsegler nachgewiesen worden. Hinzu kommen einige wenige nicht näher bestimmbare Registrierungen von Fledermäusen der Gattung *Myotis*, wobei es sich aufgrund der Habitatausstattung und der naturräumlichen Gegebenheiten mit hoher Wahrscheinlichkeit um die weit verbreitete und ungefährdete Wasserfledermaus gehandelt haben dürfte. Im Rahmen der Horchboxenuntersuchungen wurden Arten der Gattungen *Pipistrellus* (Zwerg-, Mücken- und Rauhauffledermaus), *Eptesicus* (Breiflügel-Fledermaus und Zweifarbfledermaus), *Nyctalus* (Großer und Kleiner Abendsegler) und *Myotis/Plecotus* (Wasser-, Teich-, Fransen-, Bechsteinfledermaus, Große und Kleine Bartfledermaus, Großes Mausohr, Braunes Langohr) nachgewiesen. Zwischen August und September 2013 wurden Abendsegler und Rauhauffledermäuse regelmäßig, jedoch in geringer Anzahl erfasst.

Die Ergebnisse der Detektorbegehungen und Horchboxerfassungen lassen auf ein geringes bis mittleres Durchzugsgeschehen migrierender Fledermausarten (hier Großer Abendsegler und Rauhauffledermaus) schließen (vgl. BIOCONSULT 2020).



### 5.7.4.3 Sonstige Arten

Die Haselmaus als streng geschützte Art der FFH-Richtlinie besiedelt ein breites Spektrum an Habitaten, wobei sie eine strenge Bindung an Gehölzstrukturen aufweist. Neben Waldbereichen gehören auch beerenreiche, strauchdominierte Lebensräume wie Knicks, Hecken oder Gebüsche zum Lebensraum der Art. Die WEA-Planung liegt nicht innerhalb des Verbreitungsgebietes der Art. Ein Vorkommen der Art im Untersuchungsgebiet wird ausgeschlossen (vgl. BIOCONSULT 2020).

Aus der Gruppe der Amphibien werden im Untersuchungsgebiet die potenziell vorkommenden Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie anhand der aktuellen bekannten Verbreitung der Arten ermittelt. Im Ergebnis liegt der Bereich der geplanten WEA innerhalb der Verbreitungsräume des Moorfroschs in Schleswig-Holstein (vgl. MELUND & FÖAG 2018). Auch nach LANIS SH & LLUR (2020) befinden sich Hinweise auf Vorkommen des Moorfroschs im weiteren Umgebungsbereich der WEA-Planung. Ein Vorkommen dieser Art ist daher potenziell gegeben (vgl. BIOCONSULT 2020).

## VORAUSSICHTLICHE UMWELTAUSWIRKUNGEN UND ERHEBLICHKEITSEINSCHÄTZUNG

### Schutzgut Pflanzen / Biotope

Zur Ermittlung der Beeinträchtigungen und Bilanzierung der Eingriffe und Kompensationsbedarfe wird der „Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 17. Dezember 2017 zur Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bei Windkraftanlagen“ (Amtsbl. Schl.-H. 2018 Nr. 4m S. 62) zugrunde gelegt.

Bei der Errichtung von Windenergieanlagen wird die Kompensation pauschal ermittelt.

#### Kompensation von Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes (Ziffer 1.1 des Erlasses)

Für die Kompensationsermittlung ist von den Anlagemaßen auszugehen. Die für die Kompensationsmaßnahmen erforderliche Fläche „F“ entspricht der durch die Windenergieanlage aufgespannten Querschnittsfläche, also der „Nabenhöhe x Rotordurchmesser“ zuzüglich der Hälfte der von den Rotoren bestrichenen Kreisfläche. Die so ermittelte Fläche stellt annähernd den durch die Windenergieanlage beeinträchtigten Bereich (z.B. Lebensraumverlust und Zerschneidungswirkung) dar.

Die Kompensationsfläche ist anhand folgender Formel zu ermitteln:

$$F = 2r \times H_{\text{Nabe}} + \frac{1}{2} \times r^2$$

Mit dieser Formel ergibt sich folgender überschlägiger Kompensationsumfang, beispielhaft für einen WEA-Typ der 5 MW Klasse berechnet:

Anzahl	Rotorradius (m)	Nabenhöhe (m)	Ausgleichsfläche (m <sup>2</sup> ) je WEA	Ausgleichsbedarf (m <sup>2</sup> ) gesamt
4	74,50	105	24.362,91	97.451,65

Bei der Festlegung der Kompensation für Repoweringmaßnahmen sind die abzubauenen WEA gemäß den Vorgaben der Ziffer 1.1 des Erlasses analog zu berechnen und von der ermittelten Gesamtsumme für das neue Vorhaben abzuziehen.

Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zum derzeit geltenden B-Plan Nr. 70 sind je WEA 8.000 m<sup>2</sup> Ausgleichsfläche ermittelt und festgelegt worden.

WEA Typ	Anzahl	Rotorradius (m)	Nabenhöhe (m)	Ausgleichsfläche (m <sup>2</sup> ) je WEA	Ausgleichsbedarf (m <sup>2</sup> ) gesamt
AN Bonus	6	31,00	68	8.000	<b>48.000</b>

Im Rahmen der Neuplanung ist vorgesehen, die Ausgleichsflächen (A2) mit den Obstbaumreihen (vgl. Kap. 2.1) in einer Größe von rd. 2 ha zu erhalten und in die Planung zu integrieren. Für einzelne Teilabschnitte können sich geringfügige, erschließungsbedingte Verluste ergeben, die im weiteren Verfahren in die Bilanzierung einzustellen sind.

Die Ausgleichsfläche A1 mit dem Gehölz und den Ruderalfluren in einer Größe von rd. 2,8 ha kann voraussichtlich durch die Bauarbeiten zum Abbau der bestehenden Windenergieanlage und zur Errichtung der neuen Anlage WEA 4 nicht vollständig erhalten werden. Es ist vorgesehen, die Bauabwicklung weitgehend über die bereits bestehende Zuwegung vom Wirtschaftsweg südlich der Rethwettern aus vorzunehmen, so dass entlang des Wirtschaftsweges ein durchgehender Gehölzstreifen erhalten bleiben kann. Weiterhin soll ein Gehölzanteil an der südwestlichen und südlichen Seite des Flurstücks bestehen bleiben. Eine detaillierte Abgrenzung der zu sichernden Baum- / Gehölzflächen wird im weiteren Verfahren im Detail vorgenommen. Die offenen Ruderalfluren werden voraussichtlich baubedingt beansprucht, können sich aber nach Abschluss des Vorhabens relativ schnell wieder regenerieren.

Die zu erhaltenden Flächenanteile der Ausgleichflächen in einer Größe von im Bestand rd. 4,8 ha werden im weiteren Verfahren im Detail festgelegt und vom ermittelten Ausgleichsbedarf von rd. 9,75 ha für die Neuanlagen in Abzug gebracht.

#### Kompensation von erschließungsbedingten Beeinträchtigungen

Von der o.a. pauschalen Ermittlung der Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes bleibt die Kompensation für Beeinträchtigungen durch zusätzliche Erschließungsmaßnahmen, wie z.B. Wegebau und Gewässerquerungen unberührt. Hierfür sind Art und Umfang des Ausgleichs oder Ersatzes gesondert zu ermitteln.

Die Erschließung des Windparks erfolgt von Norden vom Kahlkes Weg über den bestehenden Wirtschaftsweg nach Süden zur WEA 1. Möglicherweise herzustellende temporäre Wegverbreiterungen für ein ausreichendes Befahrungsprofil durch den Schwerlastverkehr sollten möglichst auf der Nordostseite vorgenommen werden, um Eingriffe in die Obstbaumreihe auf der Südwestseite zu vermeiden bzw. zu minimieren.

Der Abbau der WEA 1 und die Errichtung der neuen WEA 1 bedingt voraussichtlich eine breitere Zuwegung durch die Obstbaumreihe, so dass Teile der Gehölze zu entfernen sind. Der neue Kranstellplatz befindet sich in unmittelbarer Randlage am bestehenden Wirtschaftsweg, so dass eine Teilfläche der Obstbaumreihe entfällt. Darüber hinaus wird eine temporäre Verrohrung des wegbegleitenden Grabens erforderlich.

Im Kreuzungsbereich mit dem Wirtschaftsweg am Standort der neuen WEA 2 bedingt der herzustellende Kurventrichter möglicherweise die Entnahme des hier befindlichen Feldgehölzes. Das neue Kranstellfeld führt darüber hinaus zu einem geringfügigen Verlust der Obstbaumreihe. Auch hier sind voraussichtlich temporäre Grabenverrohrungen herzustellen. Positiv zu bewerten ist, dass der zukünftige Standort der WEA 2 deutlich weiter entfernt vom Grünlandgraben ist, so dass sich zukünftig ein breiterer Uferrandstreifen entwickeln kann.

Beim Abbau der beiden bestehenden Standorte westlich der neuen WEA 2 können die vorhandenen Wege und befestigten Flächen genutzt werden. Eingriffe in Gehölze und Gräben sind durch den Rückbau der Anlagen an diesen Standorten nicht zu erwarten.

Die bestehende Zuwegung wird im Folgenden nach Süden im Bereich einer Ackerfläche temporär zum Standort der neuen WEA 3 verlängert. Die baubedingte Teilerschließung von Norden hat den Vorteil, dass die bestehende Streuobstwiese und der Graben am Alt- / Neustandort voraussichtlich vollständig erhalten bleiben können und eine Baustellenzufahrt von Süden über die Rethwettern mit temporären Störungen für die Tier- und Pflanzenwelt unterbunden wird.

Der Abbau und die Erschließung der neuen WEA 4 erfolgt vom vorhandenen Wirtschaftsweg. Teile des bestehenden Gehölz- und Ruderalbiotops werden wie o.a. nicht dauerhaft zu erhalten sein, da sie im zukünftigen Kranstellfeld bzw. innerhalb der Baugrenze liegen. Im Kreuzungsbereich mit dem nach Südosten abzweigenden Wirtschaftsweg wird ein temporär auszubauender Kurventrichter im Bereich der Ackerfläche erforderlich.

Insgesamt ergeben sich temporäre Biotopverluste von Ackerflächen und Grabenbiotopen für die Baufelderschließung und anlagenbedingte Biotopverluste von Ackerflächen, Gehölzen, Teilen der Obstbaumreihen und ggf. auch von Gräben für die Erschließung sowie innerhalb der an den geplanten vier Anlagenstandorten festgesetzten Baugrenzen für die zulässigen Nutzungen.

Die Eingriffs- / Ausgleichsermittlung wird im weiteren Verfahren im Detail vorgenommen.

erhebliche Auswirkungen

### Schutzgut Tiere

Zu den potenziellen Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Groß- und Greifvögel sind insbesondere ein Meideverhalten und ein Kollisionsrisiko anzuführen. Im ornithologischen Fachgutachten wird anhand der artspezifischen Empfindlichkeit für die vorkommenden Arten eine Auswirkungsprognose für die Planung vorgenommen, die nachfolgend zusammenfassend dargelegt wird (vgl. BIOCONSULT 2020):

Art	Empfindlichkeit bzgl. Barriere- / Scheuchwirkungen	Empfindlichkeit bzgl. Kollisionsrisiko	Auswirkungen der WEA-Planung
Weißstorch	gering	mittel	gering
Uhu	gering	mittel	gering
Rohrweihe	gering	gering	gering
Wanderfalke	gering	mittel	gering
Mäusebussard	gering	hoch	mittel
sonstige Brutvögel	gering	gering	gering bis mittel
Zugvögel	gering	gering	gering
Rastvögel	gering bis mittel (Scheuchwirkung - Habitatverlust), mittel (Barrierewirkung)	gering bis mittel	gering

Die artenschutzrechtliche Konfliktanalyse und Prüfung wird anhand des Artenschutzberichtes zusammenfassend wie folgt dargelegt (vgl. BIOCONSULT 2020):

#### **Schädigung / Tötung von Individuen gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG**

Für die Artengruppe der Brutvögel, hier Groß- und Greifvögel kann ein baubedingtes Risiko ausgeschlossen werden, das sich keine Neststandorte in unmittelbarer Nähe zu den geplanten Anlagen befinden.

Für die näher zu untersuchenden Arten Weißstorch, Uhu, Rohrweihe und Wanderfalke wird insgesamt kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko durch Kollisionen erwartet (vgl. BIOCONSULT 2020).

Für den Mäusebussard besteht eine potenziell mittlere Bedeutung der Bewertungsfläche als Nahrungsgebiet und als regelmäßig genutzter Flugkorridor sowie eine mittlere Einstufung der Auswirkungen. Es sind zwar Brutnester in unmittelbarer Nähe des Windparks vorhanden, aber ansonsten besteht keine besondere Eignung / Attraktivität des Vorhabengebietes für die Art. Das Gebiet wird nicht bevorzugt gegenüber der umgebenden Landschaft genutzt (vgl. BIOCONSULT 2020). Der Mäusebussard besetzt in unterschiedlichen Jahren unterschiedliche Nistplätze und wird weder in Schleswig-Holstein noch in der BRD (LAG VSW 2015) als windkraftsensibel eingestuft. Im vorliegenden Fall wird das Tötungsrisiko für den Mäusebussard als nicht signifikant erhöht eingestuft (vgl. BIOCONSULT 2020).

Aus der Gruppe der Brutvögel wird im Artenschutzbericht eine Einzelfallbetrachtung für die Arten Feldlerche, Kiebitz und Neuntöter durchgeführt. Die weiteren potenziell vorkommenden Brutvögel werden in den Gilden geprüft.

Feldlerchen zeigen ein relativ schwaches Meidungsverhalten gegenüber WEA und können in Abständen von 100 m im Nahbereich brüten. So kann es bei einem Baubeginn während der Brutzeit zu einer Betroffenheit von im Baufeld brütenden Feldlerchen kommen. Das Gleiche gilt auch für den Kiebitz sowie den Neuntöter. Tötungen von Jungvögeln bzw. die Zerstörung von Gelegen dieser Arten sowie der Arten aus der Gilde der Gehölzfreibrüter, Höhlenbrüter und Offenlandbrüter können wirksam durch eine entsprechende Bauzeitenregelung als artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahme ausgeschlossen werden. Aufgrund der geringen Wertigkeit der Bewertungsfläche um die geplanten vier WEA-Standorte wird durch das Vorhaben kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für Feldlerche, Kiebitz und Neuntöter ausgelöst. Bei den Gehölzfreibrütern und Höhlenbrütern ist nur von kleinräumigen Aktionsradien um Gehölzstrukturen auszugehen, so dass anlage- und betriebsbedingte Tötungen nicht über das allgemeine Lebensrisiko hinausgehen und keinen artenschutzrechtlichen Konflikt auslösen. Für die meisten Vogelarten der Gilde der Offenlandarten gilt, dass sie bzgl. des Kollisionsrisikos nicht bzw. nur gering betroffen sind (vgl. BIOCONSULT 2020).

Eine baubedingte Tötung von Fledermäusen kann hervorgerufen werden, wenn Bäume / Gehölze im Eingriffsbereich betroffen sind, die als (Sommer)quartier besetzt sind. Für die potenziell vorkommenden Arten Wasserfledermaus, Großer Abendsegler und Rauhauffledermaus sind daher entsprechende Vermeidungsmaßnahmen vorzusehen, die das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ausschließen.

Für einzelne Arten wie Großer Abendsegler, Zwergfledermaus, Rauhauffledermaus besteht insgesamt ein hohes Kollisionsrisiko, so dass Betriebsvorgaben einzuhalten sind.

#### **Erhebliche Störungen gem. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG**

Für Weißstorch, Uhu, Rohrweihe und Mäusebussard aus der Gruppe der Groß- und Greifvögel können baubedingte Störungen zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustands der

lokalen Populationen führen, da durch die vergleichsweise geringe Beeinträchtigungsintensität und den auf kleine Störzonen beschränkten Umfang des Vorhabens keine populationsbezogenen Auswirkungen hervorgerufen werden können (vgl. BIOCONSULT 2020). Rohrweihen sind darüber hinaus gegenüber WEA im Betrieb sehr störungsresistent; jagende Vögel nutzen regelmäßig auch die Nahbereiche von WEA. Das Vorhabengebiet gehört nicht zum Brut- oder Nahrungshabitat des Wanderfalken. Durch die Bauarbeiten ausgelöste baubedingte und betriebsbedingte Störungen liegen daher für diese Art nicht vor.

Die durch die Bauarbeiten ausgelösten Störungen können höchstens zu kleinräumigen Vergrämungen einzelner Brutpaare von Feldlerche, Kiebitz und Neuntöter führen, wobei derartige Verlagerungen naturgemäß in aufeinander folgenden Brutperioden (jährlich neu ausgewählte Neststandorte) regelmäßig stattfinden. In der Folge sind keine populationsbezogenen Auswirkungen zu erwarten, da die Beeinträchtigungsintensität vergleichsweise gering und auf kleine Störzonen zeitlich beschränkt ist. Für Feldlerche, Kiebitz und Neuntöter sind strukturell adäquate Ausweichhabitate in ausreichender Größe und unmittelbarer räumlicher Umgebung vorhanden. Dies trifft in gleicher Weise auf die potenziell vorkommenden Arten aus der Gilde der Gehölzfreibrüter, Höhlenbrüter und Offenlandbrüter zu (vgl. BIOCONSULT 2020).

Für die potenziell vorkommenden Arten Wasserfledermaus, Breitflügelfledermaus, Großer Abendsegler und Zwergfledermaus sind bau- und anlagebedingte Störungen ohne wesentlichen Einfluss. Das Untersuchungsgebiet stellt nur einen kleinen Ausschnitt des gesamten Habitats bzw. Aktionsraums der Fledermäuse dar. Auf baubedingte Auswirkungen können Fledermäuse durch kleinräumiges Ausweichen reagieren. Darüber hinaus finden die Bauarbeiten größtenteils außerhalb der Aktivitätszeiten der überwiegend nachtaktiven Fledermäuse statt. Auf der Baufläche oder seiner Umgebung befinden sich keine potenziellen Fortpflanzungsstätten, die im Falle der Umsetzung des Vorhabens durch Bauarbeiten erheblich beeinträchtigt werden könnten. Somit sind für Fledermäuse keine erheblichen Störungen mit negativen Auswirkungen auf den Erhaltungszustand der lokalen Populationen zu erwarten (vgl. BIOCONSULT 2020).

### **Schädigung / Vernichtung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten gem. § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG**

Durch die Umsetzung des Repowering-Vorhabens werden keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten der Arten Weißstorch, Uhu, Rohrweihe und Wanderfalke beschädigt oder vernichtet (vgl. BIOCONSULT 2020).

Die Feldlerche gilt bezüglich Scheuchwirkungen von WEA bzw. Meidungsverhalten als nicht empfindlich. Für den Kiebitz sind aufgrund vorliegender Ergebnisse aus Windparkgebieten Meidereaktionen in der Verteilung von Brutrevieren im Nahbereich von WEA möglich. In der Regel ist von einer kleinräumigen Meidung bzw. Verdrängung bei der Brutplatzwahl und somit von einem Verlust von potenziellem Bruthabitat im Nahbereich (100 m-Radius) von WEA für den Kiebitz auszugehen. Neuntöter siedeln sich bei entsprechendem Habitatangebot in unmittelbarer Entfernung zu WEA an und weisen somit kein ausgeprägtes Meidungsverhalten gegenüber WEA auf. Da Feldlerche, Kiebitz und Neuntöter allerdings keine enge Nistplatzbindung haben, sondern jährlich neue Nistplätze wählen, stehen im räumlichen Zusammenhang grundsätzlich ausreichend Ersatzhabitate außerhalb des Areals der geplanten WEA-Standorte zur Verfügung. Der Verbotstatbestand der Vernichtung und Schädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten tritt für die Offenlandarten Feldlerche und Kiebitz sowie den Neuntöter somit nicht ein (vgl. BIOCONSULT 2020).

Für Arten aus der Gilde der Gehölzfrei- und Höhlenbrüter ist davon auszugehen, dass im räumlichen Zusammenhang grundsätzlich ausreichend Ersatzhabitate zur Verfügung stehen.

Die an Gehölzstrukturen gebundenen Strauchbrüter gelten als störungsunempfindlich und haben nur kleine Aktionsradien. Für die Offenlandarten sind aufgrund vorliegender Ergebnisse aus Windparkgebieten Meidereaktionen in der Verteilung von Brutrevieren im Nahbereich von WEA möglich. Da die meisten Offenlandarten allerdings keine enge Nistplatzbindung aufweisen, sondern jährlich neue Nistplätze wählen, bestehen auch hier im räumlichen Zusammenhang ausreichend Ersatzhabitate. Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG tritt für die Gilde der Gehölzfreibrüter und Höhlenbrüter sowie für die Offenlandarten nicht ein (vgl. BIOCONSULT 2020).

Die potenziell vorkommenden Fledermausarten nutzen Baumhöhlen bzw. -spalten als Sommer- oder auch als Winterquartier. Bei Gehölzentnahmen kann es somit zu einer Zerstörung von Tagesverstecken (Gehölzdurchmesser 30 cm; Ruhestätten), Winterquartieren (Gehölzdurchmesser 50 cm; Ruhestätten) sowie von Wochenstuben und Elementen von Balzhabitaten (Fortpflanzungsstätten) kommen. Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG wird nicht hervorgerufen, da die verbleibenden Gehölze in ausreichendem Umfang Ersatzhabitate bieten (vgl. BIOCONSULT 2020).

### **MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, VERRINGERUNG UND ZUM AUSGLEICH / ERSATZ**

Die für die Schutzgüter Boden und Wasser getroffenen Festsetzungen zur Begrenzung der Bodenversiegelung, zur Bodenandeckung der Fundamente und zur Verwendung wasser-durchlässiger Wegebaumaterialien tragen auch zum Erhalt von Lebensräumen für die Pflanzen- und Tierwelt bei (vgl. Kap. 5.2, 5.4).

Zur Vermeidung von Eingriffen durch landwirtschaftlichen Betrieben dienenden Vorhaben im Sinne des § 35 Abs. 1 Br. 1 BauGB, die im festgesetzten Sondergebiet zulässig sind, trifft der Bebauungsplan in Teil B Text folgende Festsetzung:

Nr. 1.9 Für zulässige Vorhaben, die landwirtschaftlichen Betrieben dienen, sind mindestens im Verhältnis 1 zu 1 (Eingriff zu Ausgleich) Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung herauszunehmen und zu einem naturbetonten Biototyp zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten. Es sind ausschließlich heimische, standortgerechte Pflanzenarten zu verwenden.

Mit dieser Festsetzung wird im Vorgriff auf zulässige Eingriffe bereits vorsorgend eine zu leistende Kompensationsverpflichtung aufgenommen, so dass mögliche Biotopverluste im gleichen Flächenumfang durch naturbetonte Biotopneunlagen ausgeglichen werden.

Auf Grundlage der artenschutzrechtlichen Konfliktanalyse ergeben sich die folgenden artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen (vgl. BIOCONSULT 2020):

– **Bauzeitenregelung für Baufeldräumung / Gehölzentfernung**

Die Räumung des Baufeldes von vorhandenen Gehölzbeständen muss gemäß § 39 Nr. 2 BNatSchG außerhalb der Vegetationsperiode zwischen Anfang Oktober bis Ende Februar stattfinden.

Für die betroffenen Arten und ökologischen Gilden der Brutvögel gelten nachfolgende Bauzeitausschlussfristen:

- Bodenbrüter / Offenlandbrüter (auch Feldlerche und Kiebitz): 01.03. bis 15.08.
- Gehölz(frei)brüter (auch Neuntöter): 01.03. bis 30.09.

In Bezug auf Fledermäuse ist der Zeitraum von Dezember bis Januar für eine Gehölzfällung am besten geeignet, da die Wahrscheinlichkeit des Antreffens von Fledermäusen dann am geringsten ist.

Kann die Bauzeitenregelung nicht eingehalten werden, ist alternativ auch eine Ausführung außerhalb der Ausschlusszeiten unter Berücksichtigung / Einhaltung von Artenschutzmaßnahmen möglich, die im Detail mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Pinneberg abzustimmen und festzulegen sind.

– Ökologische Baubegleitung bei Gehölzentfernung

Bei einer Entfernung von Gehölzen mit einem Durchmesser 50 cm sind vorhandene Baumhöhlen im Zeitraum von Anfang September bis Ende Oktober nach vorheriger Kontrolle zu verschließen, um eine Weiternutzung dieser als Winterquartier zu verhindern

– Betriebsvorgaben / Abschaltregelungen

Zur Vermeidung von Kollisionen von Fledermäusen während der Zeiträume der Lokalpopulation und der Migration sind Betriebsbeschränkungen nach den fachlichen Vorgaben (MELUND & LLUR 2017) bei folgenden für Fledermäuse besonders günstigen Witterungsbedingungen einzuhalten:

- Zeitraum 1 h vor Sonnenuntergang bis 1 nach Sonnenaufgang
- Temperatur > 10° C
- Wind < 6 m/sec
- Niederschlagsfreiheit < 0,5 mm/ h (nur bei Einsatz eines Niederschlagssensors)

Hinweis: Zur Festlegung eines Abschaltalgorithmus ist in 2021 ein Höhenmonitoring an einer Bestands-WEA geplant.

Für den Ausgleich der vorhabensbedingten Eingriffe sind seitens des Vorhabenträgers zwei Bereiche im räumlichen Umfeld vorgesehen.

Eine Fläche liegt im Nordosten in rd. 1,5 km zur geplanten WEA 2 und WEA 4 im Marschgrünland, westlich einer Rückhaltefläche des Wasserwerks am Quellenweg. In der Nähe befinden sich größere zusammenhängende Gehölz- und Waldflächen, so dass eine gute Eignung für eine ökologische Aufwertung bzw. Entwicklung eines Biotopkomplexes besteht.

Die Fläche hat eine Größe von rd. 1,44 ha und wurde vor Ort im Rahmen der Kartierungen begutachtet. Sie wird zurzeit als Intensivgrünland genutzt.

Entwicklungsziel ist ein Gehölzbiotop in Kombination mit offenen Bereichen für Ruderalbiotope, so dass die Fläche insbesondere der Kompensation der Gehölzverluste dienen soll.

Der zweite Bereich umfasst Flächen in rd. 2,4 km Entfernung im Südosten zur geplanten WEA 4. Die Flächen befinden sich südlich der Deichstraße und zählen zum Landschaftsraum der sogenannten Klosterwiesen, einem zusammenhängenden Marschgebiet mit einem ausgeprägten Grabensystem.

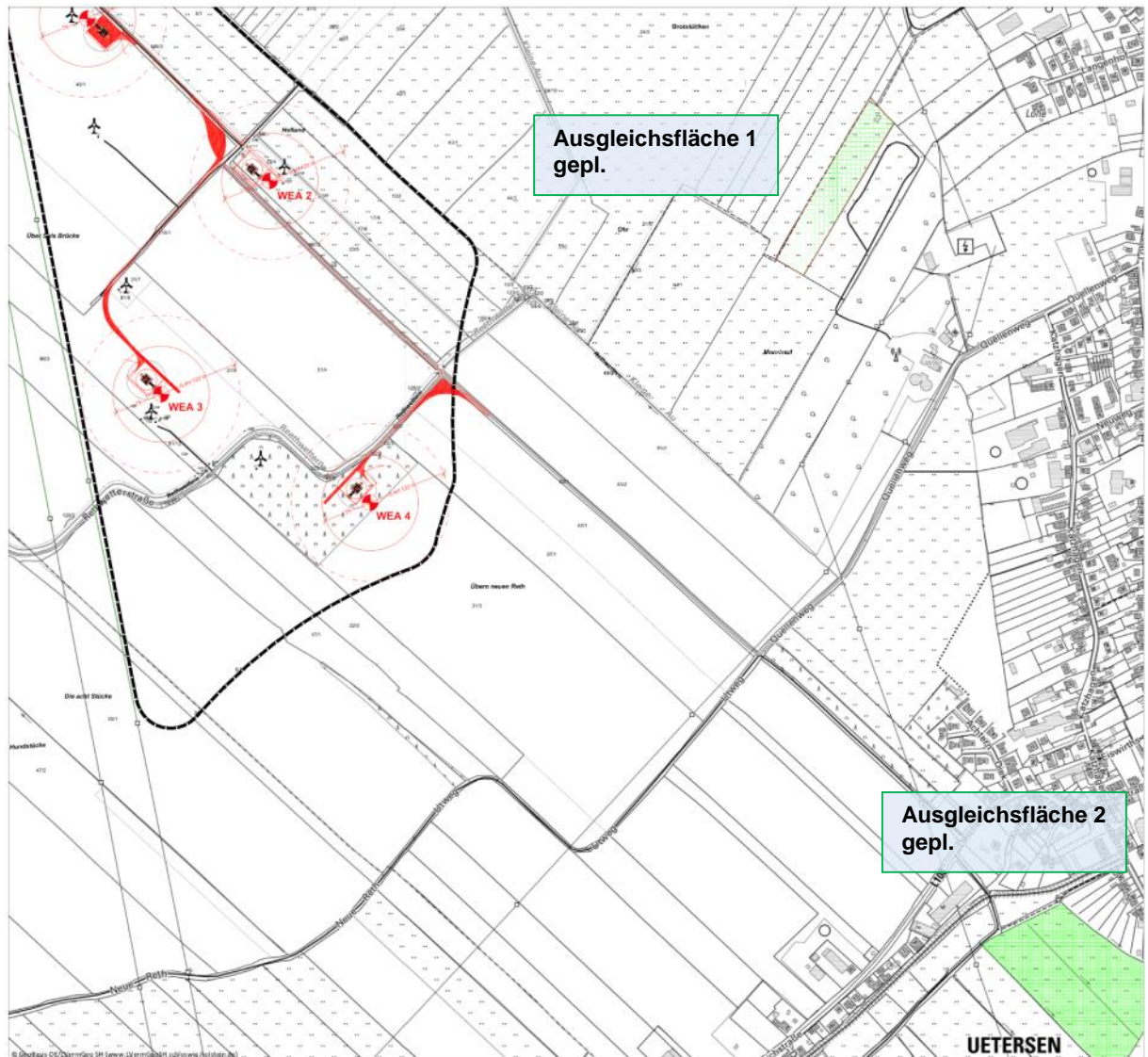
Der Landschaftsplan der Stadt Uetersen (1999) hat hier eine vorrangige Fläche für den Naturschutz mit der Funktion Biotopverbundfläche ausgewiesen.

Es handelt sich um die Flurstücke 9-14/19 mit einer Größe von 3,73 ha.

Die Flächen wurden vor Ort im Rahmen der Kartierungen begutachtet. Sie werden zurzeit als Intensivgrünland genutzt und haben ein gutes Entwicklungspotenzial für ein Extensivgrünland bei entsprechender Pflege unter Einhaltung von Bewirtschaftungsvorgaben. Darüber hinaus sind ergänzende strukturverbessernde Maßnahmen wie die punktuelle Anlage von

Gehölzen, die Wiederherstellung des Beetgrabensystems und / oder die Entwicklung von Uferrandstreifen möglich. Durch eine Extensivierung der Bodennutzung können die Flächen als Ausgleich für Eingriffe in das Schutzgut Boden sowie weiterhin für Biotopverluste aber auch zur Auswertung des Landschaftsbildes herangezogen werden.

Im Rahmen der weiteren Planung soll geprüft werden, ob angrenzende Flurstücke mit in die Ausgleichsplanung einbezogen werden können, um insgesamt in den Klosterwiesen einen größeren, zusammenhängende Extensivgrünlandraum zu entwickeln.



**Abbildung 15** Ausgleichsflächen (Quelle: PLANUNGSBÜRO DR. AUGUSTIN 2020)

#### HINWEISE UND UNTERSUCHUNGSBEDARFE

detaillierte Ermittlung der Flächenanteile von zu übernehmenden Ausgleichsflächen

detaillierte Ermittlung der Eingriffe durch die Erschließungsplanung

Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung und Ermittlung des Kompensationsbedarfs



Festlegung von Vermeidungs-, Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen

ggf. ergänzende Ausnahme von Zuordnungsfestsetzungen bzw. Sicherung der Ausgleichs- und Ersatzflächen durch entsprechende städtebauliche Verträge

## 5.8 Schutzgut Landschaftsbild

### ANGABEN ZUM BESTAND

Das Plangebiet stellt einen typischen Ausschnitt aus der landwirtschaftlich genutzten Kulturlandschaft der Marsch dar. Mit dem Grabensystem, einzelnen Strukturelementen und der Einbindung in die Elbmarsch besteht insgesamt eine hohe Eigenart und Schönheit, verbunden mit einer mittleren Vielfalt.

Der bestehende Windpark mit sechs Anlagen und die Hochspannungsleitungen stellen eine deutliche Vorbelastung dar.

### VORAUSSICHTLICHE UMWELTAUSWIRKUNGEN UND ERHEBLICHKEITSEINSCHÄTZUNG

Während der Bauzeit ergeben sich temporäre Beeinträchtigungen der visuellen Landschaftsqualitäten. Die Bautätigkeiten finden in einem beschränkten Zeitraum statt, so dass keine nachteiligen Auswirkungen bestehen.

Die WEA entfalten dauerhaft anlagenbedingte optische Wirkungen im Nah- und Fernbereich, die zu Störungen des Gesamtbildes der Landschaft und des Landschaftserlebens führen. In der unmittelbaren Umgebung der Windenergieanlagen (200 m bis 500 m-Radius) wird eine übermäßig starke Beeinträchtigung des Landschaftsbildes hervorgerufen, während die Fläche in der weiteren Umgebung visuell schwächer belastet wird. Im Nahbereich bis zu 500 m ist die Wirkung am stärksten, da die Anlagen im horizontalen Sichtfeld dominieren und die direkte Aufmerksamkeit des Betrachters binden. Ab einem Abstand von 500 m beginnt die atmosphärische Auflösung der Windenergieanlagen gegen den Himmel, die mit zunehmender Entfernung zu den Anlagen immer weiter zunimmt. Gleichzeitig füllen hohe Anlagen auch das vertikale Sichtfeld vollständig aus, während die Proportionen der Anlagen im horizontalen Sichtfeld zurücktreten. Bis zu einer Entfernung von rund 1,5 km kann die Wirkung von WEA aufgrund des relativ hohen Anteils am vertikalen Blickfeld als dominant beschrieben werden. Mit zunehmender Entfernung im Fernbereich verliert sich die Sichtfelddominanz zunehmend. In einem Entfernungsbereich von etwa 1,5 km bis 5 km wird die Wirkung als subdominant eingestuft. Entsprechend nimmt die Sichtverstellung durch vertikale Landschaftsinhalte wie Gehölze, Baumreihen und Hecken, Gebäude und Siedlungen zu. Auch die Sichtweite, Beleuchtung und Himmelsfarbe schränken die Sichtbarkeit ein. In einer Entfernung von mehr als 10 km wirken Windenergieanlagen in der Regel nicht mehr landschaftsprägend. Der vom Eingriff einer Windenergieanlage betroffene Raum geht somit deutlich über die beanspruchte Grundfläche hinaus. Je nach Wetterlage und Topografie kann man eine Windenergieanlage bei ungehinderter Sichtbeziehung bis zu einer Entfernung von 15 bis 25 km wahrnehmen.

Die Beeinträchtigungen sind umso schwerer, je höher die Bedeutung des betroffenen Landschaftsbildes ist, je mehr Anlagen errichtet werden und je höher diese sind. Mit zunehmender Entfernung nimmt die Wirkungsintensität von Windenergieanlagen exponentiell ab. Das bedeutet, dass wenig Fläche in der unmittelbaren Umgebung des Eingriffsobjektes übermäßig stark beeinträchtigt wird, während viel Fläche in der weiteren Umgebung visuell schwächer

belastet wird. Als erheblich beeinträchtigt ist mindestens der Umkreis der 15-fachen Anlagenhöhe anzusehen.

Mit dem Repowering-Vorhaben wird die Anzahl der Anlagen im bestehenden Windpark von insgesamt sechs auf vier reduziert. Damit wird zunächst eine Minderung des Eingriffs erzielt, da der technische Überformungsgrad durch eine reduzierte Anlagenzahl zurückgenommen wird und ein deutlich beruhigteres Erscheinungsbild hervorgerufen wird. Auf der anderen Seite sind im Vergleich zum Bestand größere Bauhöhen bis zu einer Gesamthöhe von bis zu 180 m im Vergleich zur Bestandshöhe von 100 m möglich. Die Neuanlagen werden somit in einem stärkeren Umfang als bisher als dominante Bauwerke in Erscheinung treten, wobei die Beeinträchtigungsintensität und -reichweite der Auswirkungen auf das Landschaftsbild durch die höheren Anlagen vergrößert wird. Auch die betriebsbedingte Auswirkung durch die sich drehenden Rotoren ist in der Nah- und Fernwirkung verstärkt. Zusätzlich führt die erforderliche Kennzeichnung gemäß der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen“ bei WEA über 100 m Höhe zu starken visuellen Beeinträchtigungen für den Betrachter und zu Lichtimmissionen, insbesondere im Nachtzeitraum. Der Betreiber plant daher als wesentliche Minderungsmaßnahme den Einsatz einer bedarfsgerechten Nacht Kennzeichnung (BNK), so dass die Befeuerung in der Nacht nur aktiv ist, wenn sich ein Flugzeug dem Windpark nähert (vgl. auch Schutzgut Mensch Kap. 5.1).

Auf der anderen Seite übernehmen die bestehenden Gehölzstrukturen, die als Ausgleich für den bestehenden Windpark angelegt worden sind, zwischenzeitlich eine Strukturierung und Gliederung der Landschaft und wirken in gewisser eingriffsmindernd durch die positiven optischen Effekte für den Betrachter und ihre Wirkung auf den Ausstattungsgrad der Landschaft mit sichtverstellenden und sichteinbindenden Elementen. Der geplante Erhalt und die Einbindung in die Neuplanung des Windparks ist somit auch für das Schutzgut Landschaftsbild von Bedeutung.

Insgesamt findet aufgrund der Vorbelastung keine vollständige Neubelastung bzw. technische Überformung der Landschaft statt. Dennoch ist die Marschlandschaft visuell empfindlich, so dass das Landschaftsbild weitergehend beeinträchtigt wird.

erhebliche Auswirkungen

#### Kompensation von Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes (Ziffer 1.2 des Erlasses)

Erfolgt die Festsetzung der Kompensation für eine Windenergieanlage im Rahmen eines Bebauungsplanes, wird die Kompensation für das Landschaftsbild gemäß §§ 1 a Abs. 3; 200 a BauGB als Fläche oder Maßnahme erbracht. Eine Ersatzzahlung scheidet aus.

Der Kompensationsumfang sollte wie folgt ermittelt werden:

Kompensationsumfang (m<sup>2</sup>) = Grundwert x Landschaftsbildwert (= Faktor)

Der Grundwert stellt die Kompensationsfläche für eine Anlage dar, die nach Ziffer 1.1. ermittelt wird und beispielhaft für einen WEA-Typ der 5 MW Klasse rd. 24.363 m<sup>2</sup> beträgt (vgl. Kap. 5.7).

Der Landschaftsbildwert gemäß Ziffer 1.3 des Erlasses ist ein Faktor für den Stellenwert des betroffenen Landschaftsbildes und wird in einem Untersuchungsgebiet ermittelt, das sich aus dem Radius der 15-fachen Anlagenhöhe ergibt. Bei einer Windfarm sind die äußeren Anlagen für die Ermittlung des zu bewertenden Raumes zugrunde zu legen. In diesem Raum ist der Gesamteindruck des Landschaftsbildes zu erfassen und wie folgt zu bewerten:

Bedeutung für das Landschaftsbild	Beschreibung
hoch	Bereiche, die weitgehend der naturraumtypischen Eigenart entsprechen und frei sind von störenden Objekten.
mittel	Bereiche, in denen die naturraumtypische Eigenart zwar vermindert oder überformt, im Wesentlichen aber noch erkennbar ist.
gering	Bereiche, deren naturraumtypische Eigenart weitgehend überformt oder zerstört worden ist.

In dem zu betrachtenden Raum sind die aufgrund von Relief, Wäldern und Bebauung existierenden sichtverschattenden Bereiche, die den freien Blick auf die Anlage verstellen, bei der Festlegung des Landschaftsbildwertes entsprechend dem Grad der Sichtverschattung zu berücksichtigen.

Die Bewertung des Landschaftsbildes geht in die Berechnung der Kompensation (siehe Ziffer 1.2) mit folgendem Faktor als sogenannter Landschaftsbildwert ein:

Landschaftsbildbewertung	Faktor
hohe Bedeutung	3,1
mittlere bis hohe Bedeutung	2,7
mittlere Bedeutung	2,2
geringe bis mittlere Bedeutung	1,8
geringe Bedeutung	1,4

Weiterhin kann der geplante Einsatz einer bedarfsgesteuerten Hinderniskennzeichnung in Form eines prozentualen Abschlags vom Grundwert in Anrechnung gebracht werden.

Im weiteren Verfahren wird eine Landschaftsbildanalyse und Bewertung im Umkreis der 15-fachen Anlagenhöhe vorgenommen und eine entsprechende Ermittlung des Kompensationsumfangs durchgeführt. Auch hier kann die Entlastung des Landschaftsbildes durch den Abbau der bestehenden Anlagen wiederum entsprechend gegengerechnet werden.

Die für eine auch vom Vorhabenträger angestrebte Realkompensation erforderlichen Ausgleichsflächen werden zurzeit geprüft und im weiteren Verfahren benannt. Schwerpunktmäßig sollen hierzu auch die bereits genannten Ausgleichsflächen im Umfeld, auch im Sinne von multifunktionalen Kompensationsleistungen angesetzt werden.

#### **MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, VERRINGERUNG UND ZUM AUSGLEICH / ERSATZ**

Zur Vermeidung von Eingriffen trifft der Bebauungsplan in Teil B Text folgende Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung:

Nr. 1.4 Die zulässige Gesamthöhe der Windenergieanlagen (Nabenhöhe + Rotorradius) beträgt maximal 180 m. Bezugspunkte sind jeweils die natürliche Geländeoberfläche am Mastfuß sowie der höchste Punkt, der vom Rotor überstrichen wird.

Nr. 1.5 Für Vorhaben, die einem landwirtschaftlichen Betrieb dienen, beträgt die maximale Bauhöhe 10 m über der natürlichen Geländeoberfläche.

Nr.1.6 Transformatorenstationen dürfen eine Höhe von 3,0 m über Geländeoberfläche nicht überschreiten.

Mit der festgesetzten Höhenbegrenzung für die Windenergieanlagen auf eine Gesamthöhe von 180 m wird eine effektive Nutzung der Windkraft gewährleistet, gleichzeitig aber die optischen Auswirkungen auf das Landschaftsbild und die Siedlungsbereiche, auch in Bezug auf das Schutzgut Mensch gemindert.

Die Festsetzungen zur Bauhöhe landwirtschaftlicher Vorhaben und der Transformatorenstationen stellen sicher, dass keine zusätzlichen Bauwerke mit einer größeren Dimensionierung das Landschaftsbild stören.

Zur Vermeidung von Eingriffen trifft der Bebauungsplan in Teil B Text folgende örtliche Bauvorschriften zur Gestaltung nach § 84 Landesbauordnung:

Nr. 2.1 Windenergieanlagen sind nur mit einem geschlossenen Mast, einem Rotor und drei Rotorblättern zulässig.

Nr. 2.2 Die Windenergieanlagen sind -mit Ausnahme der vorgeschriebenen Kennzeichnungen als Luftfahrthindernisse- in hellgrau mit matt bis mittelstark reflektierenden Glanzgraden zu gestalten. Davon ausgenommen ist die Beschriftung an der Gondel (Anlagenhersteller mit Firmenlogo, Betreibername mit Logo und Anlagentyp). Die Aufschriften dürfen keine reflektierende und fluoreszierende Wirkung haben oder beleuchtet werden. Darüber hinaus gehende Werbung oder Fremdwerbung ist unzulässig.

Nr. 2.4 Eine aktive (Eigenbeleuchtung) und passive Beleuchtung (Anstrahlen) der Windenergieanlagen und ihrer baulichen Nebenanlagen ist unzulässig. Eine Tages- und Nachtkennzeichnung der Anlagen als Luftfahrthindernis ist zulässig. Die Schaltzeiten und Blinkfolgen sind für alle Windenergieanlagen einheitlich zu gestalten. Die Anlagen sind mit einer bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung zu versehen.

2.5 Die Windenergieanlagen sind mit Sichtmessgeräten auszustatten, welche die für die notwendige Kennzeichnung erforderlichen Lichtstärken nach tatsächlichem Bedarf regeln.

Die festgelegten örtlichen Bauvorschriften tragen wesentlich zu einem einheitlichen Erscheinungsbild der Anlagen bei. Darüber hinaus werden alle gestalterischen Möglichkeiten zur Minimierung der Landschaftsbildwirkung der Anlagen ausgeschöpft und damit ein weitreichender Schutz des Landschaftsbildes und eine optische Einordnung in den Naturraum erzielt.

Mit der bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung (BNK) und der technischen Ausstattung mit Sichtmessgeräten werden die Auswirkungen durch Licht bzw. die negativen Folgen einer Lichtverschmutzung, insbesondere zu den Nachtstunden deutlich gemindert. Mit den genannten Bauvorschriften wird somit ein dauerhaftes, nächtliches Blinken verhindert bzw. stark eingedämmt.

## **HINWEISE UND UNTERSUCHUNGSBEDARFE**

Landschaftsbildanalyse und Bewertung im erweiterten Untersuchungsgebiet und Ermittlung des Kompensationsbedarfs

Festlegung von Ausgleichs- und Ersatzflächen für eine Realkompensation

## 5.9 Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

### ANGABEN ZUM BESTAND

Vorkommen von Bau- und Kulturdenkmalen, Bodendenkmalen und archäologischen Denkmälern bzw. Schutzgebiete sind nicht bekannt.

Die landwirtschaftlichen Nutzflächen stellen eine Produktionsfläche für den Anbau von Feldfrüchten dar.

Der bestehende Windpark mit den 6 Anlagen ist eine Infrastrukturanlage bzw. Versorgungsfläche zur Gewinnung regenerativer Energie.

Westlich des Plangebietes verlaufen die Hochspannungsfreileitung der TenneT TSO GmbH und eine 110-kV-Bahnstromleitung der Deutschen Bahn AG. Die Bahnstromleitung Nr. 0577 Nenndorf - Neumünster ist als Eisenbahn-Betriebsanlage öffentlich-rechtlich durch Planfeststellung und privatrechtlich durch beschränkt persönliche Dienstbarkeiten gesichert.

### VORAUSSICHTLICHE UMWELTAUSWIRKUNGEN UND ERHEBLICHKEITSEINSCHÄTZUNG

In Bezug auf potenzielle Auswirkungen auf Bodendenkmale und / oder archäologische Fundstätten wird auf § 15 DSchG verwiesen: Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern.

Die geringfügigen Verluste von landwirtschaftlicher Produktionsfläche werden voraussichtlich durch die Rekultivierung der Flächen an den sechs abzubauenen Standorten und die Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Nutzung kompensiert.

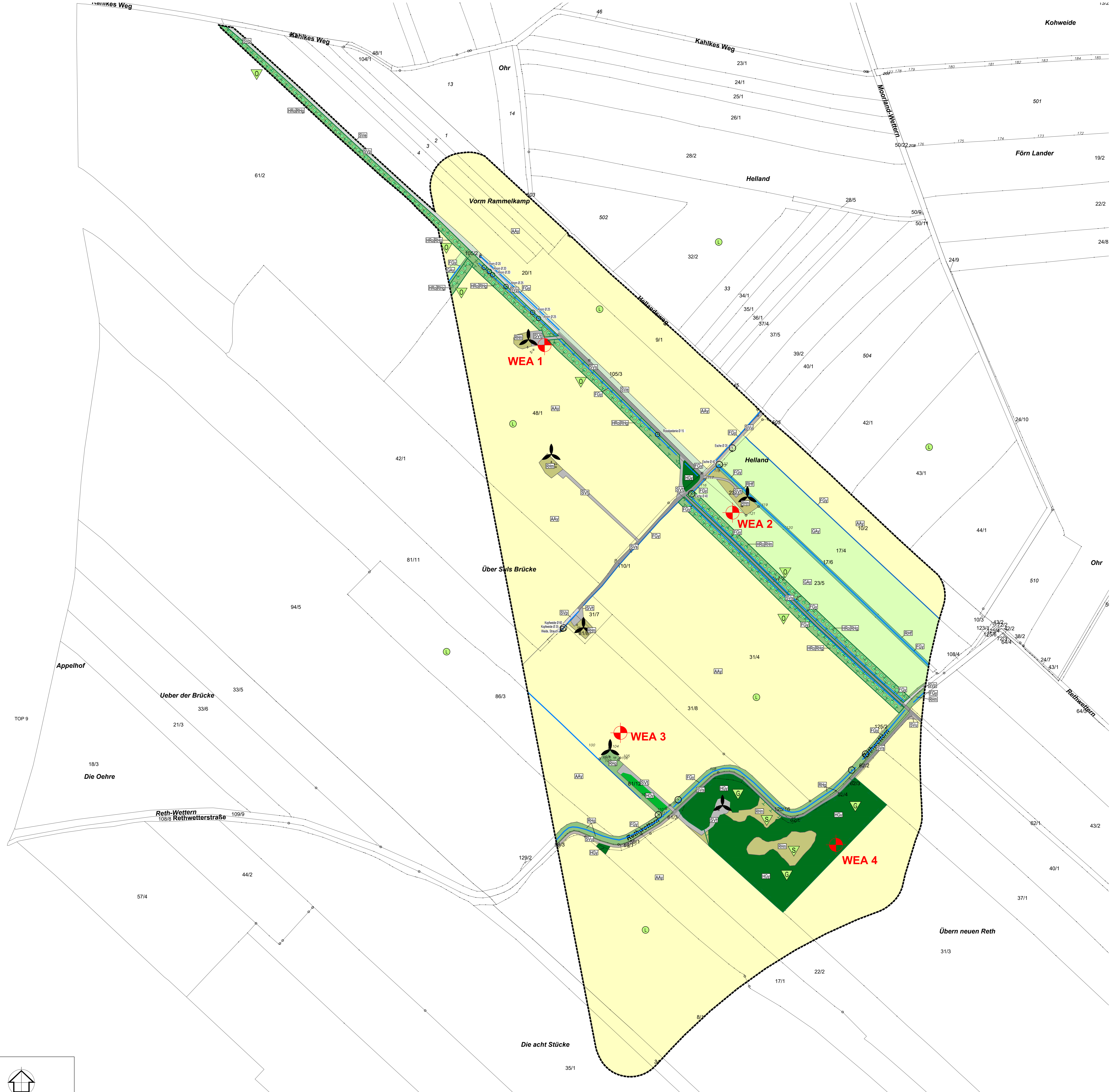
Der bestehende Windpark wird durch das Repowering in seiner Leistungsfähigkeit gestärkt.

Zu den Leitungstrassen werden ausreichende Abstände eingehalten.

keine erheblichen Auswirkungen

Aufgestellt: 05. November 2020

LANDSCHAFT & PLAN  
Margarita Borgmann-Voss  
Dipl.-Ing. Landschaftsarchitektin BDLA  
-ehem. Rüppel & Partner-  
Julienstraße 8a · 22761 Hamburg  
T 040-890 4584 F 040-893 368  
Email m.borgmann-voss@landschaftundplan.de  
www.landschaftundplan.de



- Bestand**
- Gehölze außerhalb von Wäldern**
- Baum, lokal verortet
  - Obstbaumreihe (schematische Darstellung)
  - Sonstige Streuobstweise
  - Sonstiges Feldgehölz
- Binnengewässer**
- Sonstiger Graben
- Grünland**
- Artenarmes Wirtschaftsgrünland
- Acker- und Gartenbauflächen, Baumschulen und Weihnachtsbaumpflanzungen**
- Intensivacker
- Ruderalfluren**
- Ruderale Staudenflur frischer Standorte
  - Ruderale Grasflur
  - Feuchte Hochstaudenflur
- Siedlungsbiotope**
- Straßenverkehrsfläche / versiegelte Flächen
  - Teilversiegelte Flächen
  - Spurplattenweg
  - Unversiegelter Weg mit und ohne Vegetation, Trittrassen, Schotterrasen
  - Bankette, extensiv gepflegt
- Schutzgebiete und -objekte**
- Landschaftsschutzgebiet
  - Festgesetzte Ausgleichsflächen B-Plan Nr. 70 "Windpark Uetersen"
  - Entwicklungsziel:
    - Gehölzpflanzung
    - Sukzession
    - Obstbaumreihe mit extensiver Mähwiesennutzung (10 m Streifen)
- Sonstige Darstellungen**
- Windenergieanlage
  - Windenergieanlage geplant, mit Nr.
  - Grenze Geltungsbereich B-Plan

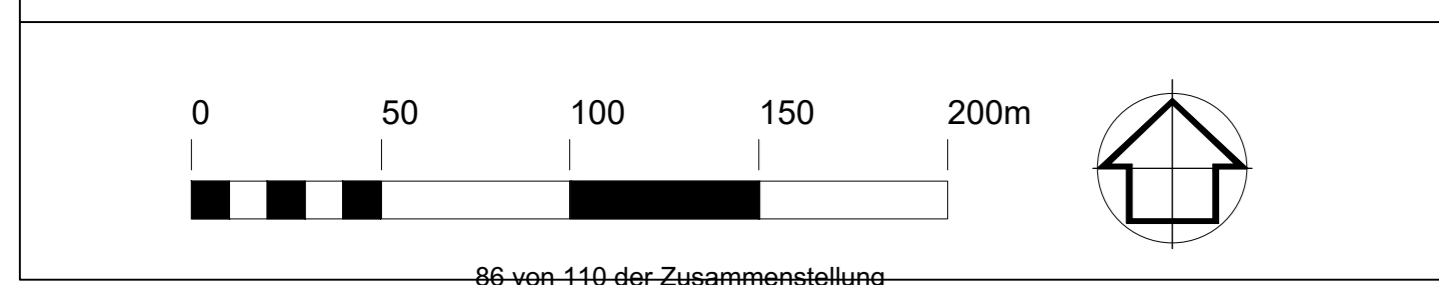
**Windenergieprojekt  
Repowering Uetersen  
Landschaftspflegerischer Begleitplan**

Auftraggeber: **Dr. Augustin  
Planungsbüro für Umwelttechnik**  
Straßenbahnring 13  
20251 Hamburg

Plan Nr. 1.0: Biotopbestand

Maßstab: 1:2.000    Erfassung: 15.06.20    Stand: 08.10.20    Bearb. / Gez.: MB,DT/DT

Planverfasser:  
**LANDSCHAFT & PLAN**  
Margarita Borgmann-Voss  
Dipl.-Ing. Landschaftsarchitektin BDLA  
ehem. Rippeel & Partner  
Julienstr. 8a    22761 Hamburg  
Tel. 040-890 45 84    Fax 040-89 33 68  
E-Mail: m.borgmann-voss@landschaftundplan.de  
www.landschaftundplan.de



## TOP 12

**54. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Uetersen für das Gebiet: „Nördlich der Reth-Wetter zwischen Neuendeich-Rosengarten/östlich der Gemeindegrenze Neuendeich und westlich der Gemeindegrenze Groß Nordende“**

**hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur frühzeitigen Beteiligung Vorlagen-Nr. 2020/0405**

Frau Hochsprung verlässt den Ratssaal und wird nicht vertreten.

Herr Köpcke erkundigt sich über die Höhe der Windkraftanlagen. Herr Kruse erklärt, dass die Windkraftanlagen eine Höhe von 180 m aufweisen und das landwirtschaftliche Gebäude eine Höhe von 10 m erreichen dürfen.

Des Weiteren thematisiert er das Fundament bzgl. des Wasserablaufes. Der Wasserablauf wird keine negative Auswirkung auf die Windkraftanlagen haben, da die Restfundamente 1 m unterhalb des Bodens liegen und das Wasser somit schadlos zur Seite abfließen kann, so Herr Kruse.

Auch kommt die geringfügige Planungsüberschreitung der Stadt Uetersen zum Tragen, woraufhin Herr Kruse erläutert, dass ca. 10 m in die Gemeinde Neuendeich ragt und dort die Stadt Uetersen nicht planen darf. Es besteht keine Gefahr, dass dort eine neue Anlage entstehen wird. Des Weiteren muss ein Sicherheitsabstand von 200 – 300 m eingehalten werden.

Wichtig war auch zu klären, wie ein eventuelles Feuer bzw. ein Brand der Windkraftanlagen gelöscht werden kann. Herr Kruse merkt an, dass im Falle eines Brandes das Gebiet weiträumig abgesperrt und die Windkraftanlage unter Aufsicht der Feuerwehr niedergebrannt wird, da das Löschen hier nicht möglich sei.

**Beschluss:**

**„Entwurfs- und Auslegungsbeschluss:**

1. Der Entwurf der 54. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet „Nördlich der Reth-Wetter, östlich der Gemeindegrenze Neuendeich und westlich der Gemeindegrenze Groß Nordende“ und die Begründung werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Der Entwurf des Planes und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 b Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen. Zusätzlich sind der Inhalt der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung und die nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB auszulegenden Unterlagen ins Internet einzustellen und über den digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich zu machen.
3. Der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).“

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

Entspricht: Mehrheitlich angenommen







<b>Beschlussvorlage</b>	<b>Vorlage-Nr:</b>	<b>VO/21/348</b>
	Status:	öffentlich
	Datum:	09.02.2021
Federführend:	Bericht im Ausschuss:	Oliver Kath
Amt für Bauen, Planung und Umwelt	Bericht im Rat:	
FD Stadtplanung und Umwelt	Bearbeiter:	Oliver Kath
<b>B-Plan 102 "Südlich Uetersener Straße/ Westlich Willy-Meyer-Straße" - Freigabe zur frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung</b>		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	
01.03.2021	Bau- und Planungsausschuss	

### Sachbericht / Stellungnahme der Verwaltung

Für den Bebauungsplan 102 „Südlich Uetersener Straße / Westlich Willy-Meyer-Straße“ wurde am 28.04.2020 ein neuer Aufstellungsbeschluss gefasst.

Planungsziel ist das Schaffen der planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau eines 3- bis 4-geschossigen Ärztehauses im Ortskern Tornesch. Der Bebauungsplan soll als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren (gem. § 13a BauGB) aufgestellt werden.

2017 ist der B-Plan 102 bereits als Satzung beschlossen, wurde aber nie rechtskräftig. Dieser wurde damals als vorhabenbezogener B-Plan entwickelt, worauf beim jetzigen Verfahren verzichtet wird. Aufgrund dessen, des veränderten Geltungsbereiches und einiger Änderungen in den Festsetzungen, wurde das Verfahren mit einem Aufstellungsbeschluss und der nun zu beschließenden Freigabe zur frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung neu begonnen.

Die wesentlichen Festsetzungen des B-Planes sehen folgendes vor:

- Ausweisung eines Kerngebietes
- Grundflächenzahl (GRZ) von 0,8
- 3 - 4 Vollgeschosse
- max. Firsthöhe von 16 m
- max. Traufhöhe von 14 m bei vier Vollgeschossen
- max. Traufhöhe von 11 m bei drei Vollgeschossen

Es werden Gebäudeteile mit 3 und Gebäudeteile mit 4 Vollgeschossen festgesetzt, so dass eine allseitige Abstufung zu der umgebenen niedrigeren Bebauung gewährleistet wird. Die Gebäudehöhe ist somit höher als die der Umgebung. Dies ist auf Grund der städtebaulich bedeutsamen Ecksituation und der großen Tiefe der öffentlichen Räume in diesem Bereich gewünscht.

**Prüfungen:****1. Umweltverträglichkeit**

entfällt

**2. Kinder- und Jugendbeteiligung**

entfällt

**Finanzielle Auswirkungen / Darstellung der Folgekosten**Der Beschluss hat finanzielle Auswirkungen:  ja  neinDie Maßnahme/Aufgabe ist:  vollständig eigenfinanziert  
 teilweise gegenfinanziert  
 vollständig gegenfinanziertAuswirkungen auf den Stellenplan:  Stellenmehrbedarf  Stellenminderbedarf  
 höhere Dotierung  Niedrigere Dotierung  
 Keine AuswirkungenEs wurde eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchgeführt:  ja  neinEs liegt eine Ausweitung oder eine Neuaufnahme einer  
Freiwilligen Leistung vor:  ja  nein

<b><u>Produkt/e:</u></b>						
<b><u>Erträge/Aufwendungen</u></b>	2021	2022	2023	2024	2025	2026 ff.
	in EUR					
<i>* Anzugeben bei Erträgen, ob Zuschüsse/Zuweisungen; Transfererträge; Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge</i>						
<i>* Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalaufwand; Sozialtransferaufwand; Sachaufwand; Zuschüsse/Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen</i>						
Erträge*:						
Aufwendungen*:						
<b><u>Saldo (E-A)</u></b>						
davon noch zu veranschlagen:						
<b><u>Investition/Investitionsförderung</u></b>	2019	2020	2021	2022	2023	2024 ff.
	in EUR					
Einzahlungen						
Auszahlungen						
<b><u>Saldo (E-A)</u></b>						
davon noch zu veranschlagen:						
Erträge (z.B. Auflösung von Sonderposten)						
Abschreibungsaufwand						
<b><u>Saldo (E-A)</u></b>						
davon noch zu veranschlagen:						
Verpflichtungsermächtigungen						
davon noch zu veranschlagen:						
<b><u>Folgeinsparungen/-kosten</u></b>	2019	2020	2021	2022	2023	2024 ff.
	in EUR					
<i>(indirekte Auswirkungen, ggf. sorgfältig zu schätzen)</i>						
<i>* Anzugeben bei Erträgen, ob Zuschüsse/Zuweisungen; Transfererträge; Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge</i>						
<i>* Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalaufwand; Sozialtransferaufwand; Sachaufwand; Zuschüsse/Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen</i>						

Erträge*:						
Aufwendungen*:						
<b>Saldo (E-A)</b>						
davon noch zu veranschlagen:						

### **Beschluss(empfehlung)**

1. Der Vorentwurf der Planung wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll wie in Form einer Abendveranstaltung durchgeführt werden. Alternativ kann der Entwurf des Planes und die Begründung für die Dauer von einem Monat öffentlich ausgelegt werden.
3. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger der öffentlichen Belange und die Aufforderung zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (§ 4 Abs. 1 BauGB) soll schriftlich erfolgen.

gez.  
Sabine Kählert  
Bürgermeisterin

### **Anlage/n:**

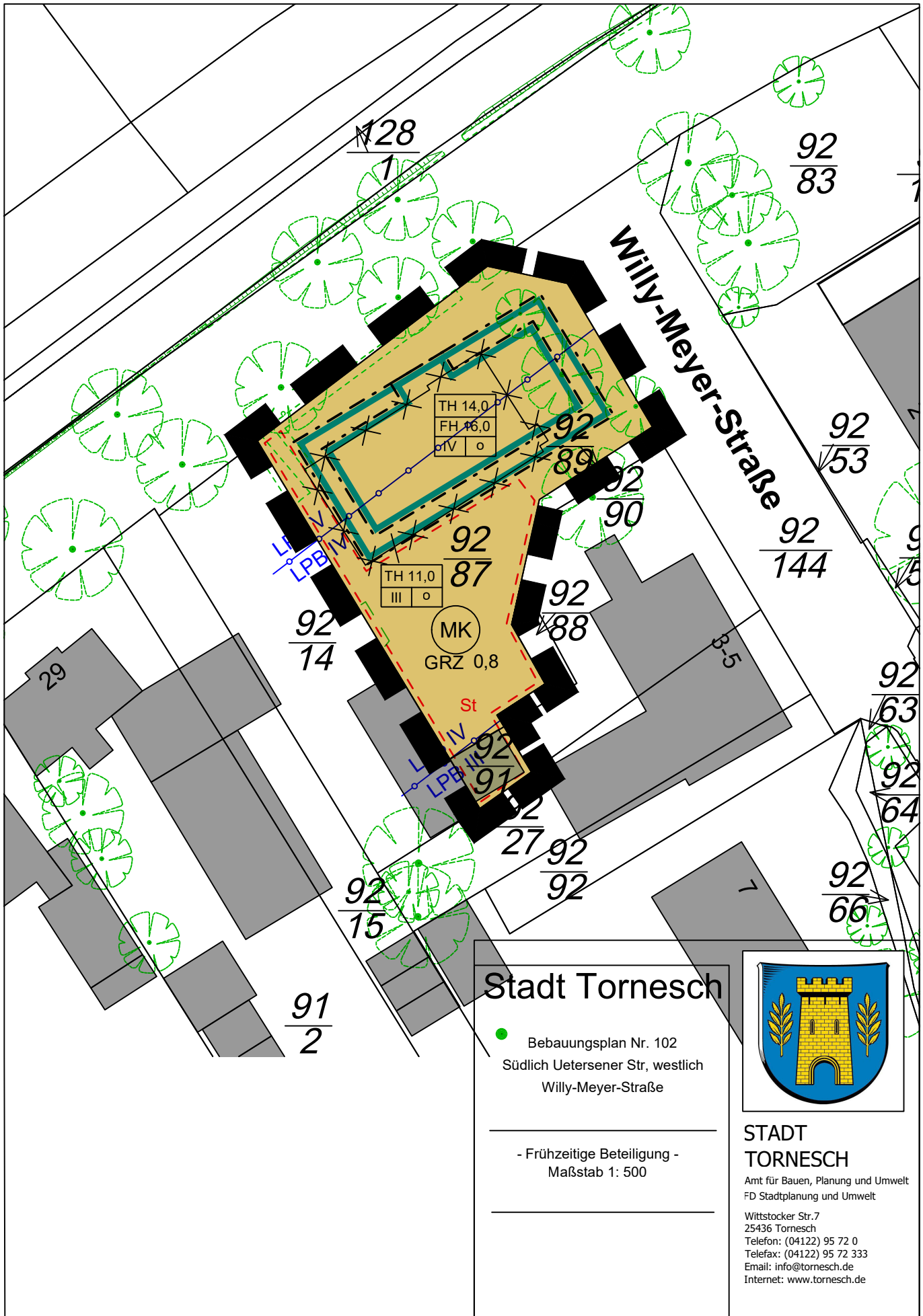
Planzeichnung

Legende

Textliche Festsetzungen

Begründung

Änderungshistorie:			
Datum:	Bearbeiter*in:	Was wurde geändert:	Warum:



## Stadt Tornesch

● Bebauungsplan Nr. 102  
Südlich Uetersener Str, westlich  
Willy-Meyer-Straße

- Frühzeitige Beteiligung -  
Maßstab 1: 500



### STADT TORNESCH

Amt für Bauen, Planung und Umwelt  
FD Stadtplanung und Umwelt

Wittstocker Str.7  
25436 Tornesch  
Telefon: (04122) 95 72 0  
Telefax: (04122) 95 72 333  
Email: info@tornesch.de  
Internet: www.tornesch.de

## 1. Art der baulichen Nutzung (§ 7 BauNVO)




Kerngebiete  
(§ 7 BauNVO)

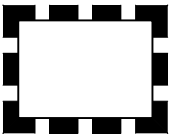
## 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

GRZ 0,8	Grundflächenzahl als Dezimalzahl
FH 16,0	Firsthöhe in m
TH 16,0	Traufhöhe in m
IV	Anzahl der Vollgeschosse als römische Ziffer

## 3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

O	Offene Bauweise
	Baugrenze

## 4. Sonstige Planzeichen



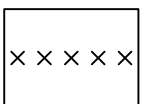
Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans



Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze,  
Garagen und Gemeinschaftsanlagen  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)  
Grenze zwischen den Lärmpegelbereichen  
hier: Grenze zwischen dem Lärmpegelbereich 3 und 4 (römische Ziffer)



## 5. Hinweise und nachrichtliche Übernahmen



Nachrichtlich: Abzubrechendes Gebäude



Gebäudebestand



Flurstücksgrenze

92/87

Flurstücksnummer



aufgemessener Baumbestand



aufgemessene Bewuchsgrenze

---

## I. Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 BauGB

---

### I.1. Überschreitung von Baugrenzen und Baulinien (§ 31 Abs. 1 BauGB)

An- und Vorbauten dürfen die Baugrenze oder Baulinie von max. 1/3 der Länge des Hauptbaukörpers in einer Tiefe von max. 1,50 m überschreiten.

### I.2. Ausschluss von Nutzungen (§ 1 Abs. 4, 5, 6 und 7 BauNVO)

Innerhalb des Kerngebietes sind Vergnügungsstätten und Tankstellen unzulässig.

### I.3. Ausnahme vom Maß der baulichen Nutzung (§ 16 Abs. 6 BauNVO i. V. m. § 31 Abs. 1 BauGB)

Die festgesetzte Grundflächenzahl (GRZ) darf durch die Grundfläche von Terrassen um max. 20 m<sup>2</sup> überschritten werden.

### I.4. Stellplätze, Carports und Garagen mit ihren Ein- und Ausfahrten, Nebenanlagen (§ 12 Abs. 6 BauNVO; § 14 Abs. 1 BauGB)

I.4.1 Stellplätze, Garagen, Carports sowie Nebenanlagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und innerhalb der Umgrenzung der Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen zulässig. Dies gilt nicht für Einfriedungen.

I.4.2 Innerhalb des Mischgebietes dürfen Grundstücksein- und -ausfahrten eine Breite von 5,00 m je Nutzungseinheit nicht überschreiten.

### I.5. Lärmschutzmaßnahmen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

I.5.1 Für alle Aufenthaltsräume muss ein ausreichender Lärmschutz durch bauliche Maßnahmen an Außentüren, Fenstern, Außenwänden und Dächern der Gebäude geschaffen werden. Hierzu sind die Außenbauteile der Gebäudekörper entsprechend dem nach DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ (Januar 2018) definierten Lärmpegelbereichen zu planen und auszuführen. Die räumliche Gliederung der Lärmpegelbereiche ist der Planzeichnung zu entnehmen.

Lärmpegelbereich	maßgeblicher Außenlärmpegel	für Aufenthaltsräume in Wohnungen [erf.R' <sub>w,res</sub> ]	für Büroräume und ähnliches [erf.R' <sub>w,res</sub> ]
III	61 bis 65 dB(A)	35 dB	30 dB
IV	66 bis 70 dB(A)	40 dB	35 dB

<b>V</b>	71 bis 75 dB(A)	45 dB	40 dB
----------	-----------------	-------	-------

**Anmerkungen:** Die in der Tabelle aufgeführten Schalldämm-Maße gelten für das gesamte Außenbauteil, das heißt für die Kombination aus Fenster, Türen Wand und ggf. nach außen führende Belüftungseinrichtungen.

Die in der Tabelle genannten Anforderungen verstehen sich in Abhängigkeit der Raum- bzw. Bürogrößen zuzüglich der Korrekturwerte nach Tabelle 9 der DIN 4109.

Sofern im bauordnungsrechtlichen Verfahren im Rahmen eines Einzelnachweises gutachterlich nachgewiesen wird, dass aus der tatsächlichen Lärmbelastung geringere Anforderungen an den passiven Lärmschutz resultieren, kann von den Festsetzungen im Bebauungsplan abgewichen werden.

- I.5.2 Zur Sicherstellung der Nachtruhe sind Schlaf- und Kinderzimmer an allen Gebäudeseiten mit schalldämmten Be- und Entlüftungen auszurüsten. Die Schalldämmung der Lüftungen/Lüftungselemente ist so auszuwählen, dass das angegebene resultierende Bauschalldämm-Maß der Umhüllungsflächen nicht unterschritten wird. Aus hygienischen Gründen ist ein Luftaustausch von 20 bis 30 m<sup>3</sup> je Person und Stunde für Schlafräume erforderlich.

Sofern im bauordnungsrechtlichen Verfahren im Rahmen eines Einzelnachweises gutachterlich nachgewiesen wird, dass aus der tatsächlichen Lärmbelastung geringere Anforderungen an den passiven Lärmschutz resultieren, kann von den Festsetzungen im Bebauungsplan abgewichen werden.

- I.5.3 Die dem Wohnen zuzurechnenden Balkon-, Terrassenflächen oder Freisitze im Lärmpegelbereich IV und höher sind durch lärmabschirmende Bauwerke vor erheblichen Beeinträchtigungen durch den Verkehrslärm zu schützen. Hierüber ist ein schalltechnischer Nachweis in Form eines Gutachtens über die Wirksamkeit der schallabschirmenden Bauwerke zu führen.

---

## **II. Grünordnerische Festsetzungen § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB**

---

### **II.1 Gliederung von Stellplätzen**

Auf Stellplatzanlagen ist je angefangene 10 Stellplätze ein standortgerechter Laubbaum zu pflanzen. Im Wurzelbereich eines jeden Laubbaumes ist eine offene Vegetationsfläche mit einem durchwurzelbaren Raum von mindestens 10 qm (Mindestbreite von 2,00 m, Mindestdiefe 1,50 m) vorzuhalten und dauerhaft zu begrünen. Die Vegetationsflächen sind gegen ein Befahren mit Fahrzeugen zu sichern.

Artenvorschläge:

Eiche, ungarisch (Quercus frainetto ,Trumpf')

Purpur-Erle (Alnus x spaethii)

### **II.2 Einfriedungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB; § 84 LBO)**

Als Grundstückseinfriedungen entlang öffentlicher Verkehrsflächen sind nur landschaftstypische Laubhecken mit einer Mindesthöhe von 1,00 m zulässig, die dauerhaft zu erhalten sind.

Artenvorschläge:

Hainbuche (*Carpinus betulus*)  
Liguster (*Ligustrum vulgare*)  
Weißdorn (*Crataegus monogyna*)  
Feldahorn (*Acer campestre*)  
Rotbuche (*Fagus sylvatica*)

---

### **III. Örtliche Bauvorschriften (§ 84 Abs. 1 LBO)**

---

#### **III.1. Gebäudehöhen**

##### III.1.1 Sockelhöhe

Die Oberkante Fertigfußboden (= Sockelhöhe) darf maximal 50 cm (gemessen ab Fahrbahnoberkante der nächstgelegenen, mit Kraftfahrzeugen befahrbarer öffentlichen Verkehrsfläche vor dem Baugrundstück in Gebäude- und Straßenmitte) betragen.

##### III.1.2 Traufhöhe

Die Traufhöhe darf im Bereich mit max. 3 zulässigen Vollgeschossen maximal 11,00 m, im Bereich mit max. 4 zulässigen Vollgeschossen maximal 14,00 m betragen. Als Traufhöhe gilt der senkrechte Abstand zwischen Oberkante Fertigfußboden (= Sockelhöhe) und dem Schnittpunkt der Außenkante der verlängerten Außenwand mit der Oberkante der Dachhaut.

##### III.1.2 Firsthöhe

Die Firsthöhe darf im gesamten Plangebiet maximal 16,00 m betragen. Als Firsthöhe gilt der senkrechte Abstand zwischen Oberkante Fertigfußboden (= Sockelhöhe) und dem höchsten Punkt des Firstes, gemessen in der Firstmitte.

#### **III.2. Außenwände**

Außenwände der Hauptgebäude sind als Sichtmauerwerk. Für max. 20% der Gesamtwandfläche sind andere Materialien zulässig.

#### **III.3. Dachüberstände**

Dachüberstände sind bis zu einem Maß von max. 1,00 m zulässig.



---

## **IV. Hinweise**

---

### **IV.1. Artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände**

Die Artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sind zu beachten. In diesem Fall ist eine Baufeldräumung nur außerhalb des Brutzeitraumes (als Brutzeitraum gilt die Zeit zwischen dem 1. März und dem 30. September) zulässig oder zu anderen Zeiten nach fachkundiger Kontrolle auf Nester und wenn durch Maßnahmen Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden können.

### **IV.2. Schutz von Bäumen**

Bei Bautätigkeiten gilt die DIN 18920 "Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen" und die RAS-LP 4 "Schutz von Bäumen, Vegetationsflächen und Tieren bei Baumaßnahmen" sowie die ZTV-Baumpflege in den jeweils aktuellen Fassungen.

### **IV.3. Altablagerungen**

Sollten im Zuge der Umsetzung des Bebauungsplanes Auffälligkeiten im Untergrund festgestellt werden, die auf eine Altablagerung und/oder eine Belastung oder Kontamination des Bodens mit Schadstoffen hindeuten, so ist die untere Bodenschutzbehörde des Kreises Pinneberg umgehend davon in Kenntnis zu setzen.

Auffälliger bzw. verunreinigter Bodenaushub ist bis zur Entscheidung über die fachgerechte Entsorgung oder die Möglichkeit zur Verwendung auf dem Grundstück separat zu lagern. Dieser Bodenaushub ist vor Einträgen durch Niederschlag und gegen Austräge in den Untergrund zu schützen (z. B. durch Folien oder Container). Bei Funden oder auffälligen Erdarbeiten ist die Arbeit zu unterbrechen; die Bodenschutzbehörde ist unverzüglich zu benachrichtigen.

Aufgestellt: Tornesch, 08.02.2021

# Stadt Tornesch



## Bebauungsplan Nr. 102

„Südlich Uetersener Str. - Westlich Willy-Meyer-Str.“



## Begründung - Entwurf

Stand: 08.02.2021



## **Stadt Tornesch - Bebauungsplan Nr. 102 „Südlich Uetersener Str. – Westlich Willy-Meyer-Str.“**

für das Gebiet südlich der Uetersener Straße in einer Tiefe von ca. 25 bis 40 m und westlich der Willy-Meyer-Str. in einer Tiefe von ca. 35 m

Stadt Tornesch  
- Die Bürgermeisterin -  
Wittstocker Straße 7  
25436 Tornesch

Bearbeiter:

M.Sc. Oliver Kath (Stadt Tornesch, Amt für Bauen, Planung und Umwelt)

Verfahrensstand: Frühzeitige Beteiligung

## Inhalt

1 Lage des Plangebietes .....	4
2 Planungsanlass und Planungsziele .....	4
3 Rechtlicher Planungsrahmen .....	5
3.1 Beschleunigtes Verfahren .....	5
3.2 Prüfung der Umweltverträglichkeit.....	7
3.3 Eingriffs- und Ausgleichsregelung.....	7
4 Städtebauliche Maßnahmen und Festsetzungen.....	7
4.1 Art der baulichen Nutzung .....	7
4.1.1 Kerngebiet .....	7
4.1.1 Ausschluss von Nutzungen im Kerngebiet .....	8
4.2 Maß der baulichen Nutzung .....	8
4.2.1 Grundflächenzahl .....	8
4.2.2 Gebäudehöhe und Geschosse .....	9
4.3 Überbaubare Grundstücksflächen .....	10
4.4 Bauweise .....	10
4.5 Stellplätze .....	10
4.6 Äußere Gestaltung.....	10
5 Verkehrliche Erschließung .....	10
6 Geh- ,Fahr- und Leitungsrecht .....	11
7 Ver- und Entsorgung .....	11
8 Immissionsschutz: Baulicher Schallschutz: .....	11
9 Altablagerungen .....	12
10 Flächenbilanz .....	12

## 1 Lage des Plangebietes

Der Geltungsbereich des B-Plans 102 hat eine Größe von ca. 970 m<sup>2</sup> und liegt im Ortskern der Stadt Tornesch, unmittelbar westlich der Willy-Meyer-Str. Im Norden grenzt die Uetersener Str. an, nördlich davon verläuft die Nebenbahn Tornesch-Uetersen und die Jürgen-Siemsen-Str. (K20).



Abbildung 1 - Luftbild (ohne Maßstab)

## 2 Planungsanlass und Planungsziele

Das Grundstück der ehemaligen Postfiliale befindet sich im Eigentum der Stadt Tornesch und soll einer neuen ortskerngerechten verdichteten Nutzung zugeführt werden. Eine Einzelhandelsnutzung scheint auf Grund der innerhalb der letzten Jahre erfolgten Verlagerung sämtlicher Kundenfrequenz generierender Einrichtungen (Lebensmitteldiscounters (Pennymarkt), Postfiliale und Sparkasse) aus diesem Bereich des Ortskerns nicht marktfähig. Ein Ärztehaus mit diversen Arztpraxen und medizinischen Einzelhandels- und Dienstleistungsangeboten kann entscheidend dazu beitragen, diesen Teil des Ortskerns – die Uetersener Str. zwischen Willy-Meyer-Str. und Bahnhof - (wieder) zu beleben. Gleichzeitig wird

das Angebot medizinischer Versorgung im Ort gesichert und ausgebaut – an einem Standort im Ortskern, der auch fußläufig für viele Bewohner gut zu erreichen ist.

Das Vorhaben wäre ohne Bebauungsplan (Vorhaben im unbeplanten Innenbereich gem. § 34 BauGB) nicht zulässig. Für das Vorhaben besteht Interesse von Seiten eines möglichen Investors.

Planungsziel ist das Schaffen der planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau eines 3- bis 4-geschossigen Ärztehauses im Ortskern Tornesch. Der Bebauungsplan soll als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren (gem. § 13a BauGB) aufgestellt werden.

### 3 Rechtlicher Planungsrahmen

Ein rechtskräftiger Bebauungsplan ist für den Geltungsbereich nicht vorhanden. Im wirksamen Flächennutzungsplan ist das Plangebiet als Kerngebiet dargestellt. Ein (unmaßstäblicher) Ausschnitt aus dem geltenden Flächennutzungsplan lässt das zurzeit geltende Planungsrecht erkennen.

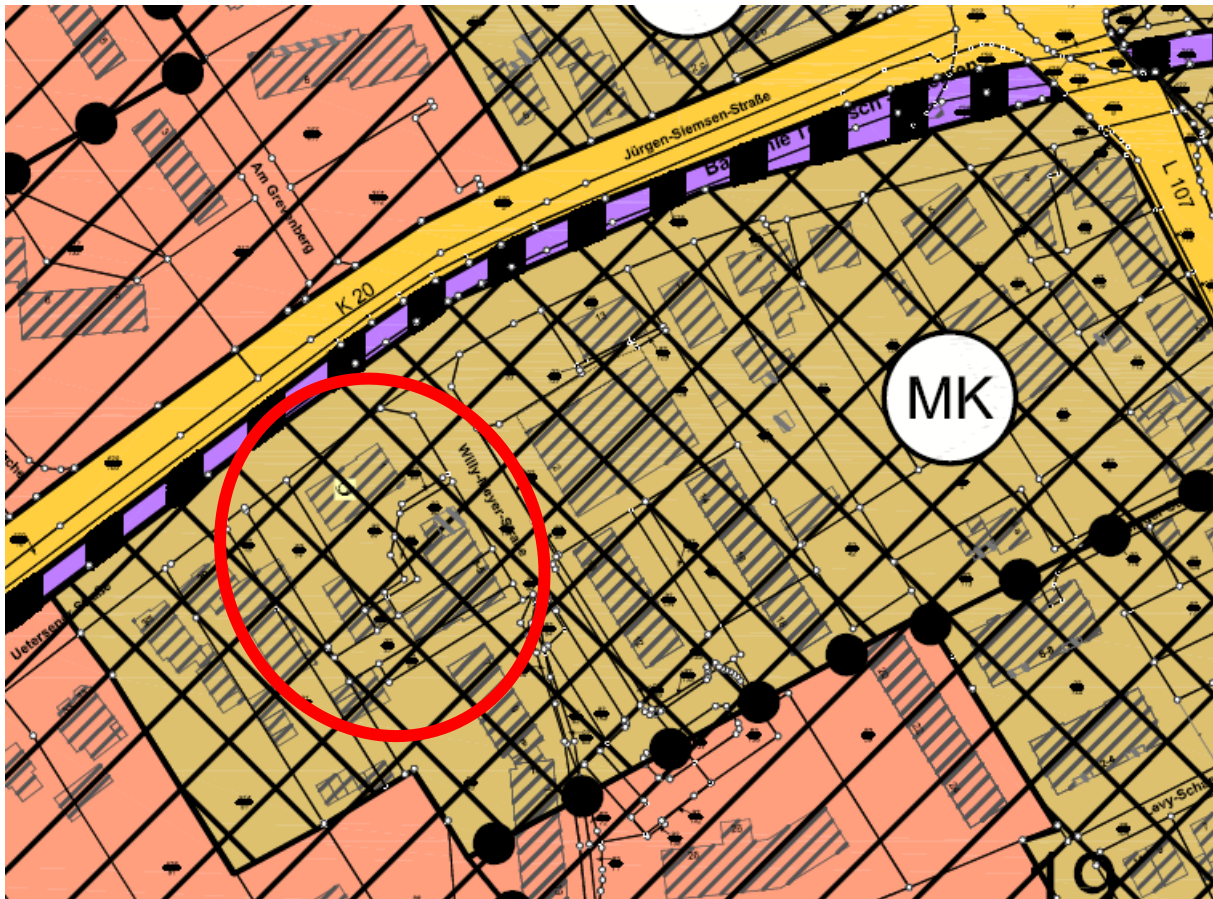


Abbildung 2 – Ausschnitt aus dem wirksamen Flächennutzungsplan (ohne Maßstab)

#### 3.1 Beschleunigtes Verfahren

Der Bebauungsplan soll als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufgestellt werden. Das beschleunigte Verfahren kann für die Aufstellung, Änderung und Ergänzung von Bebauungsplänen der Innenentwicklung, die der Wie-

dernutzbarmachung von Flächen, der Nachverdichtung oder anderen Maßnahmen der Innenentwicklung dienen, angewendet werden.

Dabei gilt, dass

- entsprechende Bebauungspläne keiner förmlichen Umweltprüfung unterliegen, wenn sie in ihrem Geltungsbereich nur eine Grundfläche von weniger als 20.000 Quadratmetern festsetzen; Grundflächen mehrerer Bebauungspläne, die in einem engen sachlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang stehen, sind mitzurechnen.
- es dürfen keine Anhaltspunkte für Beeinträchtigungen von Fauna-Flora-Habitat- und Vogelschutzgebieten bestehen und
- durch den Bebauungsplan dürfen keine Vorhaben zugelassen werden, die einer Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen.

Der Geltungsbereich des aufgestellten Bebauungsplanes Nr.102 befindet sich innerhalb der Ortslage. Somit handelt es sich um eine Nachverdichtung bzw. eine Maßnahme, die der Innenentwicklung dient. Deshalb kann der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden. Bezüglich der oben genannten Zulässigkeitsvoraussetzungen gilt für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 102 folgendes:

- Der Bebauungsplan umfasst eine Fläche von ca. 970 m<sup>2</sup>, so dass der Schwellenwert von 20.000 m<sup>2</sup> selbst bei einer vollständigen Versiegelung des Plangebietes nicht erreicht werden könnte.
- Das nächstgelegene FFH-Gebiet Nr. 2323-392 „Schleswig-Holsteinisches Elbästuar“ ist in der Luftlinie mindestens 2.000 m entfernt. Die übergreifenden Ziele für das Gebiet „Schleswig-Holsteinisches Elbästuar und angrenzende Flächen“ sind:

„Die Erhaltung des Gebietes mit seinen dort vorkommenden FFH-Lebensraumtypen und FFH-Arten zur langfristigen Gewährleistung der biologischen Vielfalt und der Kohärenz des europäischen ökologischen Netzes "Natura 2000". Für die Arten 1601\* und 1102 soll ein günstiger Erhaltungszustand im Einklang mit den Anforderungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur sowie den regionalen und örtlichen Besonderheiten wiederhergestellt werden. Zusätzlich soll der Elbästuars mit seinen Salz-, Brack- und Süßwasserzonen und angrenzenden Flächen als möglichst naturnahes Großökosystem mit allen Strukturen und Funktionen sowie die ungestörte Zonation von Flusswatten bis Hartholzauenwäldern unter beeinträchtigtem Tideneinfluss, tide- und fließdynamik-geprägten Prielen und Nebeneiben vor und hinter Deichen sowie Grünflächen im ungehinderten Hochwasser-Einfluss erhalten werden.“

Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung des FHH-Gebietes durch die verstärkte bauliche Nutzung dieses innerörtlichen, allseitig von Bebauung umgebenen Bereichs ohne jeglichen räumlichen Bezug zu dem Schutzgebiet sind nicht ersichtlich.

- Vogelschutzgebiete sind in der näheren Umgebung nicht ausgewiesen. Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung von Vogelschutzgebieten sind somit nicht ersichtlich.
- Die Errichtung von Ärztehäusern unterliegt nicht der Pflicht zur Prüfung der Umweltverträglichkeit.

Die o. a. Bedingungen für ein beschleunigtes Verfahren sind damit in diesem Fall erfüllt. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 102 erfolgt deshalb im beschleunigten Verfahren.

Für die Aufstellung eines Bebauungsplans im beschleunigten Verfahren gilt u. a. folgendes:

- Die Vorschriften über das vereinfachte Verfahren nach § 13 Abs. 2 und 3 Satz 1 und 3 BauGB sind entsprechend anwendbar;
- Ein Bebauungsplan kann auch aufgestellt, geändert oder ergänzt werden, bevor der Flächennutzungsplan geändert oder ergänzt ist.
- Die Erforderlichkeit eines naturschutzfachlichen Ausgleichs entfällt, soweit nicht die Grundfläche von 20.000 m<sup>2</sup> überschritten wird.

## 3.2 Prüfung der Umweltverträglichkeit

Nach der geltenden Fassung des Baugesetzbuches (BauGB) ist grundsätzlich zu jedem Bauleitplan eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben werden.

Wird jedoch wie in diesem Fall ein Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren aufgestellt, sind die Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und der Umweltbericht nach § 2a BauGB nicht erforderlich.

## 3.3 Eingriffs- und Ausgleichsregelung

Wird ein Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren aufgestellt, ist ein Ausgleich im Sinne der Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz nicht erforderlich, sofern die zulässige Grundfläche weniger als 20.000 m<sup>2</sup> beträgt. Eine Bilanzierung von Eingriff und Ausgleich erfolgt deshalb nicht.

# 4 Städtebauliche Maßnahmen und Festsetzungen

## 4.1 Art der baulichen Nutzung

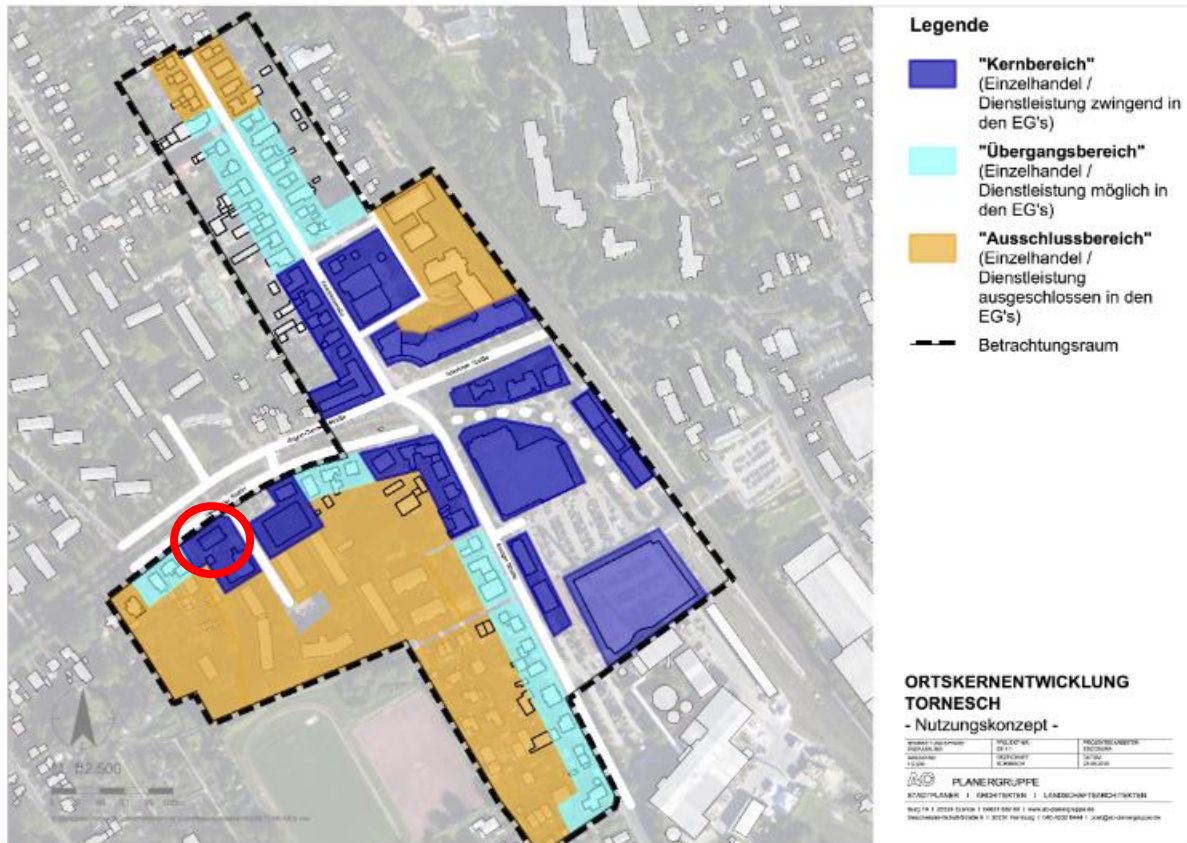
### 4.1.1 Kerngebiet

Entsprechend der Darstellung im Flächennutzungsplan wird die Baufläche als Kerngebiet (MK) festgesetzt. Kerngebiete dienen gem. § 7 BauNVO vorwiegend der Unterbringung von Handelsbetrieben sowie der zentralen Einrichtungen der Wirtschaft, der Verwaltung und der Kultur. Zulässig gem. § 7 BauNVO wären

1. Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude,
2. Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften, Betriebe des Beherbergungsgewerbes und Vergnügungsstätten,
3. sonstige nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe,
4. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke,
5. Tankstellen im Zusammenhang mit Parkhäusern und Großgaragen,
6. Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter,
7. sonstige Wohnungen nach Maßgabe von Festsetzungen des Bebauungsplans.



2017 wurde für den Bereich des Ortskernes der Stadt Tornesch ein Erläuterungsbericht zur Ortskernentwicklung beschlossen. Hierbei wurde ein Nutzungskonzept erstellt, welches für den Bereich des B-Planes 102 einen sogenannten „Kernbereich“ vorschlägt, der eine zwingende publikumsintensive Nutzung wie Einzelhandel als auch Dienstleistungen in den Erdgeschossen vorsieht.



Nutzungskonzept

Abbildung 3 – Nutzungskonzept aus dem Erläuterungsbericht zur Ortskernentwicklung

### 4.1.1 Ausschluss von Nutzungen im Kerngebiet

Vergnügungsstätten und Tankstellen sind in diesem Kerngebiet nicht zulässig. Beide Nutzungen wären gem. § 7 BauNVO zulässig, sollen nun aber ausgeschlossen werden. In anderen Bereichen der Stadt Tornesch sind entsprechende Nutzungen zulässig und können sowohl im beplanten als auch unbeplanten Innenbereich realisiert werden.

## 4.2 Maß der baulichen Nutzung

### 4.2.1 Grundflächenzahl

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die Grundflächenzahl (GRZ) bestimmt. Die Grundflächenzahl gibt an, wie viele Quadratmeter Grundfläche je Quadratmeter Grundstücksfläche zulässig sind.

§ 17 der Baunutzungsverordnung gibt als Obergrenze für die Grundflächenzahl in Kerngebieten (MK) den Wert 1,0 vor. Dies bedeutet, dass 100% des jeweiligen Baugrundstücks bebaut werden dürfen. Angesichts der direkt angrenzenden Wohnnutzungen und aus Gründen

der Bewahrung des kleinstädtischen Charakters des Ortskerns wird diese Obergrenze nicht ausgeschöpft, sondern es wird ein Wert von 0,9 gewählt. Garagen und Stellplätze (einschließlich Ihrer Zufahrten) sowie Nebenanlagen werden auf die zulässige Grundflächenzahl angerechnet. Teile des Grundstücks sind mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu Gunsten der Allgemeinheit belegt, es handelt sich um den bereits vor Planaufstellung öffentlich genutzten Gehweg. Dieser ist bereits vollständig versiegelt und wird auf die GRZ angerechnet; damit reduziert sich die mögliche Überbaubarkeit der restlichen Grundstücksfläche – um für das Grundstück dennoch eine der Lage im Ortskern angemessene Ausnutzbarkeit zu ermöglichen, wird eine GRZ von 0,9 festgesetzt.

## 4.2.2 Gebäudehöhe und Geschosse

Als weiterer Bestimmungsfaktor für das Maß der baulichen Nutzung wird die zulässige Firsthöhe auf 16 m festgesetzt. Als Firsthöhe gilt der senkrechte Abstand zwischen der Erschließungsfläche auf dem Baugrundstück und der Oberkante der Dachhaut, gemessen in Fassadenmitte.

Es werden Gebäudeteile mit 3 und Gebäudeteile mit 4 Vollgeschossen festgesetzt, so dass eine allseitige Abstufelung zu der umgebenen niedrigeren Bebauung gewährleistet wird. Die Gebäudehöhe ist somit höher als die der Umgebung. Dies ist auf Grund der städtebaulich bedeutsamen Ecksituation und der großen Tiefe der öffentlichen Räume in diesem Bereich gewünscht.

Im Erläuterungsbericht zur Ortskernentwicklung 2017 werden für den Geltungsbereich drei Vollgeschosse plus Staffelgeschoss empfohlen.



Räumliches Konzept

Abbildung 4 – Räumliches Konzept aus dem Erläuterungsbericht zur Ortskernentwicklung

### 4.3 Überbaubare Grundstücksflächen

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen festgelegt. Das durch die Baugrenzen definierte Baufenster umfasst straßenbegleitend einen etwa 17 m breiten Bereich. Das Baufenster ist so positioniert, dass die Bebauung sich an der Straße orientiert und ein rückwärtiger Hofbereich entsteht, in dem Nebenanlagen und Stellplätze untergebracht werden können. Die Baugrenzen sind somit so großzügig geschnitten, dass das Plangebiet gut bebaubar ist und die zulässige Grundfläche auch innerhalb des Baufensters realisiert werden kann.

Im Textteil wird festgesetzt, dass Baugrenzen von Bauteilen mit untergeordneter Bedeutung, wie z.B. Eingangsüberdachungen, Erkern, Balkone, um bis zu 1,50 m überschritten werden dürfen.

### 4.4 Bauweise

Die Bauweise wird als offene Bauweise festgesetzt.

### 4.5 Stellplätze

Der Bebauungsplan beinhaltet die Festsetzung von Flächen für Stellplätze und Garagen. Diese sollen ausschließlich im rückwärtigen Bereich, mit geordneten Zufahrten, angeordnet werden. Um eine Eingrünung der Stellplatzanlage zu gewährleisten, ist je angefangene 10 Stellplätze ein standortgerechter Laubbaum zu pflanzen. Im Wurzelbereich eines jeden Laubbaumes ist eine offene Vegetationsfläche mit einem durchwurzelbaren Raum von mindestens 10 qm (Mindestbreite von 2,00 m, Mindesttiefe 1,50 m) vorzuhalten und dauerhaft zu begrünen. Die Vegetationsflächen sind gegen ein Befahren mit Fahrzeugen zu sichern.

### 4.6 Äußere Gestaltung

Der Textteil zum Bebauungsplan enthält gestalterische Festsetzungen zur Fassadengestaltung: Die Fassade muss mit einem Anteil von mind. 75 % als Sichtmauerwerk ausgeführt werden. Die Verwendung von Sichtmauerwerk entspricht dem ortsbildtypischen Fassadenbild.

## 5 Verkehrliche Erschließung

Die Zufahrt erfolgt von Norden über die zweispurige Uetersener Str., das geringe Verkehrsaufkommen ermöglicht eine unproblematische Zu- und Abfahrt; zulässige Zufahrtsbereiche und freizuhaltende Sichtdreiecke werden im Bebauungsplan festgesetzt.

Das Plangebiet ist durch die im Rahmen des HVV Hamburger Verkehrsverbundes betriebenen Buslinie 6661 Tornesch-Uetersen (Haltestelle Tornesch, Post) an das ÖPNV-Netz der Metropolregion Hamburg angeschlossen. Die nächstgelegene Haltestelle ist Tornesch, Post und befindet sich unmittelbar am Plangebiet an der Uetersener Str. Zudem bietet der fußläufig in 300 m Entfernung erreichbare Bahnhof Tornesch eine gute überörtliche Anbindung über die Regionalbahnlinien 61 und 71 (Hamburg Hbf/Altona – Wrist/Itzehoe) sowie Anschluss an weitere Buslinien (X66 Tornesch Uetersen, 6667 Tornesch-Heidgraben-Uetersen und 6668 Tornesch-Gewerbegebiet Oha-Ellerhoop).

Erforderliche Stellplätze sind auf den Baugrundstücken nachzuweisen, über die Mit-Nutzung außerhalb des Plangebietes genutzten öffentlichen Stellplätze an der Willy-Meyer-Str. sowie der Uetersener Str. wird eine Ablöse-Vereinbarung mit der Stadt Tornesch geschlossen.

## 6 Geh-, Fahr- und Leitungsrecht

Entlang der Willy-Meyer-Str. befindet sich der straßenbegleitende Gehweg auf den jeweils angrenzenden privaten Grundstücken. Um die weitere öffentliche Nutzung des Gehweges auch zukünftig zu gewährleisten, wird ein entsprechendes Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu Gunsten der Allgemeinheit im B-Plan gekennzeichnet festgesetzt.

## 7 Ver- und Entsorgung

Die Entwässerung des Plangebietes erfolgt im Trennsystem über die Willy-Meyer-Str. und die Uetersener Str. Das im Plangebiet anfallende Schmutzwasser wird zunächst dem Kanalnetz der Stadt Tornesch und schließlich dem Klärwerk Hetlingen des Abwasserzweckverbandes Pinneberg zugeleitet.

Die Gebäude des Plangebietes sind bzw. werden an die bestehenden Ver- und Versorgungsnetze für Strom, Gas und Trinkwasser (Versorgungsträger: Stadtwerke Tornesch bzw. Schleswig-Holstein Netz AG) sowie Einrichtungen der Telekommunikation angeschlossen.

Die Müllabfuhr erfolgt nach der Satzung des Kreises Pinneberg über die Abfallbeseitigung. Die Standplätze für Abfallbehälter sind an geeigneter Stelle auf den Baugrundstücken vorzusehen. Sollte kein Unterflursystem gewählt werden, sollten der Müllsammelplatz so gestaltet werden, dass die Müllgefäße von der öffentlichen Verkehrsfläche nicht direkt sichtbar sind. Alle öffentlichen Verkehrsflächen im unmittelbaren Umfeld des Plangebietes können auch von der Müllabfuhr uneingeschränkt befahren werden.

## 8 Immissionsschutz: Baulicher Schallschutz:

Nördlich des Plangebietes verläuft die Uetersener Str., die Jürgen-Siemsen-Str. (K20) und die Nebenbahn Uetersen-Tornesch. Die Hauptbahn Hamburg-Elmshorn befindet sich in 300 m Entfernung östlich des Plangebietes. Es werden deshalb Maßnahmen des baulichen Schallschutzes festgesetzt. Wohnungen, Praxis- und Büroräume oder ähnliche Räume sind mit einem baulichen Schallschutz gemäß den Bestimmungen der DIN 4109 (Abschnitt 5) zu versehen.

Maßgeblich sind die Lärmpegelbereiche III, IV und V gemäß der Kennzeichnung in der Planzeichnung.

Für die von den Lärmquellen abgewandten Gebäudefronten gilt jeweils der nächst niedrigere Lärmpegelbereich.

Anforderungen an die Luftschalldämmung von Außenbauteilen:

<b>Lärmpegelbereich</b>	<b>maßgeblicher Außenlärmpegel</b>	<b>für Aufenthaltsräume in Wohnungen [erf.R'<sub>w,res</sub>]</b>	<b>für Büroräume und ähnliches [erf.R'<sub>w,res</sub>]</b>
-------------------------	------------------------------------	---	---



<b>III</b>	61 bis 65 dB(A)	35 dB	30 dB
<b>IV</b>	66 bis 70 dB(A)	40 dB	35 dB
<b>V</b>	71 bis 75 dB(A)	45 dB	40 dB

Die Anforderungen sind auch von Decken von Aufenthalts- oder Büroräumen, die den oberen Gebäudeabschluss bilden, sowie von Dächern und Dachschrägen von ausgebauten Dachräumen zu erfüllen.

Zur Sicherstellung der Nachtruhe sind Schlaf- und Kinderzimmer an allen Gebäudeseiten mit schallgedämmten Be- und Entlüftungen auszurüsten. Die Schalldämmung der Lüftungen/Lüftungselemente ist so auszuwählen, dass das angegebene resultierende Bauschalldämm-Maß der Umhüllungsflächen nicht unterschritten wird. Aus hygienischen Gründen ist ein Luftaustausch von 20 bis 30 m<sup>3</sup> je Person und Stunde für Schlafräume erforderlich.

Die dem Wohnen zuzurechnenden Balkon-, Terrassenflächen oder Freisitze im Lärmpegelbereich IV und höher sind durch lärmabschirmende Bauwerke vor erheblichen Beeinträchtigungen durch den Verkehrslärm zu schützen. Hierüber ist ein schalltechnischer Nachweis in Form eines Gutachtens über die Wirksamkeit der schallabschirmenden Bauwerke zu führen.

## 9 Altablagerungen

Der Plangeltungsbereich ist von einer jahrzehntelangen gewerblichen Nutzung geprägt, für die Fläche der ehemaligen Post (Willy-Meyer-Straße 1) und der ehemaligen Sparkasse (Willy-Meyer-Str. 3-5) besteht nach Auskunft aus dem Altlastenkataster kein Altlastverdacht. Für die angrenzende Fläche Uetersener Straße 29 (92/15 und 92/14) besteht aufgrund der Vornutzungen (u. a. durch einen Tankstellenbetrieb) ein Altlastenverdacht. Daraufhin wurden die technischen Erkundungen auf den Bereich des Grundstücks Uetersener Straße und den Grenzbereich zum ehemals durch die Post genutzten Grundstück beschränkt. Die Bodenuntersuchungen ergaben einen kontaminierten Bereich, dessen Ausdehnung nach den bisherigen Untersuchungen auf die Fläche angrenzend an die Zapfinsel und die dort vorhandenen Tankanlagen der ehemaligen Tankstelle auf dem Grundstück Uetersener Straße 29 beschränkt ist. Ein entsprechendes Bodengutachten liegt vor.

Sollten im Zuge der Umsetzung des Bebauungsplanes jedoch Auffälligkeiten im Untergrund festgestellt werden, die auf eine Altablagerung und/oder eine Belastung oder Kontamination des Bodens mit Schadstoffen hindeuten, so ist die untere Bodenschutzbehörde des Kreises Pinneberg umgehend davon in Kenntnis zu setzen.

Auffälliger bzw. verunreinigter Bodenaushub ist bis zur Entscheidung über die fachgerechte Entsorgung oder die Möglichkeit zur Verwendung auf dem Grundstück separat zu lagern. Dieser Bodenaushub ist vor Einträgen durch Niederschlag und gegen Austräge in den Untergrund zu schützen (z. B. durch Folien oder Container). Bei Funden oder auffälligen Erdarbeiten ist die Arbeit zu unterbrechen; die Bodenschutzbehörde ist unverzüglich zu benachrichtigen.

## 10 Flächenbilanz

Die Flächenfestsetzungen innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 102 stellt sich wie folgt dar:

	<b>B-Plan 102</b>
--	-------------------



Kerngebiet	<b>970 m<sup>2</sup></b>
gesamt	<b><u>970 m<sup>2</sup></u></b>

Diese Begründung wurde von der Ratsversammlung der Stadt Tornesch in ihrer Sitzung am  
..... gebilligt.

Tornesch, den .....

.....

Bürgermeisterin